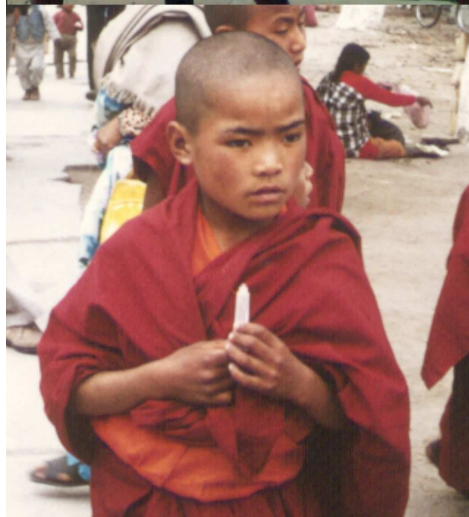


ao

34. Jahrgang

ISSN 0939-3099

1/2 2002



aktuelle ostinformationen

Ereignisse und Entwicklungen

AUS DEM INHALT

BEITRÄGE

POLEN NACH DEN WAHLEN 2001

EUROPA UND DIE GRENZEN IN DEN KÖPFEN

LITERATUR MITTEL- UND OSTEUROPAS

BLICK NACH OSTEN - ASIEN

KAVALIERORDEN FÜR DR. MECHTENBERG

FORUM „JUNGES EUROPA“

EIN JAHR IN LETTLAND

STUDIERN IN KRAKAU

PARTNER

AMERICAN FIELD SERVICE

BERICHTE

TAGUNG DER OST-WEST-INSTITUTE

EUROPEJSKI TELEFON

DEUTSCH-SCHWEDISCHES MEDIENSEMINAR

EUROPA VOR ORT – STUDIENFAHRT NACH BRÜSSEL

BUCHREPORT

KRZYSZTOF WOJCIECHOWSKI -

MEINE GELIEBTEN DEUTSCHEN

GROSSER REZENSIONSTEIL

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

die „aktuellen ostinformationen“, deren Preis trotz steigender Herstellungskosten über Jahre konstant geblieben ist, werden teurer. In Zukunft kostet das Einzelheft € 4 und das Abonnement € 8. Wir hoffen auf Ihr Verständnis. Mitglieder des Trägervereins erhalten das Heft natürlich weiterhin kostenlos.

Das vorliegende Heft hat neben den Beiträgen zu Polen, zu Ostmitteleuropa und zu dem erweiterten (auch literarischen) Blick nach Osten einen stark ausgebauten Rezensions- und Berichtsteil. Damit tragen wir der Tatsache Rechnung, dass es bei unseren Partnern ein anhaltendes Interesse an den Inhalten und den Umsetzungen unserer Jugend- und Multiplikatorenseminare gibt.

Einen Höhepunkt stellte diesbezüglich die im November des letzten Jahres durchgeführte internationale Tagung der Ost-West-Institute dar, die wir deshalb auch ausführlich dokumentiert haben. Den sich anschließenden Text von Ewa Musialowska aus Wroclaw drucken wir im polnischen Original ab, da wir uns davon einen besseren Transfer zu unseren zahlreichen polnischen Partnern erhoffen. In diesem Bericht über ein deutsch-polnisches Jugendseminar wird der Evaluierung, ähnlich wie bei den beiden anderen dokumentierten Europaseminaren, recht viel Platz eingeräumt. Damit kommen wir dem Wunsch unserer TeilnehmerInnen und PartnerInnen nach, noch mehr (veröffentlichte) Transparenz zu schaffen. Dass wir dadurch auch einen Teil unserer Arbeit vorstellen und (vielleicht) für sie werben, versteht sich von selbst.

Der ausführliche Buchreport, es handelt sich dabei um eine Erstübersetzung ins Deutsche, sagt viel über die Befindlichkeiten unserer polnischen Nachbarn aus und stellt sicherlich eine interessante literarische Quelle dar. Er ist im Übrigen bereits in unsere Seminararbeit eingeflossen. Umgekehrt berichten zwei junge deutsche Studentinnen im „O-Ton“ über ihre Empfindungen und Erfahrungen in Lettland und Polen, die sie während längerer Aufenthalte in diesen Ländern machen konnten. Neu ist die Rubrik „Unsere Partner“, in der wir entsprechenden Organisationen die Möglichkeit geben wollen, sich und ihre Arbeit vorzustellen.

In dem ausführlichen Rezensionsteil finden Sie – wie gewöhnlich - eine Menge Informationen zu unseren östlichen Nachbarländern.

Zbigniew Wilkiewicz

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen: Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz: Die polnischen Parlamentswahlen und die EU-Erweiterung.....	1
Constantin Jordachi: Europa und die Grenzen in den Köpfen.....	11
Gerhard Schüsselbauer: Zeitgenössische Literatur Mittel- und Osteuropas.....	16
Walter Hildebrandt: Der Blick nach Osten ist weiter zu fassen.....	21
Theo Mechtenberg: Ansprache aus Anlass der Verleihung des Kavalierkreuzes.....	29

O-Ton: Forum „Junges Europa“

Cathrin Krause: Pankukas und Filme in drei Sprachen – ein Schuljahr in Lettland.....	34
Sandra Roling: Studieren in Krakau – anders und doch nicht anders.....	37

Partner

AFS: Wo Europa Wirklichkeit wird.....	41
---------------------------------------	----

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz: Gemeinsame Tagung der Ost-West-Institute im GESW Vlotho 2001.....	44
Ewa Musialowska: Europejski telefon.....	58
Michael Walter: Schweden sind nicht alle blond.....	64
Burkhard Schäfers/Korinna Roters: Europa und der Stier – eine Exkursion in das Herz der EU.....	69

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz: Krzysztof Wojciechowski – Meine geliebten Deutschen.....	72
---	----

Rezensionen

Ansichten. 12. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt.....	80
Wolf-Dieter Eberwein, Basil Kerski (Hg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000.....	81
Wolf-Dieter Eberwein, Matthias Ecker-Ehrhardt: Deutschland und Polen. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?.....	83
Gerhard Kosellek: Reformen, Revolutionen und Reisen. Deutsche Polenliteratur.....	85
Walter Keim, Dieter Burkamp (Hg.): Nachbarn. Polnische Karikaturisten sehen Deutschland. Deutsche Karikaturisten sehen Polen.....	86
Elke Fein: Geschichtspolitik in Russland.....	89
Walter Koschmal, Marek Nekula, Joachim Rogall (Hg.): Deutsche und Tschechen. Geschichte, Kultur, Politik.....	91
Faz-Institut (Hg.): Jahrbuch 2001/2002 – Mittel- und Osteuropa Perspektiven.....	94
Daniel Piazzolo: The Integration Process between Eastern and Western Europe.....	95
Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung.....	96

Internet-Seiten zu den baltischen EU-Beitrittskandidaten.....	99
---	----

Zbigniew Wilkiewicz

Die polnischen Parlamentswahlen 2001 und die EU-Erweiterung

Die am 23. September 2001 abgehaltenen Sejmwahlen in Polen brachten keine grundsätzlichen Überraschungen hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse im neuen polnischen Parlament. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2000 war deutlich geworden, dass das Linke Wahlbündnis unter Leszek Miller, aus dem auch der polnische Staatspräsident Kwasniewski hervorging, stärkste Kraft im Lande ist. Miller wurde von Präsident Kwasniewski zum Ministerpräsidenten bestimmt und am 4. Oktober 2001 mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Mitte-Rechts-Koalition aus AWS „Solidarnosc“ (Wahlaktion „Solidarität“) und Unia Wolności (UW, Freiheitsunion) war bereits im Juni 2000 zerbrochen, und wir hatten es seitdem mit einer schwachen und überaus unpopulären Minderheitenregierung unter Ministerpräsident Jerzy Buzek zu tun. Trotzdem stellt das Ergebnis für liberal-demokratische Kreise der polnischen Gesellschaft einen Schock dar. Angesichts des recht einfach gestrickten Populismus der rechtsorientierten und antieuropäischen Oppositionsparteien, musste man um die politische Kultur im Parlament und damit auch im ganzen Lande fürchten. Nationalistische, antisemitische und antieuropäische Brandreden könnten nun auch im Sejm erklingen – so die Befürchtung des Warschauer Soziologen Sergiusz Kowalski.¹ In einem im August 2001 für FAZ-NET erstellten Länderbericht habe ich die Situation vor den Wahlen wie folgt charakterisiert:

„Die seit Herbst 1997 regierende Mitte-Rechts-Regierung mit dem Ministerpräsidenten Jerzy Buzek an der Spitze hat vier grundlegende Reformen (Verwaltung, Bildung, Renten und Gesundheit) in Angriff genommen. Diese waren zwar unerlässlich, ihre Vorbereitung und Um-

¹ Sergiusz Kowalski: Sens i bezsens polskiej polityki. Sejm niemy [Sinn und Unsinn der polnischen Politik. Der stumme Reichstag]. In: Tygodnik Powszechny, 7.10.2001, S. 3.

setzung wies allerdings gravierende Mängel auf.² Dies hat unter anderem dazu geführt, dass die liberale Freiheitsunion die Regierung im Juni 2000 verließ und die konservative Wahlaktion „Solidarität“ das Land seither als Minderheitsregierung weiter führen musste. Die im Frühjahr und Sommer des Jahres 2001 erfolgten Entlassungen mehrerer unfähiger oder der Korruption verdächtigter Minister hat dem Ansehen der Regierung von Jerzy Buzek zusätzlich geschadet. Die Wahlprognosen für den September 2001 gehen deshalb fast einhellig davon aus, dass die Linke, bestehend aus dem Linken Wahlbündnis und der Arbeitspartei (Unia Pracy, UP), die Parlamentswahlen überlegen gewinnen wird.³ Die Linke wird von all jenen gewählt werden, die sich als Verlierer des Transformationsprozesses verstehen, und dazu zählen neben den Langzeitarbeitslosen, den Landwirten und Industriearbeitern durchaus auch staatlich Bedienstete und Angehörige freier Berufe. Dabei ist davon auszugehen, dass die Linke nach den gewonnenen Parlamentswahlen auch an einer reformorientierten Wirtschaftspolitik festhalten wird. Ebenso sind die politischen und wirtschaftlichen Eliten Polens, ob sie nun linker oder rechter Provenienz sind, dezidiert NATO- und EU-freundlich.⁴ Hingegen hat die EU-Akzeptanz

² Lena Kolarska Bobinska: Cztery reformy. Od koncepcji do realizacji [Vier Reformen. Von der Konzeption zur Realisierung]. Warszawa 2000. Dazu meine Rezension in: aktuelle ostinformationen (2001), 3-4, S. 91-94.

³ Undank als Lohn für Polens Reformen? Die Leitfiguren des Systemwechsels politisch im Abseits. In: NZZ, 19.9.2001. Michael Ludwig: Neues politisches Koordinatensystem in Polen. Verdienste und Versäumnisse der scheidenden Regierungskoalition. In: FAZ, 21.9.2001. Ostpolitik Polens soll zur EU-Ostpolitik werden. Gespräch mit Józef Oleksy, Ex-Ministerpräsident und Spitzenpolitiker der Linksallianz SDL. In: Prager Zeitung, 20.9.2001. Thomas Roser: Herbstgefühle an der Weichsel. Die Erben der Solidarnosc können nicht mehr vom Umbruch zehren: Polens Sozialisten vor dem Erdrutschsieg. In: FR, 21.9.2001.

⁴ Wolf-Dieter Eberwein, Matthias Ecker-Ehrhardt: Deutschland und Polen. Eine Werte- und

innerhalb der Bevölkerung abgenommen. Von einer überwältigenden Mehrheit kann nicht mehr die Rede sein, in 2001 waren es nur noch knapp über 50 Prozent der Polen, die sich uneingeschränkt für den EU-Beitritt aussprachen. Ein Ausdruck dieser Situation ist auch, dass sich die Beitrittsverhandlungen in Brüssel länger hinziehen als mit anderen ostmitteleuropäischen Beitrittsaspiranten. Weiterhin problematisch bleiben auch die unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Länge der Übergangsfristen in den Bereichen Arbeitskräfte, Landwirtschaft, Umweltschutz und Bodenerwerb. Insofern muss der einstige Spitzenreiter Polen nunmehr fürchten, nicht mehr zur Gruppe jener Beitrittskandidaten zu gehören, die als erste in die EU aufgenommen werden.

Die wirtschaftliche Situation in dem Transformationsland Polen, das in den 90er Jahren sehr hohe Wachstumsraten im Bereich des BIP (5 bis 7 Prozent) erreichte, ist trotz aller Erfolge als schwierig zu bewerten. Ähnlich wie in anderen europäischen Staaten kam es in den Jahren 2000/2001 zu einem konjunkturellen Abschwung, das Wirtschaftswachstum fiel geringer aus als erwartet. Dagegen wurden die Ungleichgewichte hinsichtlich der Leistungs- und Handelsbilanz immer größer. Aufgrund der weiterhin recht schwachen Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte auf dem EU-Markt konnte sich der polnische Export nicht entfalten und die Handelsbilanz blieb unausgeglichen. Dabei wird die weiterhin bestehende Binnenmarktorientierung und Exportschwäche der polnischen Volkswirtschaft für das sich abschwächende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht. Insofern hofft man weiterhin auf das Engagement ausländischer Kapitalanleger, die durch Direktinvestitionen nicht nur für eine notwendige Kapitalausstattung exportorientierter Betriebe sorgen, sondern ebenfalls nachhaltig zu deren Modernisierung beitragen können.⁵

Interessengemeinschaft? Die Eliten-Perspektive. Opladen 2001, S. 59-83.

⁵ Piotr Pysz: Polen als Vorreiter der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa. In: Dialog (2001), 57, S. 98-101.

Aufgrund der notwendigen Umstrukturierung und Privatisierung großer Staatsbetriebe, vor allem in der Montanindustrie, ist es allerdings in den letzten beiden Jahren zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen, die Ende 2001 bei etwa 16 Prozent lag.⁶ Da wir es in den nächsten Jahren in Polen mit geburtenstarken Jahrgängen zu tun haben werden, die auf den Arbeitsmarkt drängen, und es in etlichen Branchen notwendige Modernisierungs- und Anpassungsanstrengungen geben wird, bleibt dieses Problem weiterhin akut. In diesem Zusammenhang ist auch die besonders in Deutschland kontrovers geführte Debatte über die Freizügigkeit von (polnischen) Arbeitskräften und die Forderung nach entsprechend langen Übergangsfristen nach dem EU-Beitritt Polens zu sehen.⁷

Konfrontiert man diese allgemeine Einschätzung mit dem Ausgang der Wahlen zum Sejm, so kommt man zu dem Ergebnis, dass sie in dieser Form zutreffend war, allerdings bestimmte Überraschungen nicht voraussah.

Ergebnisse der Wahlen

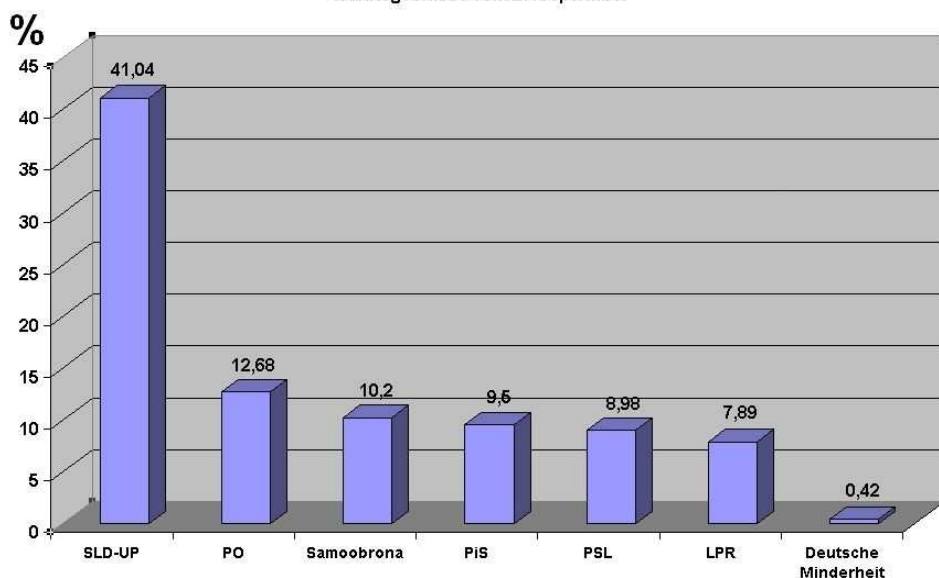
Wie niederschmetternd diese Wahlen für die noch vor kurzem Regierenden ausgefallen sind, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass weder die Freiheitsunion (Leszek Balcerowicz, Bronislaw Geremek) mit 3,1 Prozent der abgegebenen Stimmen, noch die Wahlaktion Solidarität (5,6 Prozent) in den Sejm zurückkehrten. Die UW sowie die in AWSP (Akcja Wyborcza Solidarnosc Prawica) umbenannte AWS scheiterten also beide an der 5- bzw. 8 Prozent-Hürde für Parteien und Wahlbündnisse und sind damit nicht mehr im Sejm vertreten. Der große Wahlsieger ist das von Leszek Miller geführte Linksbündnis aus SLD und UP mit 41,04 Prozent der

⁶ Elzbieta Maczynska: Ekonomiczne następstwa polityk restrukturyzacji przedsiębiorstw. [Die ökonomischen Folgen einer unzureichenden Umstrukturierung von Unternehmen]. In: osteuropa (2002), 1, S. 52-66.

⁷ Zbigniew Wilkiewicz: Polen. Vom Spitzenreiter zum Sorgenkind. In: FAZ.NET, 26.9 2001. www.faz.net

abgegebenen Stimmen, was 216 Mandaten entspricht.⁸ Es wurde von 45,3 Prozent der Frauen und 43 Prozent der Männer gewählt. Für die Linke entschieden sich mit klarer Mehrheit Pensionäre und Rentner (51,8 Prozent), Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren (39,9

Wahlergebnisse vom 27. September



Prozent), Wähler mit höherer Ausbildung (42,3 Prozent) und sogar die Privatunternehmer (41 Prozent), von denen nur 4,6 Prozent für die liberale UW stimmten. Lediglich bei der großen und verunsicherten Gruppe der polnischen Landwirte lag die gemäßigte Bauernpartei PSL mit 33,3 Prozent vor dem Linksbündnis (21,8 Prozent), während die populistische Samoobrona (Selbstverteidigung) von Andrzej Lepper bei den Landwirten immerhin noch 6,9 Prozent erhielt. Miller, dem einst der Ruf eines kommunistischen „Betonkopfes“ vorauselte und der kurz nach der Wende in eine ernste Parteifinanzaffäre verwickelt war, wurde im Laufe der Jahre zum mittlerweile unumstrittenen, autoritären Chef des SLD und genießt durchaus auch internationales Ansehen.⁹

⁸ Jakob Juchler: Machtwechsel in Polen – die Linke löst die Rechte ab. In: osteuropa, 11-12 (2001), S. 1405-1415. Kai-Olaf Lang: Machtwechsel in Polen. Was bringt die rot-grüne Koalition? In: SWP-Aktuell, Oktober 2001.

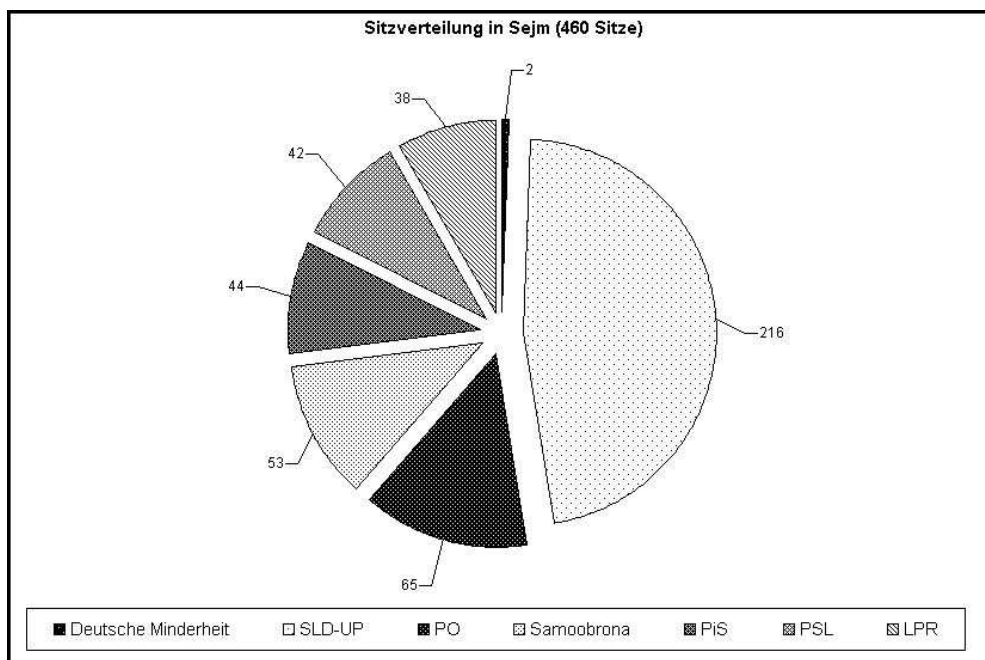
⁹ Roman Graczyk: Leszek Miller: Beton auto-szlifowany [Selbstgeschliffener Beton]. In: Gazeta Wyborcza, 16.9.2001. Gerhard Gnauck: Polens Regierungschef Leszek Miller baut sein Land um. In: Die Welt, 20.11.2002.

An der zweiten Stelle platzieren konnte sich die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO), die 12,68 Prozent der abgegebenen Stimmen (65 Mandate) erreichte. Diese von den bekannten Politikern Andrzej Olechowski, Maciej Plazynski und Donald Tusk geführte Gruppierung, die sich als Mittelstandspartei profilieren wollte, hatte vor allem bei Jungwählern (19,7 Prozent), Wählern mit höherer Bildung (19 Prozent) und Privatunternehmern (19,1 Prozent) den größten Zulauf. Aufgrund ihrer liberal orientierten Wirtschaftspolitik kam sie allerdings als

Koalitionspartner der Linken nicht in Frage. Immerhin hat es Olechowski, der schon einmal das Amt des Außenministers Polens innehatte und als Finanz- und Bankexperte gilt, verstanden, nach seinem überraschenden Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen eine wie auch immer definierte Mitte zu konsolidieren.

Sehr beachtlich hat sich die von dem ehemaligen Justizminister Lech Kaczynski geführte Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwosc, PiS) geschlagen, da sie als Neugründung immerhin 9,5 Prozent der Wählerstimmen (44 Mandate) erreichte. Diese „Partei der Ordnung“ wurde sowohl von Pensionären und Rentnern (8,8 Prozent) als auch von Jungwählern (8,7 Prozent) durchaus ernst genommen. Aber auch Wähler mit höherer Ausbildung (11,4 Prozent) sowie

nur mit 6,9 Prozent bedacht wurde. Es braucht nicht zu überraschen, dass Lepper bei Wählern mit höherer Bildung nur 3,3 Prozent erreichte. Allerdings ist auf den ersten Blick verwunderlich, dass sich 9,4 Prozent der privat Wirtschaftenden für seine Partei entschieden. Dabei könnte es sich in erster Linie um all jene Kleinunternehmer handeln, die bei einem EU-Beitritt Polens um ihre Konkurrenz- und Exportfähigkeit fürchten.



Privatunternehmer (10,6 Prozent) entschieden sich in beachtlichem Maße für diese Partei. Lediglich die Landwirte ließen ihr mit drei Prozent nur wenig Stimmen zukommen. In diesem Zusammenhang könnte man von einem polnischen Schill-Effekt sprechen, denn die Partei des entlassenen Justizministers Lech Kaczynski räumt der Verschärfung des Strafrechts und der Wahrung nationaler Interessen in Europa höchste Priorität ein.

Eine Überraschung stellen die 10,2 Prozent (53 Mandate) für die populistische Samoobrona des radikalen Bauernführers und EU-Gegners Andrzej Lepper dar, der bei den Präsidentschaftswahlen kläglich abgeschnitten hatte. Immerhin erhielt er von Pensionären und Rentnern acht, von den Jungwählern sogar neun Prozent der Stimmen, wohingegen er von den Landwirten, also seiner ursprünglichen Klientel,

Dass sich die gemäßigte Bauernpartei PSL mit ihrem Spitzenkandidaten Jaroslaw Kalinowski im Sejm halten konnte, wenn auch nur mit 8,98 Prozent (42 Mandate) der abgegebenen Wählerstimmen, dürfte von dieser Partei nicht als Erfolg gewertet werden. Hier ist deutlich hervorzuheben, dass der radikale Bauernführer Lepper entsprechend viele Stimmen abschöpfen konnte. Für die PSL entschieden sich nur 6,5 Prozent der Pensionäre und Rentner, 8,1 Prozent der Jungwähler und lediglich 5,3 Prozent der Wähler mit höherer Ausbildung sowie 6,2 Prozent der Privatunternehmer. Mit ihrem hohen Stimmenanteil bei den Landwirten (33,3 Prozent) konnte sich die Partei jedoch landesweit stabilisieren. Da das Linksbündnis nicht über die prognostizierte absolute Mehrheit verfügte, spielte die PSL bei der Regierungsbildung das Zünglein an der Waage.

Eine Überraschung bilden auch die 7,87 Prozent (38 Mandate) für die von Antoni Macierewicz geführte nationalkonservative und fremdenfeindliche Liga polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR), die sich ebenfalls aus der Restmasse des ehemaligen AWS-Blocks herausgebildet hat.

Führt man sich allerdings vor Augen, dass die Wahlbeteiligung mit 46,3 Prozent die nach 1991 (43,2 Prozent) zweitniedrigste seit 1989 gewesen ist, so wird deutlich, dass gut jeder zweite Wahlberechtigte aus welchen Gründen auch immer (Politikverdrossenheit, Protest) von seinem aktiven Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hat.¹⁰ Polnische Experten wie Frau Professor Lena Kolarska-Bobinska, Leiterin des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, und Professor Andrzej Rychard vom Institut für Philosophie und Soziologie bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften, gehen bei der Analyse der Wahlergebnisse aufgrund empirischer Befunde davon aus, dass nicht nur die typischen Transformationsverlierer die Linke und die populistischen Parteien gewählt haben, sondern ebenfalls die polnischen Eliten. Dies setzt voraus, dass es zu einer entsprechenden Änderung im Denken und Verhalten der Eliten Polens gekommen sein muss: „Aus meinen Untersuchungen ergibt sich, dass unter den Polen mit mittlerer und höherer Ausbildung die Radikalisierung zunimmt. Dieser Radikalismus findet in einem Gefühl der Bedrohung der eigenen Interessen seinen Ausdruck, in einem gesteigerten Unwillen angesichts der Öffnung für ausländisches Kapital (Konkurrenz), in einer geringeren Unterstützung für die Privatisierung und für eine schnelle Integration mit der EU. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums hat diesen Gruppen bewusst gemacht, dass es nicht nur für die Polen mit elementarer Ausbildung, sondern auch für

¹⁰ Rządziec będzie lewica [Regieren wird die Linke], in: Rzeczpospolita, 24. 9. 2001, vgl. www.rzeczpospolita.pl/dodatki/wybory 01. Vgl. auch: Janina Paradowska: Wybory po wyborach [Wahlen nach den Wahlen]. In: Polityka, 29.9.2001, S.3-6.

sie selbst schwieriger wird.“¹¹ Gegen die These von der Radikalisierung argumentiert freilich der Krakauer Soziologe Jan Jerschina, der davon ausgeht, dass die Zusammensetzung des neuen polnischen Sejms lediglich die empirisch messbaren ethnozentrischen, autoritären und nationalistischen Neigungen eines Teils der polnischen Gesellschaft widerspiegelt. Dabei schätzt er, dass das fremdenfeindliche Wählerpotential sogar bei 15 bis 20 Prozent liegen könnte. Für die erheblichen Erfolge der drei kleineren rechtsgerichteten populistischen Parteien macht er nicht eine wie auch immer definierte ökonomische Krise verantwortlich, sondern deren Erwartung bei der sich in Polen herausbildenden Schicht des Kleinbürgertums.¹² Keinen Grund zur Besorgnis sieht hingegen der Soziologe Tadeusz Szawiel, der in seiner Analyse des polnischen Parteiensystems nach den Wahlen von 2001 zum Ergebnis kommt, dass es das viel kommentierte „Erdbeben“ eigentlich gar nicht gegeben habe, und dass es in erster Linie um die Frage gehen werde, ob der Sejm die neu ins Parlament gewählte „Selbstverteidigung“ von Andrzej Lepper zivilisieren könne oder die „Selbstverteidigung“ den Sejm brutalisieren werde.¹³

Folgen für die Innenpolitik

Die Wahlergebnisse brachten zunächst eine Verunsicherung bei den europäischen Partnern Polens. Dies ergibt sich in erster Linie daraus, dass wir es im neuen polnischen Sejm mit einer breiten Front von Euroskeptikern zu tun haben. Dabei reicht das Spektrum im Parlament von radikalen Bauern bis zu antisemitischen Nationalisten.¹⁴ Vier Parlamentsgruppierungen

¹¹ Agnieszka Kublik: Niezadowolenie elit [Unzufriedenheit der Eliten]. In: Gazeta Wyborcza, 7.10.2001.

¹² Jan Jerschina: Sejm to nasze lustro [Der Sejm ist unser Spiegel]. In: Tygodnik Powszechny, 21.10.2001, S. 4.

¹³ Tadeusz Szawiel: Trzesienia ziemi nie było [Ein Erdbeben gab es nicht]. In: Tygodnik Powszechny, 14.10.2001, S. 1 und 4.

¹⁴ Thomas Roser: Europa-Skepsis eint die polnischen Polit-Populisten. Spektrum im Parlament

mit etwa 36 Prozent der Wählerstimmen lehnen den EU-Beitritt Polens grundsätzlich ab oder knüpfen nur schwer auszuhandelnde Bedingungen an ihn.¹⁵ Dies gilt sowohl für Leppers Samoobrona¹⁶ als auch für die katholisch-konservative LPR, für die nationalkonservative Bewegung PiS sowie für die mittlerweile zur Regierungspartei avancierte PSL.¹⁷

Da dem Linksbündnis die absolute Mehrheit fehlte, war sowohl eine Minderheitsregierung denkbar als auch eine Koalition aus dem Linken Bündnis und der gemäßigt populistischen Bauernpartei PSL.¹⁸ Da diese sich im Wahlkampf überaus EU-kritisch verhielt, schienen im Falle einer Koalition Konflikte mit dem Linksbündnis absehbar zu sein.¹⁹ Man musste eine Verlangsamung bei der Privatisierung und bei der notwendigen Haushalts-sanierung erwarten.

Die Sanierung des Haushalts, in dem ein Loch von etwa 40 Mrd. Zloty (etwa 11,2 Mrd. €) klafft, soll über die Erhöhung von Steuern und Abgaben erfolgen. Im neuen Haushaltsentwurf für 2002 werden Kürzungen bei den Sozialausgaben, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 22 auf 24 Prozent und die Streichung zahlreicher Absatzmöglichkeiten bei der Einkommenssteuer in Betracht gezogen. Darüber hinaus sollte von jedem polnischen Bürger, der über die Landesgrenzen fährt, eine Art Auslandsreisesteuer (Maut) von umgerechnet fünf Euro erhoben

reicht von radikalen Bauern bis zu antisemitischen Nationalisten. In: FR, 1.10.2001. Karol Sauerland: Das Unsrige. Was Polen täglich aufgetischt wird. In: FAZ, 25.10.2001.

¹⁵ Rafal Ziemkiewicz: Uciezka do Europy [Flucht nach Europa]. In: Wprost, 25.11.2001, S. 18-21.

¹⁶ Zbigniew Wilkiewicz. Populismus in Polen. Das Beispiel der Samoobrona unter Andrzej Lepper. In Druck.

¹⁷ Schwache Basis für Polens neue Regierung. Beschleunigung der EU-Integration gefährdet. In: NZZ, 27.9.2001.

¹⁸ Keine Mehrheit für Polens Sozialdemokraten. Wahldebakel der bisherigen Regierungsparteien. In: NZZ, 25.9.2001. Roland Freudenstein, Anna Czynny: Parlamentswahlen in Polen. Die Stunde der Populisten. In: KAS Auslandsinformationen, 10/2001, S. 20-48.

¹⁹ Janina Paradowska: Jak tu rzadzic? [Wie hier regieren?]. In: Polityka, 6.10.2001, S. 15-16.

werden. Davon ist man aber inzwischen abgekommen.

Der potenzielle Koalitionspartner PSL signalisierte allerdings zunächst, dass eine Kürzung der Haushaltsausgaben mit ihm nicht zu machen sei. Noch weiter ging Andrzej Lepper, der kurz nach den Wahlen den Rücktritt von Leszek Balcerowicz als Chef der Polnischen Nationalbank forderte. Die von Finanzminister Marek Belka nach einmonatiger Amtszeit eingeleiteten ersten Maßnahmen zur Sanierung des Haushalts – unter anderem die Besteuerung der Guthaben-Zinsen um 20 Prozent – haben bei der Bevölkerung zu entsprechenden Kapitalflucht-Reaktionen geführt.

Die beabsichtigten Steuererhöhungen stellen somit die erste unpopuläre Maßnahme der neuen Regierung dar, die den Wahlkampf mit einem gänzlich anderen Programm bestritt.²⁰ Weitere unpopuläre Maßnahmen, vor allem in jenen Ressorts, die unter der Regierung Buzek zu den umstrittenen Reformressorts avancierten, zeichnen sich ab. Die Rückführung bestimmter Reformschritte, besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich, sorgt schon jetzt für erste Irritationen und Unzufriedenheiten.²¹

PSL und Selbstverteidigung sind diejenigen Parteien, die bisher immer vor „einem Ausverkauf polnischer Erde“ und dem übermächtigen Einfluss fremden Kapitals in Polen gewarnt haben. Insofern ist der Einschätzung von Michael Ludwig zuzustimmen, dass es sich bei Lepper um einen Politiker handelt, der seine Forderungen ohne Rücksicht auf die etwaigen Folgen stellt. Allerdings dürfte der folgende Kommentar etwas übertrieben sein: „In Polen

²⁰ T. K.: Leichte geldpolitische Entspannung in Polen. Sechste Leitzinssenkung in diesem Jahr. In: FAZ, 29.11.2001. Gabriele Lesser: Polen laufen Amok vor der Steuerreform. Die meisten Regierungen senken die Steuern – Warschau erhöht sie. So soll das Haushaltsloch gestopft werden. In: taz, 26.11.2001.

²¹ Janusz A. Majcherek: Nowy rzad powiela bledy poprzedników. Era premiera Millera [Die neue Regierung wiederholt die Fehler der alten. Die Ära des Ministerpräsidenten Miller]. In: Tygodnik Powszechny, 28.10.2001, S. 4.

kann man schon froh sein, wenn die 53 Abgeordneten der 'Selbstverteidigung' im Sejm keinen handgreiflichen Radau veranstalten und wenn einer der neuen Stars der Mannschaft um Lepper, ein für seine unorthodoxen Methoden bekannter Privatdetektiv [gemeint ist damit Krzysztof Rutkowski], seinen Revolver auch wirklich jedes Mal von den Sejmwachen wegpacken lässt, bevor er den Sitzungssaal im Hohen Haus betritt.²² Rutkowski ist inzwischen aus der Partei ausgetreten, es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass etliche Parlamentsabgeordnete der Samoobrona über beträchtliche kriminelle Energien verfügen. Gegen sie – ähnlich wie gegen ihren Chef – sind in der Vergangenheit mehrere Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Nunmehr erfreuen sie sich allerdings des Schutzes der Immunität gewählter Volksvertreter.²³

Koalitionsvereinbarung und wichtigste Aufgaben

Die Koalitionsverhandlungen zwischen der SLD und PSL wurden schließlich am 7. Oktober 2001 erfolgreich abgeschlossen.²⁴ Einvernehmlich wurde festgelegt, das Haushaltsdefizit auf 40 Mrd. Zloty zu begrenzen, die Haushaltsausgaben der Inflationsrate anzugleichen und die Großbanken PKO BP und BGZ unter staatlicher Kontrolle zu halten. Außerdem wurde vereinbart, dass die Subventionen für die Landwirtschaft in den nächsten beiden Jahren real ansteigen, also höher als die Inflationsrate ausfallen sollen. Die Mehrwertsteuer soll für Lebensmittel, Mittel für landwirtschaftliche Produktion sowie für

²² Michael Ludwig: Der Mann mit Pudelmütze trägt nun Anzug. Die Partei des radikalen polnischen Bauernführers Lepper stellt die drittgrößte Fraktion im Abgeordnetenhaus. In: FAZ, 5.10.2001.

Gerhard Gnauck: Lepper, Schlepper, Bauernfänger. In: Die Welt, 8.10.2001.

²³ Igor T. Miecik, Piotr Pytlakowski: Kartel Samoobrona [Das Kartell Samoobrona]. In: Polityka, 20.10.2001, S.36-39.

²⁴ Polens Regierungskoalition unter Dach. Neuauflage der Verbindung Linksbündnis – Bauernpartei. In: NZZ, 8.10.2001. Boguslaw Mazur: Bedzie Lepper [Lepper bleibt]. In: Wprost, 9.12.2001, S. 18-23.

Baustoffe bis Ende 2002 nicht angehoben werden.²⁵

Die PSL, die als zweites Ressort das Umweltministerium erhielt, erklärte sich bei den Koalitionsverhandlungen also mit einer Kürzung der Staatsausgaben einverstanden. Diese sollte allerdings nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Einsparungen bei den Ausgaben erreicht werden.

Wichtigste Aufgaben für den neuen Finanzminister Marek Belka waren nach seinem Amtsantritt die Erstellung eines Haushaltsentwurfs für 2002 sowie ein zweiter Nachtragshaushalt für das Jahr 2001. Belka möchte das Defizit für 2002 auf fünf Prozent begrenzen. Dies soll durch die Rücknahme kostenträchtiger Gesetzesprojekte, Einsparungen, Steuererhöhungen und die Reduzierung der Abgaben an die Sozialkassen erreicht werden. Zudem werden von der PSL neue Importsteuern vorgeschlagen, was der große Koalitionspartner allerdings für kontraproduktiv erachtet, da dies weitere Konflikte mit der EU bringen wird. Die innenpolitischen Probleme Polens haben deshalb auch zur Folge, dass das Vertrauen in die Regierung Miller schwindet. Ihr wird bereits jetzt Tatenlosigkeit sowie eine wenig effektive Propaganda vorgehalten, die Stimmungslage in der Bevölkerung – so die Umfrageergebnisse vom Dezember 2001 – hat sich nach einem kurzen, durch die Wahlen verursachten Hoch wieder erheblich verschlechtert.²⁶

Der Primat der EU-Erweiterung

Die neue Regierung erklärte ihre Absicht, die sich verzögernden Beitrittsverhandlungen mit der EU wieder zu beschleunigen. In Brüssel ist man allerdings mit der Rückkehr der als

²⁵ Porozumienie programowe nowego rządu [Die Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung]. In: Gazeta Wyborcza, 9.10.2001. Rząd Millera [Die Regierung Miller]. In: Gazeta Wyborcza, 10.10.2001.

²⁶ Janina Paradowska: Rządzie rządzi! [Regierung regiere!]. In: Polityka, 5.1.2002, S. 18-19. Thomas Roser: Millers Glanz als Wahlsieger ist rasch verblasst. In: FR, 8.1.2002.

protektionistisch geltenden PSL zur Regierungsverantwortung unzufrieden. Die Zweifel, dass Polen an der ersten Erweiterungsrunde teilnehmen können, sind dadurch verstärkt worden.²⁷ Allerdings ist die PSL von bestimmten Maximalvorstellungen (18jährige Übergangsfrist bei Landkauf durch Ausländer) abgerückt, auch hat Miller größere Flexibilität bei den Übergangsfristen hinsichtlich der Freizügigkeit für Arbeitnehmer nach einem EU-Beitritt signalisiert. Im Streit um den Landerwerb gab es schon sehr bald die ersten Konzessionen gegenüber Brüssel.²⁸ In der Frage der Direktsubventionen für Polens Landwirte will die neue Regierung jedoch auf keine Kompromisse eingehen, hier pocht sie auf Gleichberechtigung.²⁹ Dies ist ein kaum verzichtbares Postulat des kleineren Koalitionspartners, dessen Führer und nunmehr amtierender Landwirtschaftsminister Kalinowski schon während des Wahlkampfes erklärt hatte, dass ohne die Gewährung von Direktbeihilfen an die polnischen Landwirte – und zwar nach den Regeln der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU – Polens Bauern von der subventionierten Konkurrenz aus dem Westen vom Markt verdrängt werden würden. Sollte es hier zu keiner befriedigenden Lösung kommen, müsse damit gerechnet werden, dass sich die Bauern bei der Volksabstimmung gegen einen EU-Beitritt aussprechen würden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Unterstützung für einen EU-Beitritt im Jahre 2001 insgesamt abgenommen hatte, ist dies keine ganz leere Drohung.³⁰ Neben diesem Dauerthema schwelte zwischen der Koalition aus SLD und PSL auf der einen und der Nationalbank sowie dem Geldpolitischen Rat auf der

anderen Seite der Konflikt um die Senkung der Leitzinsen. Angesichts einer auf fünf Prozent gedämpften Inflationsrate versprach man sich seitens der PSL und eines Teils des SLD von der Senkung der Leitzinsen eine Belebung der Investitionstätigkeit und der Wirtschaft. Angeblich gab es auch Pläne, die Unabhängigkeit der Nationalbank und des Rats durch eine Verfassungsänderung einzuschränken. Leszek Miller hat diese Gerüchte jedoch rasch dementiert. Dies hätte nämlich die an sich schon schwierigen Beitrittsverhandlungen in Brüssel noch weiter erschwert, denn die Unabhängigkeit der Nationalbanken gehört inzwischen zum europäischen Standard.³¹ Insgesamt muss die Integrationspolitik mit der EU allerdings aus dem Sparpaket der Regierung herausgenommen werden. Ansonsten wird es Polen nämlich nicht möglich sein, die Mittel für die Kofinanzierung von Projekten aufzubringen, die seitens der EU als Vorbereitungsprogramme für die Beitrittsländer bereitgestellt werden.³² Die Regierung Miller wird also einen spektakulären Spagat vollbringen müssen. Erstens müssen die Staatsfinanzen saniert werden und zweitens darf die Europapolitik in keinem Falle vernachlässigt werden.³³ Von den sozialen Versprechungen des Wahlkampfes wird – wie im Zusammenhang mit den Steuererhöhungen bereits erläutert – so gut wie nichts übrig bleiben.³⁴

²⁷ C. Sr.: Polens Mühen mit der Europäischen Union. Diffuse Ängste vor einem Ausverkauf des Agrarlandes. In: NZZ, 20.9.2001.

²⁸ Polen gegen Aufnahme von 13 Ländern. Neue Zugeständnisse bei Landerwerb durch Ausländer nach EU-Beitritt. In: FAZ, 21.11.2001.

²⁹ Tatendrang trotz düsterer Vorzeichen. Polens neue Regierung muss das Etatdefizit bewältigen und den Europa-Kurs forcieren. In: FR, 12.10.2001.

³⁰ Lena Kolarska-Bobinska: Polacy wobec wielkiej zmiany. Integracja z Unia Europejska [Polen angesichts der großen Veränderung. Integration mit der Europäischen Union]. Warszawa 2001.

³¹ In der polnischen Regierungskoalition deutet sich Streit über die EU-Verhandlungen an. Miller: Bauernpartei in Frage des Landerwerbs gespalten. Unabhängigkeit der Nationalbank in Gefahr? In: FAZ, 15.10.2001.

³² Michael Ludwig: Als Finanzminister soll Marek Belka die Staatsfinanzen wieder in Ordnung bringen. Die Haushaltskrise und das geringe Wirtschaftswachstum drohen auch das Tempo der Integration Polens in die Europäische Union zu verlangsamen. In: FAZ, 1.10.2001.

³³ Thomas Roser: Miller sieht zu EU-Beitritt keine Alternative. Polens neuer Premier vereidigt/ Buzek: Habe Job erfüllt. In: FR, 20.10.2001. Einsetzung von Polens neuer Regierung. Augenmerk Millers auf Europapolitik und Staatsfinanzen. In: NZZ, 19.10.2001. Boguslaw Mazur: Antybuzek. Powrót kanclerza [Anti-Buzek. Die Rückkehr des Kanzlers]. In: Wprost, 21.10.2001, S. 18-22.

³⁴ Michael Ludwig: Mit Populisten und ehemaligen Kommunisten. Welche Schwierigkeiten die neue

Trotzdem muss festgehalten werden, dass die Osterweiterung der EU – auch unter den bis 2006 gemachten Vorgaben – ein realistisches Unterfangen bleibt. Dabei spielt die Kostenfrage natürlich eine absolut dominante Rolle.

„Vor allem bei der Frage der potenziellen Kosten der Ost-Erweiterung ist eine sachliche Analyse geboten. Der Finanzrahmen der Union für den Zeitraum 2000 bis 2006 wurde auf dem Europäischen Rat von Berlin 1999 beschlossen. Er geht von dem Beitritt sechs neuer Mitgliedsstaaten bereits im Jahre 2002 aus. Speziell für die Erweiterung sind jährliche Ausgaben von 6,5 Milliarden Euro im Jahre 2002 bis 16,8 Milliarden Euro im Jahre 2006 vorgesehen. Die zusätzlichen Kosten für die Erweiterung wurden durch Einsparungen insbesondere im Bereich der EU-Strukturfonds und im Agrarbereich ermöglicht.“

Inzwischen hat sich das Beitrittsszenario bekanntlich geändert. Die ersten Beitritte könnten demnach 2004 erfolgen. Zehn Länder streben dieses Datum an. Bulgarien und Rumänien streben ihren Beitritt erst 2006 an. Die revidierten Kosten der Erweiterung liegen voll und ganz im Rahmen des in Berlin beschlossenen Finanzrahmens. Insofern besteht bis 2006 eine klare und berechenbare Situation.“³⁵ Fügt man an dieser Stelle hinzu, dass die EU bis 2006 ganze 26 Mrd. Euro als Anpassungshilfen zur Verfügung stellt, während der Handelsbilanzüberschuss der EU mit den Beitrittsaspiranten alleine in 1999 45 Mrd. Euro betragen hat, so muss man den Europapolitikern Elmar Brok (CDU/EVP) und Günter Verheugen recht geben, wenn sie von einer Diskussion sprechen, die von „Kleinkrämerei“ beherrscht wird.³⁶

Tatsächlich wurden nach den Wahlen in Polen die Verhandlungen mit der EU beschleunigt.

polnische Regierung zu lösen hat. In: FAZ, 22.10.2001.

³⁵ Wirtschaftliche Perspektiven der EU-Erweiterung. Die Europäische Union wird zum größten Binnenmarkt der Welt. Die F.A.Z.-Lecture 2001 von EU-Kommissar Günter Verheugen. In: FAZ, 10.10.2001, S. 19.

³⁶ Stefan Dietrich: Eine Frage des Standpunkts. Ost-Erweiterung: Ist Europa das Problem oder die Lösung? In: FAZ, 22.11.2001.

Unter anderem konnte das bis dahin umstrittene Umweltkapitel abgeschlossen werden, was bereits unter der Regie des neuen polnischen Chefunterhändlers Jan Truszczynski geschah.³⁷

Außerdem gab die neue polnische Regierung bekannt, dass sie bereits im Jahre 2003 ein EU-Referendum abhalten wolle.³⁸

Diese letzten Entwicklungen lassen hoffen, dass die Verhandlungen mit Brüssel nun zügiger verlaufen werden. Es bleibt aber auch abzuwarten wie sich der kleinere Koalitionspartner PSL besonders hinsichtlich der Verhandlungen über die Rolle der polnischen Landwirtschaft in einer erweiterten EU verhalten wird. Hier hat die Debatte über die Übergangsfristen beim Erwerb von landwirtschaftlich nutzbaren Böden durch Ausländer gezeigt, dass die Ansichten der Verhandlungspartner weit auseinander gehen können.³⁹ Man wird also von Auseinandersetzungen und Friktionen ausgehen dürfen. Auch ist offen, wie die polnischen Rechtspopulisten im Sejm agieren.⁴⁰ Ein erstes skandalöses Verhalten seitens des Bauernführers Lepper wurde bereits Ende November 2001 registriert.⁴¹

³⁷ Michael Ludwig: Im Feilschen geübt. In: FAZ, 9.11.2001.

³⁸ Gerhard Gnauck: Polen will bereits 2003 ein EU-Referendum abhalten. Verheugen lobt Warschauer Verhandlungsführung. In: Die Welt, 12.11.2001. Ein gutes Zeugnis für Warschau. In: Die Welt, 12.11.2001.

³⁹ EU-Kommission „befremdet“ über polnische Regierung. Neue Hindernisse in den Verhandlungen über Landerwerb durch EU-Ausländer. In: FAZ, 19.12.2001. Joanna Solska: Trzesienie ziemi [Erdbeben], in: Polityka, 15.12.2001, S. 3-9. Aureliusz M. Pedziwol: Integration Ja, aber der Boden bleibt unser. Meinungsumfragen über den Beitritt zur Europäischen Union in Polen – Ängste vor dem Ausverkauf. In: Prager Zeitung, 24.01.2002. Polen kommt in Brüssel voran. Störmanöver der Europa-Gegner im polnischen Parlament dauern an. In: FAZ, 18.1.2002.

⁴⁰ Karol Sauerland: Falsche Sendung. Radio Maryja will Polen vor der Europäischen Union bewahren. In: taz, 17.12.2001.

⁴¹ Der EU-Beitritt als Minenfeld für Polen. Außenminister Cimoszewicz unter Beschuss von rechts. In: NZZ, 27.11.2001. Mehrere Misstrauensanträge im Sejm. Parlamentspräsident beschimpft Außenminister wegen Europapolitik. In: FAZ, 30.11.2001.

Ungeachtet aller möglichen Schwierigkeiten scheint freilich sicher zu sein, dass auch nach dem Machtantritt der polnischen Linken und angesichts gravierender Haushaltsprobleme für das Jahr 2002 der EU-Beitritt Polens unbestrittene Priorität der polnischen Innen- und Außenpolitik bleibt.⁴² Auch kann man davon ausgehen, dass sich bei dem anstehenden Referendum eine Mehrheit der Polen für den EU-Beitritt



aussprechen wird.⁴³

Die im November 2001 veröffentlichten Fortschrittsberichte der Union stellen den Beitrittskandidaten – wie gewohnt – gute Zeugnisse aus, und Brüssel scheint entschlossen zu sein, bis 2004 bis zu zehn Kandidaten aufzunehmen.⁴⁴ Allerdings werden auch weiterhin Defizite bei den Themen Verwaltung, Korruption, Minderheiten, Umsetzung von Gesetzen und Vorbereitung der einzelnen Gesellschaften auf die Aufgaben der potenziellen Mitglieder konstatiert. Da in 2002 u. a. Wahlen in Frankreich und in Deutschland ins Haus stehen, und da die EU aufgefordert ist, für die Bereiche Landwirtschaftspolitik und Regionalfonds

⁴² Michael Ludwig: Das schwarze Szenario vermeiden. Polens neue Verhandlungsstrategie mit der Europäischen Union. In: FAZ, 24.11.2001.

⁴³ Zustimmung zur EU in den Beitrittsländern. Ergebnisse der ersten Eurobarometer-Umfrage. In: NZZ, 11.12.2001.

⁴⁴ Im Interview: Günter Verheugen. Kandidaten auf Reformkurs. In EU-Magazin, 12 (2001), S.16-18.

Entscheidungen zu treffen, darf mit entsprechenden Kontroversen gerechnet werden.⁴⁵ Besonders im Hinblick auf die Aushandlung der landwirtschaftlichen Standards und die Höhe der Forderungen hat es im Januar 2002 erhebliche Konflikte gegeben.⁴⁶ Falls es aber gelingt, diese Finanzfragen auf das Jahr 2006 und den neuen EU-Haushalt zu vertagen, könnte der jetzt ins Visier genommene Fahrplan eingehalten werden.⁴⁷

⁴⁵ Die Bedingungen werden nicht abgeschwächt. EU-Kommissar Günter Verheugen sieht Chancen für den Beitritt von zehn Kandidaten im Jahr 2004 /FR - Interview. In: FR, 16.1.2002, S. 5.

⁴⁶ Daniele Weingärtner: Vom Kampf um die Fleischtöpfe. Die EU-Kommission will mit dem Plan, im Osten weniger Subventionen zu zahlen, auch die Altmitglieder zu Reformen zwingen. Meinen Agrarexperten. In: taz, 30.1.2002. Pawel Smuda: Wer verwaltet die Subventionen aus Brüssel. Warschau pocht auf EU-Unterstützung in voller Höhe – doch ob man in der Lage ist, diese effektiv zu verteilen, ist fraglich. In: taz, 30.1.2002. Polen will sich von Brüssel nicht zum Mitglied zweiter Klasse machen lassen. In: Handelsblatt, 28.1.2002. Polen auf dem Weg zur EU unter Zeitdruck. Direktzahlungen an die Bauern als Streitpunkt. In: NZZ, 29.1.2002, S. 5.

⁴⁷ Carola Kaps: Die EU fest im Blick. Die mitteleuropäischen Beitrittskandidaten, die Fortschrittsberichte und die beiderseitigen Risiken. In: FAZ, 22.11.2001.

Constantin Iordachi (Ph. D. candidate), Central European University Budapest
Brief an einen Freund in Berlin: Europa und die Grenzen in den Köpfen

Als ich gefragt wurde, einen Essay über Rumänien und die EU-Osterweiterung zu schreiben, erschien mir die Aufgabe auf den ersten Blick trügerisch einfach. Als Student der „Internationalen Beziehungen“ würde ich zunächst Integrationstheorien heranziehen, um die Geschichte, das Erreichte und die Evolution der Europäischen Union im Rahmen ihrer Entwicklung von einem „Sicherheitskomplex“ nationaler Konflikte zu einer hoch integrierten „Sicherheitsgemeinschaft“ zu beschreiben. Als Geschichtswissenschaftler könnte ich darüber hinaus Daten zur teleologischen Vor-Geschichte des Integrationskonzepts hinzufügen, um so dem „Mythos Europa“, der die heutigen Lehrbücher über europäische Studien beherrscht, Kraft zu verleihen. Sicherlich fehlt es dem optimistischen Projekt der Entwicklungen der Union nicht an Herausforderungen. Die bedeutsamsten sind dabei die generelle Krise des Wohlfahrtsstaates in Westeuropa, die Migrationsströme von weniger entwickelten Ländern in Richtung westliche Welt und das bedrohliche Aufkommen der neuen Rechten mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Widerstand gegenüber supra-nationalen Strukturen und Institutionen. Aber diese Herausforderungen dienen mitunter auch als bloße rhetorische Phrase, nur um den andauernden Erfolg der Vertiefung des Integrationsprozesses besser ins rechte Licht zu rücken. Dieselbe Sichtweise trifft ebenfalls auf Ostmitteleuropa zu. Dem Kollaps der „Regierungen hinter dem Eisernen Vorhang“ und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems folgte ein bislang nie da gewesener Strom von Menschen, Ideen und Investitionen. Die Auswirkungen der politischen Demokratisierung, institutionellen Integration und Globalisierung auf die bilateralen Beziehungen im heutigen Osteuropa förderte die Zusammenarbeit statt das Konfliktpotenzial zu schüren.

Konsequenterweise sind osteuropäische Länder mehr und mehr durch formelle und informelle Kontakte miteinander verknüpft, die dazu

führen, dass sich zwischenstaatliche Beziehungen in der Region verändern. Der Aufbau begrenzter Formen einer regionalen Kooperation, das Streben dieser Länder nach Aufnahme in die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Architektur des Westens, die historische Aussöhnung und die Beschwichtigung alter Konflikte in der Region scheinen diese Schlussfolgerung zu unterstützen.

Ego-Histoire

Die Angelegenheit, einen Essay zu dieser Thematik zu verfassen, wurde erheblich komplizierter, als mir klar wurde, dass ich auch meine persönlichen Erfahrungen einbringen sollte. Meine erste Reaktion war, dass ich der Gefahr eines „historischen Trugschlusses“ erliegen könnte, indem ich einfach von meinen persönlichen Erfahrungen zu historischen Verallgemeinerungen springen könnte. Das Resultat vorwegnehmend wurde mir klar, dass die Aufgabe, eine Autobiographie verbunden mit dem Oberbegriff einer wie auch immer verstandenen „Europäischen Identität“ zu schreiben, mich mit einem Intellektuellen in der Tradition des 19. Jahrhunderts gleichsetzte. Diese Tradition wurde in jüngster Zeit verstärkt wegen ihres patriarchalischen, von Männern dominierten „Mainstream“-Charakters angegriffen. Darüber hinaus verstand ich fernab der methodologischen Reserviertheit bezüglich dieser Form einer *Ego-Histoire*, dass auch die Furcht im Vordergrund stand, mit der unbequemen Erinnerungsanstrengung fertig zu werden. Diese würde mich in verschiedene Länder und Situationen zurückbringen, vor allem das tägliche Leben unter der kommunistischen Herrschaft.

Ich wurde geboren in Bukarest und wuchs auf in dieser Stadt mit „Fin-de-Siècle“-Flair und einer Architektur der Zwischenkriegszeit, die einst von sich selbst behauptete, das „Klein-Paris“ auf dem Balkan zu sein. Meine Sozialisation und erste Ausbildung fand in den

1980er Jahren statt, einer zugegebenermaßen hektischen Periode in der Geschichte meines Landes. Auf der einen Seite entdeckte ich bald meine Leidenschaft für Geschichte, indem ich das Privileg kostengünstiger Bücher und klassischer Literatur genoss. Auf der anderen Seite war das Leben unter der brutalen kommunistischen Diktatur frustrierend. Materieller Notstand, Zensur und permanente Unfreiheit paarten sich mit einem stalinistischen Personenkult. Zu diesen bekannten Aspekten, die in der Tat das Leben in jeder „kommunistischen Kaserne“ des Ostblocks charakterisierten, kam für die Bukarester Bewohner der Schmerz hinzu, ihre Stadt durch die systematische Realisierung einer geistesgestörten sozialistischen Stadtplanung verunstaltet zu sehen.

Identität unter dem Kommunismus

Warum habe ich mich dazu entschlossen, Geschichte zu studieren? Es gab sicherlich ein persönliches Interesse und eine Hingabe zu diesem Fach, aber man muss auch die generellen Bedingungen im Rumänien Ceausescus in Betracht ziehen. In den 1980er Jahren versuchte das kommunistische Regime in Anbetracht einer tiefen sozio-politischen Krise, seine Herrschaft durch Maßnahmen einer nationalistischen Mobilisierung zu rechtfertigen. Die Geschichte spielte dabei in der neuen Strategie einer symbolisch-ideologischen Kontrolle über die Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die offizielle Propaganda des Regimes entwertete und missbrauchte traditionelle Themen der rumänischen Historiographie, bspw. die Präsenz des rumänischen Volkes auf ein und demselben Territorium, die Betonung der autochthonen Wurzeln und ethno-zentrierte Mythen. In diesem Zusammenhang könnte es daher sein, dass sich junge Menschen entweder durch die heroisch-triumphale Propaganda des Regimes oder, kontrastierend und gleichsam als Reaktion darauf, weil sie die bewusste Verfälschung ihrer Geschichte und Identität ablehnten, zum Studium hingezogen fühlten. Für uns als Teenager brachte die spannungsgeladene politische Situation in

dieser Zeit naive revolutionäre Überbetonungen mit sich. Wir dachten, unser symbolisches Abwechlertum in kleinen Gesten des Ungehorsams zum Ausdruck bringen zu müssen und darauf abzielen, die Maschinerie des Systems auf jeder möglichen Ebene zu stören. Bald wurde mir klar, dass das Leben im Kommunismus nicht durch Heldentum charakterisiert war, sondern durch Konformismus, zumal das Funktionieren des entmenschlichen Systems auf Falschheit, Opportunismus und der Kollaboration der Menschen basierte. Vor diesem Hintergrund schien es, als ob die Revolution von 1989 einem Wunder gliche, eine Erlösung von den Alpträumen des Kommunismus. In der Tat, der kurzlebige, jedoch blutige Bürgerkrieg, der die politischen Veränderungen begleitete, war traumatisch. Aber zum ersten Mal konnte ich menschliche Solidarität und Freiheit so erfahren, dass mir klar wurde, was sie bedeuten. Wo war in dieser Zeit Europas Platz in der öffentlichen Diskussion? Man könnte erwarten, dass die Idee „Europa“ in einer Vielfalt divergierender und sogar widersprüchlicher Ansätze Verwendung fand. Abgesehen von den Hoffnungen auf ein besseres Leben bedeutete Europa für die meisten Menschen jedoch den Teil der rumänischen nationalen Identität, der während des Kommunismus unterdrückt war. „Auf nach Europa“ hieß, die eigenen Wurzeln zu entdecken, die eigene Vergangenheit und Identität. Mit Sicherheit war das nichts Spezifisches der rumänischen Revolution. Der politische Machtwechsel von 1989 in den mittel- und osteuropäischen Ländern wurde von vielen Wissenschaftlern als „Sieg der nationalen Identität über den Marxismus“ (G. Schöpflin und A. Smith), „die beste Stunde des osteuropäischen Nationalismus“ (M. Glenny) oder als „Frühling der Nationen“ (Z. Brzezinski) verstanden. In Rumänien allerdings dauerte das Wunder der Revolution nicht allzu lange. Was folgte, war eine Reihe von fehlgeschlagenen Versuchen der politischen und institutionellen Integration in den Westen und das Wiederaufblühen der traditionellen Debatte im intellektuellen

tuellen und politischen Leben zwischen „Westlern“ und „Autochthonen“. Letztere führten die Hauptrichtung der kommunistischen Propaganda fort, indem sie eine auf das Land bezogene Variante der nationalen Identität propagierten, die Autarkie, Isolationismus und nationalistisch-autoritäre Lösungsansätze bevorzugte. Im Gegensatz dazu versuchten viele westliche Intellektuelle, die wegen des langsamen Wandels enttäuscht waren, ihre eigene Unfähigkeit im Hinblick auf eine verstärkte Transformation der kollektiven Mentalität zu kompensieren. Sie unterstützten vielmehr die These eines kollektiven Schocks, der manchmal regelrecht eine stigmatisierte Identität bzw. eine Art kollektive Pathologie annahm. Die Diskussion über eine nationale Identität wurde daher auf zwei völlig gegensätzlichen, sich ausschließenden Feldern geführt: Einerseits betrachteten sich die Rumänen als „Martyrer Europas“, die Verteidiger des Christentums gegen die Türken im Mittelalter und die Retter der westlichen europäischen Zivilisation sowie die Opfer des „lästigen“ Deals zwischen Russland und dem Westen, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Jalta stattgefunden hatte. Andererseits betrachtete man die Rumänen als die „Kranken Europas“, dazu verdammt, aufgrund ihrer eigenen Unfähigkeit zum Wandel, ewig rückständig zu bleiben. Über diese radikalen Varianten hinaus gab es praktisch keine Möglichkeit, einen positiven Ansatz der eigenen Identität und Kultur, der Offenheit und Sensibilität gegenüber Nachbarkulturen zu entwickeln.

Eigen-Geographie im Postkommunismus

An dieser Stelle komme ich auf meine eigenen Erfahrungen zurück. Nachdem ich die Periode politischer Konfusion und Aufstände als Student der Bukarester Universität hautnah miterlebt hatte und zwischen wissenschaftlichen Ansprüchen und studentischem Aktivismus hin und hergerissen war, entschloss ich mich, mein Studium an der Central European University in Budapest fortzusetzen. Die Wahl, nach Ungarn

zu ziehen, hatte zur damaligen Zeit in Rumänien eine merkwürdige Konnotation. In der Tat war der diplomatische und ideologische Konflikt begleitet von gegenseitigen Verurteilungen und Dämonisierungen. Folgt man öffentlichen Umfragen, darf nicht vergessen werden, dass Rumänen und Ungarn wechselseitig als die meistgehassten Nachbarn galten. Dies beeinflusste gleichermaßen sowohl die politische Ebene als auch das tägliche Leben. Dazu gesellte sich aufgrund des fehlenden Vertrauens ein breites Repertoire an Klischees und Stereotypen. Nach einem längeren Aufenthalt in Ungarn, dem Studienaufenthalte in England und in den USA folgten, begann ich zu verstehen, dass das wechselseitige Misstrauen auf purer Ignoranz beruht, zumal Rumänen und Ungarn immer noch sehr wenig übereinander wissen. In der Tat, wie viele Rumänen oder Ungarn haben es jemals in Betracht gezogen, die Sprache des Nachbarn zu erlernen? Wie viele osteuropäische Intellektuelle würden die Stärkung der kulturellen Beziehungen mit den Nachbarn im Osten fordern, und eben nicht die Beziehungen zum „normativen“ Westen? Wie viele Westdeutsche würden sich dazu entschließen, in den Osten Deutschlands umzuziehen? Konfrontiert mit diesen Herausforderungen zog es mich daher immer stärker in ein globales intellektuelles Projekt der interregionalen Kommunikation, das versucht, kulturelle Codes zu übersetzen und sie wechselseitig kompatibel zu machen.

Das Studium an der CEU war natürlich ebenso auf eine andere Art und Weise hilfreich. Der tägliche Umgang mit unterschiedlichen Menschen verschiedenster Kulturen trug dazu bei, Sensibilität und das Bewusstsein für kulturelle Identitätsunterschiede, die in einer Welt des ständigen Wandels permanent neu definiert werden, zu entwickeln. Auf der anderen Seite brachte mich die Situation dazu, meine eigene Identität zu überprüfen und in einer Welt, die von kulturellem Nationalismus und symbolischer Geographie dominiert wird, zu „funktionalisieren“. Von meinem östlichen Blickwinkel aus habe ich mittlerweile verstanden, dass Europa

keineswegs homogen und eindimensional ist, sondern eher ein heiß diskutiertes, politisches und institutionelles Konstrukt, eine hybride Komposition mehrerer konzentrischer, aber auch hierarchischer, regionaler Schichten. Um dies zu begreifen, braucht man nur staatliche Grenzen, die geopolitische Einheiten definieren, den symbolischen Grenzen gegenüberzustellen. Symbolische Grenzen teilen dabei Europa in mit dem Verstand des Einzelnen wahrgenommene Regionen ein. Man denke daher nur an den Unterschied zwischen Europa als einem institutionellen Projekt und Europa als einem geistigen Konstrukt. Der Unterschied mündet unweigerlich in einen Diskurs über die symbolische Geographie Europas, die bspw. in historischer Hinsicht von Larry Wolf in seinem Werk *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment* analysiert wird. Wolf stellt in seinem Buch die Kulturgrenzen heraus, die im westlichen Europa während des Mittelalters entlang einer Nord-Süd-Achse bestanden und während der Zeit der Aufklärung in Richtung Ost-West verliefen. Er dokumentierte so den Prozess der „Erfindung Osteuropas“, der auf eine Ideologie, basierend auf der Herrschaft einer Verknüpfung von Macht und Wissen, zurückzuführen ist und zugleich im Zusammenhang mit einem generellen Prozess der Rekonstruktion der westlichen Identität steht. In den späten 1980er Jahren bildete sich neben den kulturellen, wirtschaftlichen und ideologischen Trennlinien zwischen Ost- und Westeuropa ein weiteres kulturelles Konstrukt heraus, die Idee „Mitteleuropa“. Beginnend mit dem einflussreichen, im Jahr 1983 veröffentlichten Essay Milan Kunderas über die „Tragödie Mitteleuropas“ erfuhr das Konzept „Mitteleuropa“ einen spektakulären Aufschwung in den 1980er und 1990er Jahren. Das Konzept ging zunächst von einem literarischen und künstlerischen Genre aus und mündete dann über eine ausgedehnte akademische Debatte letztlich in die praktische Politik. Während dieses Erkenntnisverlaufs transformierte sich das Konzept „Mitteleuropa“ von einer bloßen gedanklichen Schöpfung einer Handvoll Künstler und Schrift-

steller zu einem akademischen Konzept, das unser Verständnis der Region formte und als Basis für politische Anstrengungen in der postkommunistischen Zeit, vor allem in den Visegrád-Ländern, diente. Nichtsdestoweniger war die akademische Diskussion über „Mitteleuropa“ wegen ihrer vagen, unpräzisen Formulierungen, schwachen Konzeptualisierung und idealistischen Verallgemeinerungen harscher Kritik ausgesetzt. Als politisches Konstrukt wurde „Mitteleuropa“ wegen seines Ausschlussprinzips kritisiert, zumal es auf einer Dämonisierung Russlands und der symbolischen Ausklammerung des „exotischen“ Balkan beruhte. Maria Todorova legt auf eloquente Weise in ihrem Buch *Imagining the Balkans* dar, dass die Isolierung des Balkans in der Mitteleuropa-Debatte auf die vorherrschende orientalistische Haltung des Westens in akademischen Kreisen zurückzuführen ist. Der Balkan wird dichotom als ideologischer Gegner betrachtet, entweder Osteuropa angehörend oder aber als separates Gebilde.

Europas geistige Landkarte und die Gefahr der Verwüstung von Rechts

Ist dies nun eine bloße akademische Übung? Ich glaube, dass die symbolische Geographie zum Großteil unsere Wahrnehmung der Welt von heute prägt und starke Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat. Man denke nur an die existierenden Grenzen und die Reisemöglichkeiten in einem vereinten Europa. Für ungarische Bürger ist der Grenzübertritt in den Schengener Raum des Westens lediglich ein symbolischer Akt. Für Rumänen begann die Reise bis vor wenigen Wochen noch vor einer westlichen Botschaft und setzte sich mühselig im Schengener Raum fort. Für jemanden aus dem Kaukasus beginnt die Reise mit dem Aufsuchen mehrerer Botschaften, und auf dem Weg in den Westen passiert man mehrere Grenzkontrollen, nur um den Schengener Raum zu erreichen. Die bevorstehende EU-Erweiterung um eine erste Welle von ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten könnte dieses Problem sogar noch verschärfen.

Eine Folge könnte die Einführung einer Visa-Regulierung zwischen Rumänien und Ungarn sein, da Neumitglieder im Rahmen des Schengener Abkommens automatisch eine „schwarze Liste“ aller anderen Mitglieder akzeptieren müssen. Es scheint in der Tat so, als ob Europa wie eine Art „Börse der Ängste“ funktioniere, auf der jeder einander ausschließende Grenzen in seiner symbolischen Geographie zieht. Das Resultat ist *ein* Europa - vielfältig, mit stark wechselnden Grenzen, eine Funktion der zugeschriebenen Nationalität.

An dieser Stelle sollte ich hinzufügen, dass die Mechanismen, die die Konstruktion von symbolischen Grenzen ausmachen, sehr komplex sind. Sie beruhen einerseits auf inter- und intrakulturellen Trennlinien und Unterschiedlichkeiten; hierzu zählen kulturelle und religiöse Grenzen oder auch politische und ideologische Konflikte. Andererseits dominiert eine ökonomische Spaltung zwischen unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und Regionen. Am wichtigsten allerdings erscheint mir die Tatsache, dass das Projekt der EU-Integration genau darin besteht, Grenzen zu beseitigen, eine gemeinsame Identität hervorzubringen sowie regionale und strukturelle Entwicklungsunterschiede auszugleichen. In einem (geographisch) größeren Europa, das von scharfen sozio-ökonomischen Unterschieden gekennzeichnet ist, bildet der kulturelle Nationalismus die Hauptantriebskraft für die symbolische Geographie, zumal es nicht der Unterschied selbst ist, der symbolische Grenzen schafft, sondern die Art, wie sie verstanden und objektiviert werden.

Die beschriebenen Gedanken über meine *Ego-Histoire* brachten mich dazu, meinen eigenen Platz auf der geistigen Landkarte Europas zu bestimmen. Die Art, wie ich die Post-Moderne erfahren habe, könnte geradewegs ein sehr typisches Beispiel für eine erfolgreiche Globalisierung sein, ein Produkt der Expansion des akademischen Bildungssystems und verstärkter Kontakte zwischen Ost und West. Auf der anderen Seite könnte man hingegen vermuten, ich sei ein Engländer, der seinen Tee in einem sehr entlegenen nordmoldawischen Dorf an der

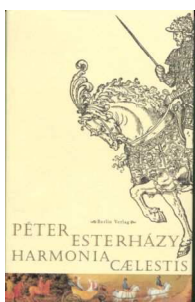
Grenze zwischen dem Zaristischen, dem Habsburger und dem Osmanischen Reich trinkt und darüber nachdenkt, ob er nicht in drei verschiedenen Reichen zugleich sitzt. Das Problem liegt darin, dass die Befürworter einer nationalistischen Identität vielmehr darauf verweisen, dass die Entfremdung daherrührt, dass man sich in der Mitte zwischen zwei Begrifflichkeiten befinde und der Illusion erliege, ein Teil von beiden gleichzeitig zu sein. Der geschichtliche Hintergrund dafür ist ziemlich alt. Von Herodot ist die Geschichte eines jungen Stammesangehörigen überliefert, der tagsüber bei seinem Stamm lebte, nachts allerdings in die nahe gelegene griechische Stadt reiste. Eine Zeitlang genoss er die Illusion, zugleich ein freier griechischer Bürger und ein Aristokrat seines Stammes zu sein. Sein tragischer Tod erinnert uns an die persönlichen Mühen, verschiedene Identitäten anzunehmen sowie Welten und Grenzen überschreiten zu wollen. Für mich allerdings ist diese Geschichte symptomatisch und verweist auf die Gefahren des „Essentialismus“, die darin bestehen, die Identität auf einen einzigen, vorgeschichtlichen Aspekt zu reduzieren. Diese Vision nimmt nach Graig Calhoun an, dass Menschen einer einzigen Nation und Rasse, einem einzigen Geschlecht oder einer sexuellen Orientierung angehören, und dass daher in *einer* Welt Lebenseinstellung, Sprachgebrauch und Glaubensorientierung eindimensional sind. Diese Vision beeinflusst zum Großteil unsere Wahrnehmung der heutigen Welt, da wir den Begriff Nationalität definitorisch auf scharf gezogene nationale Grenzen zurückführen. Historisch betrachtet ist die nationalistische Vision homogener, begrenzter kultureller und politischer Ganzheiten relativ neu. Sie ist das Produkt des Kampfes gegen eine vielfältige und heterogene Welt, die bereits in der mittelalterlichen Staatenwelt existierte, als Grenzen keineswegs so scharf gezogen waren, sondern vielmehr ein reger Kontakt und ein permanenter Austausch zwischen Gemeinden, Regionen und Kulturen vorherrschte.

Betrachtet man abschließend das gegenwärtige Aufkommen radikaler Varianten des kulturellen Nationalismus sowohl in Ost- wie in Westeuropa – von Le Pen bis zu Haider, von Csurka bis zu Vadim Tudor, dann kommt man nicht umhin, die

Überwindung symbolischer Geographien, die Grenzen in den Köpfen, als vordringlichste Herausforderung für den Prozess der EU-Osterweiterung anzusehen.

Gerhard Schüsselbauer Zeitgenössische Literatur Mittel- und Osteuropas

Mittel- und osteuropäischen Autorinnen und Autoren wird in der literarischen Öffentlichkeit Deutschlands zunehmend breites Interesse entgegengebracht. Nicht nur die Länderschwerpunkte „Polen“ und „Ungarn“ auf den Frankfurter Buchmessen der letzten Jahre belegen dies, auch ein Blick in die Verlagsprogramme weist auf den nahezu unerschöpflichen Fundus an literarischen Werken aus dem mittel- und osteuropäischen Raum hin. Vielfach handelt es sich um deutsche Ausgaben von Büchern verstorbener Literaten oder um Romane, die bereits vor langer Zeit geschrieben wurden, jetzt aber wiederentdeckt werden. Immer wieder stößt der Leser dabei auf zeitlose Themen der düsteren Vergangenheit im 20. Jahrhundert, aber auch erhabene Themen des gemeinsamen europäischen Kulturerbes.



„Mein Vater malte sich sein Sterben aus. Er stellte es sich vor, dies und das, im Bett, in der Matratzengruft, bei einem Kavallerieangriff, bei der Verteidigung der Heimat, beim Elfmeterschießen, auf die Einnahme einer Vorspeise mit Jakobsmuscheln folgend, im Schlaf, am Mittwoch, im Nominativ, im 16. Jahrhundert, im 17. Jahrhundert, im 18. Jahrhundert, im 19. Jahrhundert, 1956, mit Hut, auf einem Schiff, 1991 und wieder an einem Mittwoch.“ (Péter Esterházy, Harmonia Cælestis)

Im Herbst des vergangenen Jahres brachte der Berlin Verlag das aufsehenerregende Werk

„Harmonia Cælestis“ des ungarischen Schriftstellers Péter Esterházy heraus. „Der letzte große europäische Roman des 20. Jahrhunderts“, „eine postmoderne Familiensaga“, „ein hochironisches Textspiel“ – die literarische Welt war derart überwältigt vom wortgewaltigen, großartigen Entwurf Esterházy's, dass ein wahrer Wirbelsturm der Begeisterung durch die verstaubten Hirne der Literaturwelt zog. Hervorragend von Terézia Mora ins Deutsche übersetzt öffnet sich dem Leser ein Kaleidoskop sowohl europäischer Geschichte als auch europäischer Fiktion.

Esterházy, dessen Name für den „ungarischen Traum vom verschwenderischen reichen Mann“, wörtlich übersetzt dagegen für den Abendstern (Ungarisch: esthajnal) steht, gliedert sein Kunstwerk in zwei Teile. Der erste Teil kündigt vom Niedergang und dem Verfall seiner Aristokratenfamilie und trägt den Titel: „Numerierte Sätze aus dem Leben der Familie Esterházy“. In 371 Sätzen erzählt der „Sohn meines Vaters“ in Notizen die mitunter unzüchtigen und wenig noblen Geschichten seiner Vorfahren. „Mein Vater“ ist der prototypische Allvater aller Chroniken, der sich selbst durch die Jahrhunderte der Geschichte Ungarns und des Habsburger Reiches schleppt. Ein Himmelsstürmer, dieser „mein Vater“, aber „den Kopf neigt er ein wenig, damit er ihn nicht am Himmelszelt stößt“. Esterházy's Radikalabrechnung gipfelt in der Erkenntnis: „Mein Vater tötete im 18. Jahrhundert die Religion, im 19. Jahrhundert Gott, im 20. Jahrhundert den Menschen“. Macht, Verrat, Treue, Kriege, Vaterlandsliebe, Revolutionen, menschliche Stärken und menschliches Versagen – kein Element darf in seiner Familiengeschichte

fehlen, um den selbstverschuldeten Untergang deutlich genug zu machen. Paradigmatisch vermischen sich die Familiengeschichten mit der neuzeitlichen Historie des östlichen Mitteleuropas. „Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben. Überlieferungen werden von der Menge gewoben. Die Schriftsteller phantasieren. Gewiß ist nur der Tod“.

Das zweite Buch beinhaltet die „Bekanntnisse einer Familie Esterházy“, die schon viel eher einem Roman im eigentlichen Sinn ähneln. Es ist dies die konkrete Geschichte der Aristokratenfamilie, beginnend im 19. Jahrhundert mit dem Urgroßvater Péter Esterházy. Das 20. Jahrhundert reicht vom Großvater, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ungarns, bis zur Familie Péters mit seinem Oberhaupt Mátyás Esterházy. „Mit Schrecken und mit Kommunismus fängt hier alles an, und womöglich endet auch alles damit“. Das entwürdigte Leben während des Kommunismus ab den 1950er Jahren bildet den Rahmen für die Selbstentfremdung und zögerliche Wiederherstellung der eigenen Identität, die lediglich aus der Geschichte lebt. Esterházy sprengt wie in seinen früheren literarischen Werken klassische Erzähleinheiten und spielt mit Stilebenen, phrasenartigen Einschüben und Anekdoten aus dem Leben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der zweite Teil ist natürlich auch eine Autobiographie, in der er gleichsam die „Rolle seiner Familie in der Weltrevolution“ (entlehnt von Bora Cosic) schildert und dabei als Romancier mit der deklarierten Preisgabe des Wahrheitsprinzips eine unablässig rotierende Desillusionierungsmaschinerie anwirft.

Keine Frage, „*Harmonia Cælestis*“ ist anspruchsvolle Literatur und taucht tief ein in die tragische Familiengeschichte der ungarischen Adelsdynastie. Die besondere Ästhetik des Romans besteht darin, praktisch alle literarischen Register zu ziehen, wobei Esterházy sich und seinesgleichen alles andere als schont und dem Leser keine blinde Verklärung guter alter Zeiten anbietet. Esterházy's Opus ist nicht mit den „*Buddenbrooks*“ zu vergleichen, viel eher misst es sich mit dem „*Mann ohne Eigenschaften*“ und

erschließt sich dem Leser deshalb erst auf den zweiten oder gar dritten Blick.

Esterházy, Jahrgang 1950 und daher ein Kind des Kommunismus, zählt zu den angesehensten europäischen Schriftstellern und arbeitete ein Jahrzehnt an seinem monumentalen Roman, der im Grunde genommen keine Gattungsbezeichnung trägt. Aus den Marginalien zum Werk erfährt man, dass die Familie unter dem Kommunismus enteignet und aus Budapest verbannt wurde. Die wechselvolle Geschichte dieser Zeit greift Esterházy ebenso auf wie die phantastische Herrschaftsdynastie seines Adelsgeschlechts seit dem 16. Jahrhundert. Sein Stil, eine Familiengeschichte zu schreiben, orientiert sich dabei nicht am Genre des bürgerlichen Romans, sondern ist vielmehr eine konsequente Weiterentwicklung von Robert Musil über James Joyce bis hin zu Péter Nádas. Esterházy erliegt nicht der Illusion, Geschichte folge einer linearen Richtung. Im Gegenteil, sie steckt voller Brüche. Seine „*Harmonia Cælestis*“ ist eine gänzlich neue Poetik, um Geschichte zu entrümpeln, die hässlichen Teile unverblümt zu recyceln und die schönen Passagen hervorzuheben, ohne aber dem Trugschluss zu erliegen, ein fertiges, geschöntes Ganzes präsentieren zu müssen. Bei Esterházy ist das irdische Dasein, die Geschichte seiner Familie, keine „himmlische Harmonie“. Nicht im göttlichen Einklang leben und handeln seine Personen, sondern sie verlieren sich in einem riesigen dunklen historischen Labyrinth. Gleichzeitig strahlt aber der Roman Größe aus und leuchtet wie ein barocker Kristalllüster.

Esterházy gelingt es wie kaum jemandem vor ihm, distanziert eine eigene, fiktive und doch so wahre Familienchronik zu schreiben. Mehr als symbolisch ist sicherlich das Erscheinungsdatum. Ausgerechnet im Jahr 2000, dem letzten Jahr des 20. Jahrhunderts, wenn man Leibniz' mathematischem Zahlenverständnis folgt, beerdigt Esterházy die klassische literarische Tradition. Seine Montage ist eine einzige Demontage und ein Entstauben von überlieferten Geschichtsmysmen. Nicht einmal im atomisierten Einzelnen kennt Esterházy Mit-

leid. Er musste ein Jahrzehnt lang sehr tief graben, um sich zu himmlischen Höhen aufschwingen zu können.



„Sie sind zu fünft. Fünf Tränengaukler auf den Landstraßen der Zeit[...] Letztlich sind sie Menschen wie du und ich, ihre Tränen sind trotzdem etwas so Besonderes, wie es die Welt noch schwerlich gesehen. Weinen könnten wir vor

Freude, daß sie endlich alle vor uns, im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen und bereitwillig lächeln.“ (László Darvasi, Die Legende von den Tränengauklern)

Lässt sich in László Darvasis schillerndem Roman „Die Legende von den Tränengauklern“ inmitten des barocken Chaos des Einzelnen das feine Weltgefüge entdecken? Darvasis Roman, im Suhrkamp Verlag erschienen, ist ein Endzeitgemälde aus der frühen Neuzeit, gleichsam eine literarische Antwort auf die Gemälde von Hieronymus Bosch. Darvasis Geschick besteht darin, die Kunst des Romanciers mit der Arbeit des Historiographen zu verbinden. Das Ergebnis ist ein reiches Labyrinth, in dem Menschen durch die Weltgeschichte irren, denen als Trost nur die „blauen Tränen der Gaukler, auf einem Wagen dort in der Ferne“ bleiben.

„Die Legende von den Tränengauklern“ spielt in der Zeit der türkischen Besatzung Ungarns während des 16. und 17. Jahrhunderts. Darvasis Held ist kein König oder Fürst, sondern ein Junge aus ärmlichen Verhältnissen, Franz Pellingner, der seine Eltern in einer Belagerungsschlacht verliert, sich später den ungarischen Aufständischen anschließt und so Teil der Geschichte des Befreiungskampfes wird. Meisterhaft versteht es Darvasi, die vielfältige und bunte, aber auch grausame und brutale damalige Welt wieder aufleben zu lassen. Die Zeit der Fremdherrschaft - von der Dreiteilung Ungarns 1541 bis zur Befreiung Budas durch die

vereinten europäischen Truppen im Jahr 1686 – bildet den Rahmen für die Erzählungen der Romanfiguren Darvasis „von der anderen Hälfte der Welt, von jenem geheimnisvollen Bereich, den man auf der ganzen Welt Tod, Vergänglichkeit, Hölle und Himmel nennt“.

Himmel und Hölle, Tod und Tränen, die Launen der Geschichte – wir verstehen die Welt nur dann besser, wenn wir uns auf die tiefen Sehnsüchte der Menschen, aber auch auf die Unberechenbarkeit und die Ungewissheit der Geschichte einlassen. „Das Erzählen schmerzt nicht“, und manchmal „spüren wir, während die Worte blühen, den bitteren Honig der Schwermut auf unserer Zunge.“ In einer Welt des Verfalls scheinen alle menschlichen Werte zu verkommen. „Am Himmel machen sich düstere, unbewegliche Wolken breit und werden vom Unglück der Menschen noch fetter.“ Nicht Rettung ist in der Endzeit möglich, aber Tröstung. Die Trauer der Weinenden ist gleichsam die einzig verbliebene Hoffnung. Sie kommt in Form der unerwartet an allen Orten der durchlebten und durchschrittenen Geschichte auftauchenden Tränengaukler. „Die einen nennen ihr Weinen eine einzige Geschichte, ohne Anfang und Ende und ohne einen Lidschlag lang Rast.“ Sie ergießen ihren Trost über Danzig wie über Szeged, über Kiew wie über Wien oder Buda. Auf diesen großen Kulturraum des östlichen Mitteleuropa, vielfältig und beinahe gänzlich ruiniert im 20. Jahrhundert, greift Darvasi in genialer Weise zurück, besingt in einem reichen, ausufernden Bildersturm die Geschichte und entdeckt so die Gegenwart in der Vergangenheit. „Wir kommen immer zu spät und niemals zur rechten Zeit.“ Fünf Tränengaukler, sie weinen Blut, Eis, schwarze Steinchen, Honig und Flammen, und doch steckt in dem Roman die tiefe Botschaft der Einheit der Menschen in Europa, deren Schicksale und Lebensläufe sich ähneln, ja identisch sind. Darvasi ist ein Buch von großartiger Magie und von wunderbarer Anteilnahme gelungen.



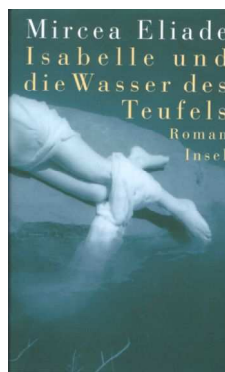
„So ist vielleicht der Vergleich mit den Leibesfrüchten am passendsten, die in der Dunkelheit aus der ewigen Regungslosigkeit für mich erwacht waren, ihre erschütternde feindliche Nähe hier, außerhalb des Stacheldrahts, entsprang wahr-

scheinlich dem Bewusstsein, dass sich ihre massenhafte Vernichtung mit der unendlichen Vereinsamung der Natur und des Weltalls vereinigt hat, um so zur monströsen Antithese meines Daseins zu werden.“ (Boris Pahor, Nekropolis)

Boris Pahors Roman *Nekropolis*, der jetzt im Berlin Verlag herausgegeben wurde, erschien bereits vor mehr als 30 Jahren. Der slowenische Literat verarbeitet darin seine autobiographischen Erinnerungen an die dunkelste Epoche des 20. Jahrhunderts und die Zeit nach seiner Verhaftung im Jahr 1944. In der Figur des Krankenpflegers Janoš wird das unbegreifliche Schicksal von KZ-Häftlingen und deren permanente Todesnähe auf jeder Seite spürbar. Pahor gehört mit *Nekropolis* zweifellos zu den großen Erzählern des Unsagbaren. Seine geistig-literarische Verwandtschaft mit Schriftstellern wie Imre Kertész und Primo Levi ist unverkennbar. Das „amorphe gemeinsame Verrecken“ in den KZ und die Irrfahrt, die Janoš durchmacht, bestimmen auf jeder Seite das bloße Dasein der Menschen. Pahor geht jedoch einen Schritt weiter. Janoš versucht, als Gefangener inmitten der Unmenschlichkeit nicht nur das nackte Dasein zu retten, sondern seine bewusste Existenz als Mensch. Darin liegt die philosophische Tiefe von *Nekropolis*. Im Angesicht des Grauens kann das Leben im KZ zwar zerstört, aber nicht gänzlich ausgelöscht werden. „Vor dem ewigen Ofen ist das Dasein endgültig geworden“. Immer wieder taucht die Vernichtungsmaschinerie in Form der Krematorien auf, dem „finsternen Spott des ewigen Ofens“ kann nur der Altruismus der Häftlinge als einziges

verbliebenes Lebensrezept entgegengestellt werden. Seine Häftlinge erhalten einen Namen und ein Gesicht, die bleiben, auch wenn ihre Knochen verbrannt sind.

Pahors Roman ist eine konsequente Gratwanderung, am Rande der „Quintessenz des Nichts“ und verkörpert das absolute Bewusste in der permanenten Todesnähe. In der Tiefe des Erlebten in *Nekropolis*, dem Todesreich, bewahrt sich der slowenische Widerstandskämpfer Janoš einen letzten Rest seines Geistes. Sprachliches Pathos mischt sich mit minutiösen Schilderungen des ganz normalen KZ-Alltags und des Leidens. Pahor lässt auch die psychologischen Mechanismen der Verdrängung bei den Häftlingen nicht außer acht, ohne die ein Überleben, eine „Rebellion gegen das Verrecken“ gar nicht möglich wäre. Dem unheimlichen „Stundenplan der Ordnung“ des Lagerlebens stellt er die Selbstaufopferung gegenüber, aber niemals die Selbstaufgabe. Tief verborgen bleibt die menschliche Würde inmitten des Grauens erhalten, das ist die Botschaft Pahors.



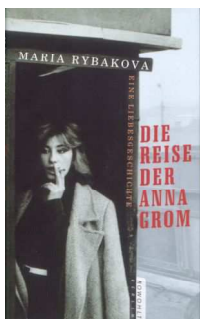
„Die Ursachen meines Wandels verstehe ich nicht. Wie alle wichtigen Ereignisse kam auch mein Wandel aus dem Nichts. Er kam, um Klarheit zu schaffen, um das Nichts geltend zu machen, es zu verherrlichen. Indem ich auf den Teufel verzichtete,

habe ich natürlich auch auf alles verzichtet, was in meiner Seele groß und erhaben war.“ (Mircea Eliade, *Isabelle und die Wasser des Teufels*)

Der im Insel Verlag erschienene Roman Mircea Eliades ist eine Reise zwischen Rationalem und Irrationalem, zwischen Existenz und dem Nichts, den typischen Themen der europäischen Literatur des 20. Jahrhunderts, die für die

Autoren spätestens seit der klassischen Moderne eine Zerreißprobe darstellen.

Eliade gilt als Protagonist der „jungen rumänischen Literatengeneration“. Obwohl er auch als existenzialistischer Schriftsteller internationale Bekanntheit erlangte, gründet sein Ruhm viel eher auf seinen religionsphilosophischen Werken. „Isabelle und die Wasser des Teufels“ spiegelt die Nähe Eliades zur kritischen Auseinandersetzung mit den Religionen wider, zumal der Kampf des Dämonischen mit dem Heiligen und der Unschuld im Zentrum des Romans steht. Seine Hauptfigur, ein junger Wissenschaftler aus Europa, reist nach Indien und gerät in eine Spirale aus Verführung, Vergewaltigung und Besessenheit. Das Leben in der Sünde und das unentwegte Streben nach Befreiung daraus münden in einen Teufelskreis bis hin zur Selbstverleugnung. „Schande, Ekel und die Angst aus dem Inneren zu vertreiben“, daran scheitert der Romanheld im Hin- und Hergerissensein zwischen der jungen Isabelle (ein Verweis auf Nabokovs Lolita sei an dieser Stelle gestattet) und Tom. Im Spannungsfeld zwischen „Toms Gott“ und den „Wassern des Teufels“, zwischen Sünde und Freiheit, sucht er nach dem neuen Leben, das ihn von der Angst befreit. Unaufhörlich angetrieben von der „Gegenwart der Sünde“ gewinnt das Dämonische immer mehr die Oberhand. In diesen psychologischen Mechanismen zeigt sich die Fähigkeit des Menschen, Abgründe aufzutun, ohne die Gewaltspirale aus eigenem Antrieb rückgängig zu machen. Eliade zeigt auf subtile Weise am Beispiel eines Einzelschicksals, wie das Wertesystem eines Individuums durch den Sturz in eine Trug- und Scheinwelt zutiefst erschüttert wird.



„Hier gibt es keine Liebe, keine Beleidigungen, keine Fehler. Hier herrscht diese Freiheit, die ich zu erlangen versuchte, indem ich von einem Land ins nächste reiste, von einem Haus zum anderen,, von einem Menschen zum

anderen... Aber in dieser Freiheit liegt weder Einsamkeit noch Furcht. Diese unschätzbare Freiheit. Für sie braucht man nicht zu zahlen.“
(Maria Rybakova, Die Reise der Anna Grom)

Maria Rybakovas Liebesgeschichte „Die Reise der Anna Grom“, veröffentlicht im Rowohlt Verlag Berlin, ist eine bittere Abrechnung mit dem gescheiterten Leben. Mit dem Gepäck der postkommunistischen Östlichkeit kommt Anna Grom, eine junge Russin, nach Berlin. Ihr zielloses Herumirren vergleicht die Protagonistin selbst mit der „Irrfahrt der Argonauten“ auf der Suche nach dem Lebensweg. Unerfüllte Sehnsüchte, die Suche nach Halt in der Fremde und eine psychopathologische Liebesbeziehung treiben Anna in den Freitod. Aus der Perspektive der Verstorbenen schreibt Anna ihrem geliebten Wilamowitz ein Brieftagebuch, bestehend aus 40 Eintragungen. Diese Rückblenden erinnern in gewissem Sinn an Goethes „Leiden des jungen Werther“, dessen ungeheurer Einfluss auf die europäische Literatur bis in die Gegenwart reicht. Das Sich-Verzehren führt sowohl Anna wie Werther in den selbstgewählten Tod als letzten Ausweg.

Maria Rybakovas Heldin Anna studiert Altphilologie und lernt den Kommilitonen Ulrich Wilamowitz kennen. Ihre Zuneigung bleibt unbeantwortet, weil Ulrich nicht über den Schatten seiner eigenen Vergangenheit springen kann und an seiner Herkunft als Enkel Reinhard Heydrichs beinahe zugrunde geht. Anna sagt dazu: „Die Unmöglichkeit lag in Dir selbst; es war die Unmöglichkeit, Deine Herkunft zu ändern, Gewißheit darüber zu erlangen, die Unmöglichkeit, Dich selbst zu ändern.“ So bleiben Anna und Ulrich in ihrem Gefängnis gefangen. Ihre Seelenlandschaften sind zu verschieden, als dass sie in der Lage wären, über ihren Schatten zu springen. Erst wer sein eigenes Spiegelbild zerstört, kann sich selbst befreien und sich auf die Reise zu neuen Ufern aufmachen, vom Dunkel ans Licht treten. Anna wählt mit ihrem Freitod die radikalste Möglichkeit, auch das ein Motiv, das die europäische Literatur stets beherrschte.

Betrachtet man die literarischen Veröffentlichungen mittel- und osteuropäischer Schriftsteller, so fällt auf, dass einerseits eine starke Hinwendung zur und eine Verarbeitung der Vergangenheit stattfindet, allerdings ohne diese zu verklären oder zu idealisieren. Andererseits dominieren in vielen Werken, die an dieser Stelle nicht besprochen werden konnten, die Enttäuschungen und der Verlust der Orientierung nach der Zeitenwende.

Péter Esterházy, *Harmonia Cælestis*, Berlin Verlag, Berlin 2001, 921 S.

Walter Hildebrandt

Der Blick nach Osten ist weiter zu fassen

Nachdem im Herbst des Jahres 2001 der Kampf der Amerikaner gegen den Terrorismus durch den Beginn des Krieges in Afghanistan gegen die Taliban und die Einbeziehung der Großmacht China, aber auch Pakistans und anderer Staaten dieser Region in die weltweite Allianz gegen den Terror der asiatische Kontinent zu einem neuen Schwerpunkt des Weltgeschehens geworden ist, sind wir Europäer in der Pflicht, unseren Blick nach Osten geographisch wie politisch erheblich auszudehnen. Diese Erweiterung der Blickrichtung kann schließlich ganz Asien einbeziehen. Da fügt es sich, ins Gedächtnis zu rufen, dass die angewandte Osteuropaforschung schon vor vielen Jahren einmal den Versuch gemacht hat, in enger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland einen solchen Schritt zu tun und ihn sogar zu institutionalisieren. Damals, Ende der fünfziger Jahre, stießen diese Wissenschaftler im Auswärtigen Amt in der Person des damaligen Leiters der Ost-Abteilung, Ministerialdirektor Ferdinand Duckwitz, vorher Botschafter der Bundesrepublik in Dänemark, auf eine Persönlichkeit, die sich mit großem Engagement und Verständnis mit diesem Plan identifizierte. Er nahm tatkräftig seine Realisierung in Zusammenarbeit mit dem Verfasser dieses Berichts in Angriff. Ich war damals neben meiner Eigenschaft als geschäfts-

László Darvasi, *Die Legende von den Tränengauklern*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2001, 576 S.

Boris Pahor, *Nekropolis*, Berlin Verlag, Berlin 2001, 277 S.

Mircea Eliade, *Isabelle und die Wasser des Teufels*, Insel Verlag, Frankfurt am Main 2001, 221 S.

Maria Rybakova, *Die Reise der Anna Grom*, Rowohlt Verlag, Berlin 2001, 252 S.

führendes Vorstandsmitglied des Gesamteuropäischen Studienwerkes e.V. der Wissenschaftliche Sekretär des vom Auswärtigen Amt eingerichteten Arbeitskreises für Ost-West-Fragen mit einem Büro in Bad Oeynhausen, das ich mit dem Ostexperten des Studienwerkes, Armin Th. Dross, teilte. Dort befand sich auch die Redaktion der vom Arbeitskreis herausgegebenen Vierteljahresschrift *Moderne Welt. Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung* (Hauptschriftleitung Dr. Walter Hildebrandt). Sie wurde im Verlag Kiepenheuer & Witsch in Köln verlegt, die erste Nummer erschien im Juni 1959. Die Zeitschriftenlese und Chronik dieses Organs, das auch jährlich eine Sondernummer in englischer Sprache herausgab, redigierte ich in Zusammenarbeit mit Armin Th. Dross (für Osteuropa) und Eduard J. Solich (Hamburg, China-Aufenthalt 1918-1954; für China und seine Nachbarländer).

Der Plan, im Rahmen des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen einen „Ausschuß für Asienforschung“ einzurichten, wurde kurz nach dem Beginn der Tätigkeiten des Arbeitskreises vorbereitet. Das Bulletin der Bundesregierung vom 16. Oktober 1959 veröffentlichte die Gründung mit folgendem Wortlaut:

„Im Rahmen des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen fand am 9. und 10. Oktober 1959 in

Bonn die konstituierende Sitzung des Ausschusses für Asienforschung statt. Der Ausschuss soll der Förderung der einzelnen Zweige der deutschen Asienforschung dienen und durch Behandlung gegenwartsnaher Fragestellungen zu einem besseren Verständnis der asiatischen Probleme in der Öffentlichkeit beitragen.

Die Sitzung wurde vom Leiter der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Duckwitz, mit einer Ansprache eingeleitet, die dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik gewidmet war. Der wissenschaftliche Sekretär des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen, Dr. W. Hildebrandt, gab einen Überblick über den Stand der deutschen Asienforschung, der von Dr. K. Mehnert durch einen Bericht über den Stand der Asienforschung im Ausland ergänzt wurde.

Im Anschluss an weitere Berichte über das Asieninstitut in Hamburg (Gesandter a. D. Fischer), das alte Berliner Orientalische Seminar (Prof. Dr. von Mende) und das neue Seminar für orientalische Sprachen in Bonn (Legationsrat I. Klasse Weiler) fand eine Aussprache über die Aufgaben und Ziele des Ausschusses sowie über die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung statt. Es wurde beschlossen, einen engeren Arbeitsausschuss zu bilden, der bereits in der nächsten Zeit seine Tätigkeit aufnehmen soll.

Dem Arbeitsausschuss gehören u.a. an: Prof. Dr. L. Alsdorf (Indologie), Gesandter a. D. Fischer (Hamburg, Direktor des Asieninstituts), Prof. Dr. Wolfgang Franke (Sinologie, Hamburg), Dr. W. Hildebrandt (Bad Oeynhausen, Wissenschaftlicher Sekretär des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen sowie Sekretär des Ausschusses für Asienforschung), Prof. Dr. W. Heissig (Mongolistik, Bonn), Prof. Dr. O. Spies (Bonn, Direktor des Seminars für Orientalische Sprachen), Prof. Dr. E. Kordt (Gesandter a. D. Köln), Prof. Dr. B. Spuler (Hamburg, Direktor des Seminars für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients), Prof. Dr. H. Wehr (Münster, Sekretär der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft).“

Der Leiter der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Ferdinand Duckwitz, befasste sich in seinem Eröffnungsvortrag am 9. Oktober 1959 mit dem Thema „Deutschland und Asien“. Wir bringen einige der wesentlichsten Gedankengänge seiner Ausführungen, die auch in unserer Zeit noch, gerade heute wieder, eine verblüffende Aktualität besitzen:

„Sie haben sich zu der konstituierenden Sitzung eines Ausschusses für Asienforschung im Rahmen des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen

hier in Bonn versammelt. Gestatten Sie mir, das zum Anlass zu nehmen, einige Gedanken über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik im allgemeinen und hinsichtlich der Probleme Asiens im besonderen zu äußern...

Persönliche Erfahrungen und Einsichten, so wichtig sie nach wie vor sind, reichen nicht mehr aus, sondern müssen durch die Hilfe der wissenschaftlichen Apparate ergänzt werden, die damit eine ganz neue und zentrale Funktion innerhalb der Politik und Gesellschaft erhalten. In einer Zeit, in der die Welt von Konflikten erfüllt ist, müssen wir uns der Konflikt- wie genauso der Kommunikationsforschung mit ganz neuer Energie und Präzision widmen. Wenn immer noch hier und da unter den Politikern die Vorstellung vorhanden ist, dass die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft mehr ein Luxus und brauchbarer Zusatz sei, dann ist das von der Struktur unserer Zeit her gesehen, ein völliger Anachronismus. Gutachtergruppen, Beiräte, Wissenschaftliche Gesellschaften und andere Organe sind hier als entscheidende Helfer am Werke, um die Legislative wie die Exekutive in ihren Arbeiten zu unterstützen, wenn es gilt, Beschlüsse vorzubereiten und den Prozess der Entscheidungsfindung rational abzusichern. Genauso wichtig ist es, wenn es für die Politiker darum geht, bei den Wählern und anderen Interessengruppen mit stichhaltigen Argumenten Überzeugungsarbeit zu leisten.

Aus alledem ergibt sich eine Art Partnerschaft zwischen Politik, Wissenschaft und Publikum, die mit dem steigenden Reifegrad der Gesellschaft immer anspruchsvoller wird. Ich sagte, dass diese Partnerschaft auf den verschiedensten Gebieten der praktischen Politik bereits weit gediehen ist. Umso wichtiger ist es, auch dort zu einer Modernisierung der Beziehungen zwischen diesen drei Partnern zu gelangen, wo in dieser Hinsicht ein eindeutiger Nachholbedarf besteht. Damit meine ich nicht zuletzt die Notwendigkeit, im Bereiche der Außenpolitik und der Auswärtigen Beziehungen in stärkerem Maße als bisher die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu pflegen. Das umschließt auch die Notwendigkeit, in verschiedenen Idiomen sprachfähig zu sein sowie über einen Kenntnisstand zu verfügen, der es mir gestattet, in den Bestand der verschiedenen Kulturen und ihre Differenzierungen, aber auch Übereinstimmungen einzudringen.

Wenn es um solche operativen Fragen geht, dann kann die Wissenschaft nicht nur mit einer einfachen Auftragsforschung belastet werden. Gerade die Befassung mit geistigen und

mentalen Problemen ist erst dann produktiv, wenn der Wissenschaftler die Freiheit der Forschung, ich möchte von seinem Anregungspotential sprechen, wahrnimmt und aus eigenem Antrieb seine Erkenntnisse der Gesellschaft wie den Politikern zur Verfügung stellt. Es wäre ein großes Verdienst des Ausschusses für Asienforschung, wenn in ihm an dem Brückenschlag zwischen allen nur denkbaren Partnern in der hier angedeuteten Art und Weise gearbeitet würde. Jede Wissenschaft entwickelt sich in bestimmten gesellschaftlichen, politischen und geistesgeschichtlichen Situationen. Die deutsche Asienforschung hat seit der Aufklärung Großes bei der Erschließung anderer Kulturen geleistet. Heute, da sich die Völker und Staaten des asiatischen Kontinentes in einem sehr verwirrenden nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess befinden, besteht die Aufgabe darin, auch diese aktuellen Vorgänge in den Mittelpunkt ihres wissenschaftlichen Interesses zu stellen. In der Summe geht es darum, zwischen den Staaten, Ländern und Kulturen Kontaktgeflechte von Volk zu Volk, von Familie zu Familie, vom Einzelnen zum Einzelnen zu knüpfen. Hier liegt die schwierigste Aufgabe vor uns, denn die Menschen lieben es, sich in ihrer eigenen vertrauten, Gruppe einzuigeln und allem Fremden zu misstrauen. Ich bin überzeugt, dass der vorgesehene Ausschuss für Asienforschung auf der Grundlage seiner besonderen Vorbedingungen - ich denke an die Sprach- und Landeskenntnis der hier versammelten Wissenschaftler - gerade auf diesem Gebiet viel Produktives zu leisten vermag.“

Weltgeschichte in Tibet

Vorbemerkung (2002): Im Herbst des Jahres 1950 - d.h. vor rund einem halben Jahrhundert - erhielt die Zweite Rotchinesische Armee den Befehl, gegen das Gebirgsland „Tibet“ loszuschlagen, um mit dem beginnenden Feldzug diese ferne buddhistische Region nach einer wechselvollen Geschichte dem chinesischen Reich, getreu seiner imperialistischen Tradition, endgültig einzuverleiben. Heute, da die USA - dieses Land der Freiheit und der Liberalität - drauf und dran sind, gemeinsam mit der Bundesrepublik und anderen Staaten des Westens, die engsten freundschaftlichen Beziehungen nicht nur mit dem neuen Russland unter Putin sondern auch mit dem noch immer kommunistischen China um einer schlagkräftigen Koalition gegen

den Terror willen anzustreben, erscheint es angebracht, an die bis heute andauernde Tragödie Tibets unter der Fremdherrschaft Chinas zu erinnern. Wir tun das, indem wir einen Abdruck aus Heft 2 des 1. Jahrganges der Zeitschrift „Moderne Welt“ (Nov. 1959) bringen. Was sich, ausgehend von den Attentaten vom 11. September 2001 im Gefolge dessen tut, ist nichts weniger, als nach der kleineren afghanischen „Nordallianz“ eine gigantische globale „nördliche Allianz der Großmächte“ aufzubauen, die geeignet ist, über Krieg und Frieden in der gesamten Welt zu entscheiden. Und wir sehen, wie diese größere Allianz bereit ist, die kleineren Konfliktherde, an denen sie selbst mit Aggressionshandlungen beteiligt ist - wie etwa in Tschetschenien oder Tibet - zu ignorieren. Es sei denn, sie werden neben vielen anderen noch ungelösten Problemregionen in einer ruhigeren Phase der Befriedung umso ernsthafter erneut auf die Tagesordnung der Weltgemeinschaft gesetzt.

Am Dienstag, den 24. Oktober 1950, verbreitete die Nachrichtenagentur „New China“ die Meldung, dass die Zweite Rotchinesische Armee den Befehl erhalten habe, zum Marsch auf Tibet anzutreten. Einen Tag später hat tatsächlich - nach darauffolgenden indischen Berichten - die Aktion begonnen, und am Donnerstag, dem Tage, an dem die Weltöffentlichkeit durch die „Prawda“ von dem Unternehmen recht eigentlich erfuhr, wurde bereits von den chinesischen Streitkräften der Raum Riwoche an der alten Teestraße halbwegs zwischen der Hauptstadt der chinesischen Provinz Szetschuan und dem tibetischen Lhasa erreicht. Ein Zeichen dafür, dass die Angelegenheit schon eine gute Weile vorbereitet worden war und die Truppen, nicht gestört durch unliebsame westliche Beobachter, ihre Versammlungs- und Bereitstellungsräume in aller Ruhe eingenommen hatten.

Meldungen über eine ausgedehnte „Schlacht“ in diesen ersten Tagen wurden im Westen zunächst als eine Erfindung abgetan. Das schwierige Gelände mit seinen zerklüfteten Hochgebirgen schien hierfür völlig ungeeignet zu sein,

zumal die undurchsichtige Lage im Kabinett des Regenten Taktra Rimpoche, der den damals fünfzehnjährigen Dalai Lama in Lhasa vertrat, von vornherein einen geschlossenen, von der Zentrale aus organisierten Widerstand in diesen vorgeschobenen tibetischen Positionen verhinderte. Schließlich wiesen die Experten darauf hin, dass das zunächst okkupierte osttibetische Niemandsland seit Jahrzehnten schon staatsrechtlich als Teil der chinesischen Provinz Sikang definiert wurde. Nicht einmal ernsthafte Geplänkel einer marschierenden Truppe wurden als wahrscheinlich angesehen. Den chinesischen Militärs unterstellte man in dieser ersten Phase des Feldzugs vielmehr vordringlich die Aufgabe, das Gebiet nur ganz allgemein zu sichern und den weiten Raum zwischen den chinesischen Altprovinzen und den Grenzen des engeren Tibet politisch und verwaltungsmäßig gleichsam aufzufüllen, um auf diese Weise zugleich die Voraussetzungen für die geplante wirtschaftliche Nutzung des an Bodenschätzen reichen Sikang zu schaffen. In den Rahmen dieser Aufgabe gehörte auch die Bildung einer lokalen „Volksregierung“ in Sikang, die im Dezember 1950 erfolgte.

Wir wissen heute, dass die damals genannten Gefechte, getragen auf tibetischer Seite von dem kriegerischen Stamme der Khampas, tatsächlich stattgefunden haben, ohne allerdings das weitere Schicksal Gesamttibets aufhalten zu können.

1. Mao Tse-tungs Krieg gegen Tibet

Wenn in jenen ersten Tagen der tibetischen Tragödie der Gesandte Indiens am Hofe Mao Tse-tungs, Sardar Pannikar, wiederholt im chinesischen Außenministerium vorsprach, um die Überraschung und das Bedauern seiner Regierung über die Ereignisse anzumelden, und wenn Ministerpräsident Nehru versuchte, die Sache so darzustellen, als ob es sich mehr um ein von außerhalb Asiens herangetragenes Missverständnis handele, dem Mao Tse-tung auf Grund der beratenden Funktion, die er seinem Bündnisgenossen im Kreml einräumte, zum Opfer gefallen war, so kann das zwar als eine

diplomatisch brillante Auslegung der Vorgänge bezeichnet werden, um alle Türen offen zu halten, es berührte aber in keiner Weise den wirklichen politisch-historischen Gehalt der Pekinger Entschlüsse.

Um den aber geht es. Die konsequente Dynamik der Geschichte vollzog sich auf einer anderen, höheren Ebene, als Nehru es nach außen wahr haben wollte. Und es blieb dem indischen Staatsmann keine Wahl: Er hatte sich mit der Größenordnung der Vorgänge in Tibet deutlich genug vertraut zu machen.

Ein eindeutiger Vorgang hat sich inzwischen vollzogen. Tibet verlor seine nie exakt festgelegte Autonomie und Neutralität, es wurde fester denn je in seiner Geschichte in das Gefüge einer der auf Verwaltungspraxis und Wirtschaftspolitik basierenden Großmächte eingegliedert, von außen her säkularisiert und seines eigenständigen Charakters als Theokratie, als abgeschlossenes mittelalterliches Land der Geister- und Klosterherrschaft, des Glaubens an die Macht der Gebetsmühlen und einer überkommenen feudalen Agrarstruktur beraubt. Kurz, es wird erschlossen und damit ein Vakuum aufgefüllt, das im Zuge der verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen, strategischen und geistigen Mobilisierung der asiatischen Kernmasse sein Ende über kurz oder lang voraussehen musste.

Das hätte zunächst ein politisch gänzlich neutraler Vorgang sein können, und viele Inder hatten gehofft, dass diese Möglichkeit auf Grund der Freundschaft Indiens mit der Chinesischen Volksrepublik und der wiederholten Zusicherungen Pekings, die Tibetfrage „diplomatisch“ zu lösen, tatsächlich auf eine lange Spanne Zeit hin realisiert werden würde. Nun, die 1950 in Marsch gesetzten Soldaten der Zweiten Chinesischen Armee haben ebenso wie die Vorgänge im Frühjahr und Sommer 1959 bewiesen, dass Chinas Interessen umfassender sind. Wirtschaftliche, soziale und politische Erschließung gehen heute in Asien stärker denn je und in einem viel totaleren Sinne als in jedem Zeitalter zuvor Hand in Hand, und Tibet

ist nur das Beispiel dafür, dass wir uns mit dieser Tatsache abzufinden und aus ihr zu lernen haben.

2. Die historische Dimension

Welche Interessen der beiden großen Anlieger stoßen nun wirklich im Raum Tibet aufeinander? Trotz der bekannten extrem ungünstigen Lage, die China geographisch im Verhältnis zu Innertibet einnimmt, hat das Reich der Mitte seit jeher die Vorhand im Spiel um Tibet gehabt. Wenn wir von früheren Ereignissen absehen, brachten schon die ersten Herrscher der Mandschu-Dynastie Tibet unter ihre Gewalt, und Anfang des achtzehnten Jahrhunderts zog ein chinesischer Vertreter als Resident in Lhasa ein. Ende desselben Jahrhunderts sieht Tibet eine Invasion chinesischer Truppen unter dem General Fukangga (1791/92), der damit ein technisch außerordentlich kompliziertes Großunternehmen durchführte, nachdem in den Jahrzehnten vorher bereits schwierige Feldzüge in dem um Tibet gruppierten Länderkranz (Dsungarei, Illigebiet, Ostturkestan, Wohngebiet der Tanguten) die Herrschaft des neuen chinesischen Reiches im Westen begründet hatten. Seit diesem Ausgriff des chinesischen Staates nach Innerasien im achtzehnten Jahrhundert kann die tatsächliche Suzeränität – die Oberhoheit – Chinas über Tibet machtpolitisch nicht mehr angezweifelt werden, und in der Lhasa-Konvention von 1904 bekannte sich schließlich auch Großbritannien gegen Gewährung wichtiger Privilegien zu diesem Grundsatz, nachdem es in demselben Jahr mit einer militärischen Expedition unter Leitung von Younghusband von Indien aus bis Lhasa vorgedrungen war und damit das grundsätzliche anglo-indische Interesse am Schicksal Tibets festgehalten hatte. In dem russisch-britischen Vertrag von 1907, der die Interessen beider Mächte in Asien abgrenzte, bestätigte London noch einmal die Oberhoheit der Chinesen über Tibet, die ihrerseits in den Jahren 1908 bis 1910 durch Entsendung einer Garnison und eines Gouverneurs nach Lhasa ihre Ansprüche bekräftigten.

Um Chinas Verhältnis zu seinem Außengebiet, das mit Recht auch als eine Kolonie bezeichnet werden kann, in den darauffolgenden Jahrzehnten bis auf den heutigen Tag zu verstehen, muss daran erinnert werden, dass Tibet, so wie man es seit je als geographische und ethnographische Einheit auffasst, ein gewaltiger Landkomplex ist, der von den nepalesischen Grenzgebirgen im Süden bis hart an die Seidenstraße und Kansugasse hoch im Norden und fast ebenso weit nach Osten bis an die Grenze der chinesischen Altprovinz Szetschuan reicht.

Die Taktik der Chinesen konzentrierte sich nun darauf, nachdem 1911 die alte mächtige Dynastie gestürzt war und die Chinesen aus Lhasa vertrieben wurden, diese riesige tibetische Landmasse aufzuspalten, um entsprechend den jetzt begrenzten eigenen politischen und militärischen Möglichkeiten Großtibet nur Stück um Stück dem chinesischen Lebensraum zuzuschlagen. Ein wichtiger Markstein dieser Entwicklung ist die berühmte Konvention von Simla (1914), in der Großbritannien, Tibet und China beschlossen, zwischen den staatsrechtlichen Verhältnissen des südlichen, engeren Tibet mit der Hauptstadt Lhasa und denen Nord- und Osttibets zu unterscheiden. Dafür, dass dem engeren Tibet - im Gegensatz zu den meisten Autoren hier auch Zentraltibet genannt - die Autonomie von China zugebilligt wurde und Großbritannien in diesem an Indien angrenzenden Gebiet gewisse Einflussmöglichkeiten erhielt, die es fast zu einem Protektorat Angloindiens machten, waren die Briten ihrerseits damit einverstanden, dass der chinesische Staat das nördliche Tibet (Tsaidam, Kuku-nor usw.) als Provinz Tsinghai und das östliche Tibet als Teil einer neuen Provinz Sikang dem eigentlichen Verband der chinesischen Altprovinzen angliederte. Mit dieser Regelung, die eine Verwaltungsreform 1928 formal abschloss, wurde zunächst das Problem „Lhasa“ mit seinem religiösen und politischen Mittelpunkt auf sich beruhen gelassen und das chinesische Wesen in wellenförmiger Art in Richtung auf den engeren tibetischen Kern vorgetragen. Chinesisches Ackerbauerntum

schob sich, wenn auch nur vereinzelt, in die Welt der Nomaden hinein. So wie dieser Vorgang im Norden Chinas Geschichte machte, wirkt er auch hier als Symbol der Expansion eines biologischen Kraftzentrums. Darüber hinaus lernte der Tibeter in den neu geschaffenen Provinzen nun verstärkt die ewigen Gestalten des chinesischen Händlers, Beamten und Soldaten kennen.

Zentraltibet blieb, einer Art befristeter Autonomie überlassen, von alledem noch unberührt. Die Realpolitik Chinas gab zusammen mit der latenten Lähmung des Reiches durch dauernde Kriege und Bürgerkriege diesem Restraum, abgesehen von einer kurzen Episode während des Ersten Weltkrieges, eine gewisse Atempause, die jedoch zu keiner Zeit den trügerischen Schluss zuließ, China hätte diese wichtige Außenzone endgültig aufgegeben. Sobald die Voraussetzungen geschaffen waren, lag es nur allzu nahe, den Gedanken der alten Reichspolitik wieder aufzugreifen, sich an die großen Zeiten des Kaisers Kien-lung im achtzehnten Jahrhundert und an die militanten Reformversuche 1908 bis 1910 zu erinnern, und die tibetische Frage nunmehr restlos im Sinne ihrer Tradition zu lösen. Wohlweislich haben die Chinesen die Konvention von Simla von 1914 niemals unterzeichnet. So konnten sie zwar die Vorteile jener Abmachung – die staatsrechtliche Eingliederung Nord- und Osttibets in den engeren Reichsverband – wahrnehmen, brauchten sich aber hinsichtlich der Zukunft Zentraltibets rechtlich nicht gebunden zu fühlen – ebenso wenig wie im Hinblick auf die heute so wichtige Abgrenzung Zentraltibets gegenüber seinen südlichen Nachbarn.

Das ist das Bezeichnende der sich entwickelnden Spannungen: bei den Aktionen der Chinesen in Tibet handelt es sich ebenso um die Fortsetzung einer imperialistischen, sich aus den Abhängigkeiten von westlichen Seemächten freimachenden kontinentalen Reichspolitik wie um den speziellen Auftrag einer kommunistisch-progressiven Regierung, die sich in eigener Anmaßung der zivilisatorischen Konzeption verschrieben hat, die geistige wie ökonomische „Befreiung“ des in einer altertümlichen Ordnung

und der Befangenheit der buddhistischen Religion lebenden tibetischen „Brudervolkes“ verantwortlich durchzuführen.

3. Indien und das Tibetproblem

Zum Schluss ist auf die indische Position in der Affäre Tibet hinzuweisen. Sie ist seit den chinesisch-indischen Grenzauseinandersetzungen im August 1959 und den fortdauernden Unterdrückungsgefühlen der einheimischen tibetischen Bevölkerung gegenüber der chinesischen Besatzungsmacht bis heute, noch immer von höchster Aktualität. Ende 1950 schrieb der Verfasser in einem Memorandum anlässlich des ersten chinesischen Tibetfeldzuges in der Ära Mao Tse-tungs:

„Indien ist seit jeher an den tibetischen Ereignissen interessiert. Eine ganze Anzahl Pässe und in verhältnismäßig wenig Tagereisen zu bewältigenden Routen verbinden den indischen Raum mit dem Gebiet im Norden, und politische Beziehungen bestehen ebenso wie wirtschaftliche seit langem. Das beweist die Handelsbilanz und die Hoffnungen, die Lhasa auf den Freund im Süden gesetzt hat. Entscheidend aber ist die Tatsache, dass das tibetische Element als Ethnie mit eigener kultureller Prägung stärker, als es die jetzigen Grenzen andeuten, in den indischen Lebensraum hineinragt. In dem staatlichen Zwischengürtel zwischen der Indischen Union und dem autonomen Gebiet Tibet herrscht das tibetische Element religiös wie ethnisch vor. Das zieht sich von Bhutan über Sikkim und die Grundbevölkerung von Nepal bis in die Landschaft Ladakh in Kaschmir hin. Seitdem besiedeln immer mehr Chinesen das früher rein tibetische Nomaden- und Klosterland. Diese Mischform könnte unter dem zunehmenden Druck Chinas und einer längeren Zeit der Säkularisierung und Politisierung den ganzen buddhistischen Gürtel in Bewegung bringen und ihn einmal in eine gegen Indien gerichtete Speerspitze umschmieden. Ansätze hierzu gibt es genug. China denkt immer in längeren Zeiträumen. Ladakh bleibt ein gefährdetes Gebiet und in Nepal sind Unruhen nicht auszuschließen. Könnte es sein, dass Indien einst aufsieht zu den Gebirgen im Norden und sich dort einst einer neuen chinesisch-tibetischer Herausforderung gegenüber sieht? Die Dynamik der kommenden Jahre ist nicht voraussehen, aber es könnte leicht sein, dass eine moderne, selbstbewusste Idee sich hinter

den Bergen bereitmacht, um zu versuchen, in die volkreichen, problemschwangeren Tiefen des lockenden Südens einzudringen! Neben der konsequenten operativen und ökonomischen Auffüllung des innerasiatischen Raumes ist diese ferne Vision die eigentlich weltgeschichtliche der gegenwärtigen Vorgänge auf den schneebedeckten Karawanenwegen des unwirtlichen Hochgebirges. Wenn sich auch nicht der Einbruch tibetisch-chinesischer Soldaten in die Gangesebene, wie ihn der indische König Arjuna nach der Legende um 650 n. Chr. im nördlichen Bihar erlebte, in absehbarer Zeit zu wiederholen braucht, so stehen der modernen Politik doch feinere Mittel zur Verfügung, um ihre Ziele durchzusetzen.

Von der Ermunterung der kommunistischen Funktionäre in Indien bis zur Organisierung von Aufständen mit allen Methoden der Bürgerkriegstechnik hält die Zukunft auch für den indischen Subkontinent vieles in ihrem Schoß verborgen. 1907 hatte der Zar mit England einen Vertrag abgeschlossen, worin er versprach, die Politik des Druckes auf die indische Nordgrenze aufzugeben. Nun, nachdem sich die massive Macht des britischen Kolonialstaates aus dem indischen Raum zurückgezogen hat, gilt es, viel Versäumtes nachzuholen. 1943 drohten Indien die Gefahren, als die Japaner im burmesischen Dschungel zum Marsch auf Bengalen bereitstanden, in früheren Jahrhunderten kamen die Eroberer über die afghanischen Pässe, nun ist, wenn auch noch so ferne, der Himmel im Norden rot von den Bränden der Soldaten.

Es ist der Zeitpunkt, da die indische Politik in ein neues Stadium eintreten muss. Es ist nicht nur die Stunde, in der die junge indisch-chinesische Freundschaft ihres bisherigen platonischen Charakters ledig wird und ihren echten Kern beweisen muss, sondern die Gesamtpolitik Indiens, auf die viele asiatischen Völker wie die ganze Welt große Hoffnungen setzen, erfährt nun eine Härtung, die die Geschichte von den wirklich großen weltpolitischen Partnern verlangt, sobald sie mit dem Anspruch auftreten, die Geschicke ganzer Völkergemeinschaften führend zu beeinflussen. So ist, wie für Peking und Moskau, der Fall Tibet auch für New Delhi ein wichtiger Abschnitt der Gesamtentwicklung...“

Die ungeahnte Präzision und Schnelligkeit, mit der sich diese Voraussagen in Ansätzen verwirklicht haben, machen deutlich, eine wie enge Verbindung der Kommunismus in China mit dem traditionellen chinesischen Imperialismus und Kolonialismus eingegangen ist. Es zeigt sich, dass eine gerade Linie von jenem 24.

Oktober 1950, dem offiziellen Beginn des chinesischen Tibetfeldzuges, bis hin zu dem 21. Oktober 1959 führt, an dem eine chinesische Kampfgruppe im östlichen Ladakh (Kaschmir) nicht weniger als 65 km weit auf indischen Boden vordrang und in einem Begegnungsgefecht eine indische Patrouille im Tal von Chang Chenmo kurzerhand niedermachte.

Im Dezember 1955 besuchten Bulganin und Chruschtschow im Rahmen ihrer Indienreise auch Kaschmir und stellten sich energisch hinter die Ansprüche Indiens auf diesen Landesteil. In einer Rede in Srinagar unterstrich N. S. Chruschtschow den multinationalen Charakter Kaschmirs, um festzustellen, dass Kaschmir trotzdem als ein integrierender Bestandteil der Indischen Union zu betrachten sei. Nehru bemerkte seinerseits in einer Rede Anfang 1956:

„Die Herren Bulganin und Chruschtschow haben während ihrer Reise durch Asien einige sehr gute Dinge zugunsten des indischen Anspruchs auf Kaschmir gesagt. Ich habe sie niemals gebeten, das zu sagen, aber sie haben das Richtige gesagt. Wir sind natürlich davon befriedigt. Die sowjetischen Führer haben ihre Auffassung nach reiflicher Überlegung und langen Beratungen zum Ausdruck gebracht.“

Chruschtschow hatte ausdrücklich auch die Einwohner von Ladakh genannt, die an der Grenze zum autonomen Gebiet Tibet siedeln. Nun zeigt sich, dass Bulganin und Chruschtschow ohne jede Kompetenz über Kaschmir gesprochen haben. So waren ihre Reden irreführend. Ohne sich mit Moskau abzustimmen, hat Peking seine Soldaten nach Ladakh geschickt, um seine expansiven Gebietsansprüche öffentlich bekannt zu geben. Nach den chinesischen Landkarten, auf denen die Grenzen schon vorverlegt sind, beansprucht China fast 12000 Quadratmeilen in Kaschmir (Gilgit und Ladakh), obgleich hier die Grenzen gegenüber Tibet seit drei Jahrhunderten eindeutig auf den Wasserscheiden festliegen und in den Verträgen von 1684 und 1842 bestätigt wurden.

Rechnet man die Ansprüche in den westlich anschließenden Gebieten von Garkwal (Hoti)

und Himachal (Skipki) sowie im Bereich der North-East Frontier Agency (Nordostindien) und der Grenzzone Bhutans hinzu, so reklamiert China heute schon mehr als 40 000 Quadratmeilen zugunsten eines chinesischen Tibets - ohne die im Geheimen vorhandenen, viel weiter gehenden Ansprüche auf Nepal, Sikkim und Bhutan.

Nachwort aus dem Jahr 2002: Diese Skizze stammt, wie leicht zu erkennen ist, aus der Zeit des Kalten Krieges. Zugleich hatte die viele Jahre dauernde Entfremdung zwischen den beiden Bruderstaaten - der Sowjetunion und der Volksrepublik China - begonnen. Auch deshalb war Moskau in Indien um die Freundschaft zu dieser neuen Großmacht im Süden des Himalayas bemüht. Die Besuche der beiden Sowjetführer Bulganin und Chruschtschow zwei Jahre nach dem Tod Stalins in Neu-Delhi und anderen Teilen Indiens sind bezeichnend für diese Zeit, lange bevor die Sowjets ihren afghanischen Krieg begannen und damit ein anderes Zeichen des Interesses Russlands an einem Zugang zu den warmen Küsten des Arabischen Meeres zeigten. Die Han-Chinesen aber spannen über alle die Jahre an guten Beziehungen zum Hindukusch-Anrainer Pakistan, eine Verbindung, die bis in die Gegenwart reicht. Die

Russen ihrerseits nehmen nach dem Sturz der Taliban alle Möglichkeiten wahr, erneut unter dem Stichwort Wiederaufbauhilfe in Afghanistan Fuß zu fassen. Im Hintergrund wird außerdem der alte Plan verfolgt, eine Pipeline durch Afghanistan zu legen, um das Erdöl aus den GUS-Staaten zusätzlich über diese Leitung und das Arabische Meer dem Weltmarkt anzudienen. Dass sich an diesen Machtspielen um die Kernmasse Asiens (ein Poker, in dem fast alle Atommächte der Erde direkt involviert sind) wie selbstverständlich neben den unruhigen Kräften des Islams die USA sowie einige europäische Mächte beteiligen, liegt auf der Hand. Vor allem die Amerikaner versuchen, ausgehend von ihrem Feldzug gegen den islamistischen Terror, aber weit darüber hinausgreifend in Asien ein neues Stützpunkt- und Freundschaftssystem aufzubauen. Das beginnt in China, geht über die spannungsreiche Doppelregion Indien-Pakistan und reicht bis zu den Plänen, im ölreichen Gebiet nördlich von Afghanistan militärische Stützpunkte zu unterhalten. Großbritannien als alte Kolonialmacht dieses Großraumes sowie Deutschland mit seinen traditionsreichen, bewährten Beziehungen zu Afghanistan sollten dabei nicht unerwähnt bleiben.

Hohe Auszeichnung für Theo Mechtenberg Republik Polen verlieh dem GESW-Vorsitzenden das Kavalierekreuz des Verdienstordens

Herrn Dr. Theo Mechtenberg, Vorstandsvorsitzender des Gesamteuropäischen Studienwerks e. V. Vlotho und Mitglied des Vorstandes der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, wurde in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen vom polnischen Präsidenten das Kavalierekreuz des Verdienstordens der Republik Polen zuerkannt.

Der Orden wurde im Rahmen einer Feierstunde am 6. Juli 2001 von Botschafter Dr. habil Jerzy Kranz in Berlin überreicht. Aus diesem Anlass dokumentieren wir Erinnerungen des deutsch-polnischen „Brückenbauers“ an Stationen seines engagierten Wirkens sowie die Berliner Dankesrede des Geehrten.

MW

Theo Mechtenberg

Einige Überlegungen zu meiner Beziehung zu Polen

Als 1928 geborener Westdeutscher war mir Polen über viele Jahre ein relativ unbekanntes Land. Auch als ich, im katholisch-kirchlichen Dienst tätig, 1954 in die DDR übersiedelte, war mir zwar Polen geographisch um einiges näher gerückt, doch innerlich noch keineswegs nahegekommen. Bekanntlich waren nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang aufgrund der mit dem Überfall auf Polen verbundenen Leiden und Gräueltaten, des sich bald herausbildenden Ost-West-Gegensatzes sowie wegen der von der Bundesrepublik und der Deutschen Bischofskonferenz vertretenen Gültigkeit des Reichskonkordats die deutsch-polnischen Kirchenkontakte blockiert. Auch die Bischöfe in der DDR wussten sich in einen übergreifenden kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Zusammenhang eingebunden, so dass die Berliner Ordinarienkonferenz, was die kirchlichen Polenkontakte betraf, äußerst zurückhaltend reagierte und Basisinitiativen eher zu bremsen als zu fördern suchte⁴⁸.

Ein erster, indirekter Kontakt mit Polen ergab sich aufgrund meiner Gemeindearbeit in der Magdeburger Diaspora, bei der ich es u. a. mit Vertriebenen und Aussiedlern aus Oberschlesien zu tun hatte, die mir ein äußerst wider-

sprüchliches und diffuses Bild von Polen vermittelten. Zudem nutzte ich jede Möglichkeit, zumeist illegal über Westberlin, in den Westen zu gelangen, um den Kontakt mit meiner Heimat aufrechtzuerhalten. Polen geriet erst mit dem Mauerbau vom August 1961



stärker in mein Blickfeld.

Erstmals fuhr ich 1962 nach Polen, um ein aus dem Oppelner Raum stammendes Gemeindeglied in seine Heimat zu begleiten. Doch auf

⁴⁸ Vgl. Theo Mechtenberg, Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen, Leipzig 1998, S. 9-32.

dieser Reise bewegten wir uns vorwiegend im Kreise deutschstämmiger Priester. Auf diese Weise hörte ich einiges über die nationalen Spannungen innerhalb des oberschlesischen Klerus. Doch ich nahm bei dieser ersten Begegnung mit Polen Land und Leute nicht nur durch den deutschen Filter wahr. Wir fuhren auch nach Auschwitz, Krakau, in die Tatra und nach Tschenstochau. So blieben einige bleibende Eindrücke: Auschwitz, wo mir Jahre nach der Naziherrschaft wiederum Deutsch als Sprache des Zynismus und tödlicher Bedrohung begegnete und ich mir reichlich Zeit nahm, die zahlreichen Dokumente zu studieren, in denen die unsäglichen Verbrechen ihren teils verschleiernden, teils entlarvenden Ausdruck fanden. Krakau erlebte ich als Stadt europäischer Kultur, die Tatra als äußerst reizvolle Landschaft, und auf der Jasna Góra sah ich mich einer mir fremden, aber doch faszinierenden Marienfrömmigkeit gegenüber, deren nationale Dimension ich erst Jahre später begreifen sollte. Ein wirklicher Durchbruch zu einer Begegnung mit Polen ergab sich für mich jedoch erst 1965, als der Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe gegen Ende des Konzils auch in der DDR als Impuls deutsch-polnischer Versöhnung wirkte. Zumal in einigen katholischen Studentengemeinden, so in der von mir geleiteten Magdeburger Gemeinde, wirkte der Briefwechsel gleichsam als Initialzündung. Nun wurde nachgeholt, was lange Zeit versäumt worden war: Wir entdeckten eine Gruppe polnischer Germanistikstudenten, die in Leipzig Kontakt zur dortigen Studentengemeinde unterhielt und die sich auch nach Magdeburg einladen ließ, um uns mit der modernen polnischen Literatur bekannt zu machen, die längst die ideologischen Auflagen des „sozialistischen Realismus“ abgelegt hatte; wir nahmen Verbindung zu den polnischen Klubs Katholischer Intelligenz sowie zum „Tygodnik Powszechny“, zu „Znak“ und „Wież“ auf und veranstalteten Seminare, auf denen wir mit ihren führenden Vertretern ins Gespräch kamen; wir organisierten in Absprache mit der „Aktion Sühnezeichen“ Arbeitseinsätze im ehemaligen

KZ Majdanek, in Laski sowie beim Bau der „Arka“ in Nowa Huta - dies alles mehr oder weniger illegal und gegen den Willen der sog. „Berliner Zentrale“ der katholischen Kirche in der DDR.

Für mich persönlich wie für die Studenten war diese Öffnung nach Polen eine auf dem Hintergrund der der DDR eigenen geistigen Enge eine Horizonterweiterung in einer entscheidenden Lebensphase. Die nachhaltige Wirkung dieser Begegnung mit Land und Leuten, mit führenden Intellektuellen aus den Kreisen der „Znak-Gruppe“, mit Literatur, Film, Kunst und Musik war für manche von uns lebensbestimmend.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre knüpfte ich persönlich engere Kontakte zu den „Krakauern“, speziell zu Anna Morawska, Mietek Pszon, Jerzy Turowicz, Andrzej Potocki und Stefan Wilkanowicz, lernte aber auch die „Warschauer“ näher kennen, so Prof. Stomma, Tadeusz Mazowiecki, Wladyslaw Bartoszewski und Wojciech Wieczorek. Ich erinnere mich an eine Vielzahl von Gesprächen, in denen wir unsere Erfahrungen mit dem jeweiligen totalitären System austauschten, durch die ich mit den kirchlichen und gesellschaftlichen Problemen Polens vertraut gemacht wurde und wir Möglichkeiten und Wege bedachten, den durch den Briefwechsel der Bischöfe initiierten Prozess der Versöhnung und Verständigung zwischen unseren beiden Völkern zu vertiefen. Nach Ausscheiden aus dem kirchlichen Dienst und meiner Übersiedlung nach Wrocław im Jahr 1972 ermöglichten es mir diese Kontakte, für den „Tygodnik Powszechny“ zu arbeiten, indem ich viermal jährlich einen deutschsprachigen Dienst erstellte, der sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR bestimmten Empfängern zugänglich gemacht wurde. Dieses Entgegenkommen empfinde ich keineswegs als selbstverständlich. Für die mir gewährte Arbeitsmöglichkeit und das mir erwiesene Vertrauen bin ich zeitlebens dankbar und habe dies auch Jerzy Turowicz zu seinem 85. Geburtstag gegenüber zum Ausdruck gebracht.

In Wroclaw fand ich viele Freunde und stand in engem Kontakt zum dortigen Klub Katholischer Intelligenz, der - unter Leitung von Frau Dr. Unger - seinerseits enge Beziehungen zum Bensberger Kreis, speziell zur Dortmunder Gruppe, unterhielt. Wie vieles andere in meinem Leben, so wurde auch dieser Kontakt von den Geheimdiensten beider Länder registriert. Würde man den Aussagen in meiner Stasiakte Glauben schenken, so hätte ich damals meine Anweisungen direkt vom Papst persönlich erhalten. Zudem war es mir in all den Jahren möglich, Kontakte von einzelnen und Gruppen sowohl aus der Bundesrepublik als auch aus der DDR nach Polen zu vermitteln.

Sehr dankbar bin ich gleichfalls, dass ich noch vor meiner offiziellen Übersiedlung nach Polen ohne sonderliche Formalitäten an der Universität in Wroclaw ein Germanistikstudium aufnehmen konnte, das ich vier Jahre später mit einer Dissertation zur Lyrik von Ingeborg Bachmann beendete. Nach Abschluss meiner Promotion erhielt ich seitens der Universität das Angebot, die Redaktion der germanistischen Fachzeitschrift zu übernehmen und für den Bereich moderner Lyrik einen Lehrauftrag wahrzunehmen. Doch das zuständige Ministerium untersagte meine Anstellung, was mich veranlasste, meine Ausreise in die Bundesrepublik zu betreiben.

Als DDR-Bürger mit ständigem Aufenthalt in Polen unterstand ich dem Außenministerium der DDR, das meinen Ausreiseantrag befürwortete, so dass ich im Februar 1979 mit Frau und Tochter in die Bundesrepublik umziehen konnte. Auf meinen Besuchsreisen in die Bundesrepublik hatte ich bereits das Gesamteuropäische Studienwerk in Vlotho (GESW) kennen gelernt. Der Zufall wollte es, dass der Polenexperte, Herr Armin Droß, in den Ruhestand ging und ein Nachfolger gesucht wurde. Nach Gesprächen, die ein Vorstandsmitglied des GESW mit mir in Wroclaw führte, wurde mir die Stelle angeboten, die ich unmittelbar nach meiner Ausreise aus Polen antrat. Hier war ich von 1979 bis zu meinem altersbedingten Ausscheiden (1993) als Dozent und als Redakteur der „aktuellen

ostinformationen“ tätig. In all den Jahren habe ich eine Vielzahl von Seminaren zu deutsch-polnischen und rein polnischen Themen durchgeführt, zahlreiche Gruppen auf ihre Studienfahrten nach Polen vorbereitet und solche verschiedentlich selbst geleitet sowie in den „aktuellen ostinformationen“ über die Entwicklung in Polen durch Übersetzungen und eigene Beiträge informiert. Über den inzwischen verstorbenen Schriftsteller und DDR-Dissidenten Jürgen Fuchs gelangten die „aktuellen ostinformationen“ auch an ausgewählte Personen in der DDR. So bildete eine von mir erstellte Dokumentation über die Solidarnosc die Grundlage für die seinerzeit von Günter Särchen herausgegebene „Handreichung“, die eine massive Intervention des Staatssicherheitsdienstes nach sich zog⁴⁹. Meine Tätigkeit als Publizist, Übersetzer und Referent blieb nicht auf das Studienwerk beschränkt. Bis heute werde ich zu polenrelevanten Themen als Referent eingeladen, erhalte Übersetzungsaufträge und publiziere. Gewissermaßen als Vermittler zwischen zwei Kulturen bin ich bemüht, deutschen Hörern wie Lesern Polen verständlich zu machen. Auch dort, wo Unwissen und Vorurteile den Zugang zu einem sachgerechten Verstehen blockieren, fühle ich mich herausgefordert. Dies gilt sowohl insgesamt für das deutsche Polenbild als auch speziell für das selbst einem deutschen Katholiken schwer verständliche Phänomen der „polnischen“ Kirche. Insbesondere fühle ich mich immer wieder veranlasst, unangemessenen Vorstellungen vom sog. „polnischen Antisemitismus“ entgegenzuwirken. Von den verschiedenen Zeitschriften, in denen ich meine Beiträge veröffentliche, möchte ich die „Orientierung“ besonders hervorheben, für die ich seit den 70er Jahren schreibe.

Von meinen zahlreichen Übersetzungen seien vor allem das dramatische Werk von Karol Wojtyla sowie zwei Bände seiner Predigten, „Polski kszalt dialogu“ von J. Tischner, erschienen unter dem Titel „Der unmögliche

⁴⁹ Ebd., S. 113-116.

Dialog“, und J. Wozniakowski, „Die Wildnis. Zur Deutungsgeschichte des Berges in der europäischen Neuzeit“, erwähnt.

Nach meinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben wurde ich in den Vorstand des GESW gewählt und leite seit gut drei Jahren diese Bildungseinrichtung ehrenamtlich. Zudem wurde ich in den Vorstand der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung berufen, wo ich insbesondere in den vergangenen Jahren mit Fragen der Internationalen Jugendbegegnungsstätte befasst war und neuestens konzeptionell für den Ausbau der Akademie verantwortlich bin.

Mein aktiver Anteil an den seinerzeit von Magdeburg ausgegangenen Poleninitiativen⁵⁰ brachte es mit sich, dass ich - in Fortsetzung der Magdeburger Polenseminare - nach der Wende zu den Mitgründern der Anna-Morawska-Gesellschaft gehörte, deren Aktivitäten ich, wenngleich nicht mehr als Vorstandsmitglied, tatkräftig unterstützte.

Ansprache aus Anlass der Verleihung des Kavalierkreuzes

Sehr geehrter Herr Botschafter, liebe Freunde, meine Damen und Herren, die Ehrung, die mir in dieser Stunde durch die Verleihung des Kavalierkreuzes zuteil geworden ist, nehme ich nicht ohne Verlegenheit, aber doch auch mit Freude und vor allem mit Dank entgegen. Ich meine, Verlegenheit ist eine ganz menschliche Reaktion, wenn etwas öffentlich als Verdienst herausgestellt wird, das mir persönlich gar nicht als Verdienst bewusst ist, sondern das ich als einen beglückenden Teil meiner Biographie verstehe. Und mein Gefühl der Dankbarkeit zeigt ja auch, dass ich die Auszeichnung nicht eigentlich verdient habe, sondern sie als Geschenk entgegennehme. Und beschenkt zu werden, ist ja immer ein Grund zur Freude, die ich gerne mit allen Anwesenden teilen möchte, mit Frau und Tochter und dem kleinen Kreis meiner Freunde und Bekannten. Ich hoffe, dass wir nach dieser

Feier in der Wohnung meiner Tochter noch für ein paar Stunden zusammen sein können.

Natürlich ist mir einiges durch den Kopf gegangen, als mich die Nachricht meiner bevorstehenden Ehrung erreichte. Mir ist klar geworden, welche Zufälligkeiten - oder nennen wir es Fügung - meinen Lebensweg bestimmt haben. Möglicherweise wäre ich niemals mit Polen in Kontakt gekommen, wenn die DDR-Regierung nicht am 13. August '61 das Mauseloch nach Westberlin geschlossen hätte. Das soll den Mauerbau nicht rechtfertigen, belegt aber doch die Wahrheit des polnischen Sprichworts „Nie ma tego zlego, co by na dobre nie wyszlo“, nichts ist so schlecht, dass es nicht auch zum Guten gewendet werden kann. Als gebürtiger Westdeutscher hatte ich bis zur Errichtung des nach kommunistischen Sprachgebrauch sog. „antifaschistischen Schutzwalls“ meine Ferien regelmäßig, wenngleich illegal, in der Bundesrepublik und Westeuropa verbracht. Kein Gedanke daran, auch einmal nach Polen zu fahren. Das änderte sich nun, und ich entdeckte, um überhaupt einmal für ein paar Wochen aus der Enge der DDR herauszukommen, das mir bislang völlig unbekanntes polnische Nachbarland. Zuerst als Notbehelf, dann mit wachsender Begeisterung. Einige der hier Anwesenden wissen darum, welche Horizonterweiterung wir in den 60er Jahren in Polen und von Polen erfahren haben - durch illegale Arbeitseinsätze in Majdanek, Laski und an der Kirche in Nowa Huta, durch Begegnungen mit den Krakauer und Warschauer Vertretern der sog. Znak-Gruppe. Einige Namen möchte ich in dieser Stunde nennen und mich in Dankbarkeit der durch die Begegnungen erfahrenen Bereicherung erinnern: Jerzy Turowicz, der Chefredakteur des Tygodnik Powszechny, sein Deutschlandexperte Mietek Pszon, dem ich in besonderer Weise freundschaftlich verbunden war, Anna Morawska, deren frühes Engagement für eine deutsch-polnische Versöhnung wir von der Anna-Morawska-Gesellschaft in Ehren halten, Józef Tischner, Priester und Philosoph, der wohl einflussreichste Vertreter eines offenen

⁵⁰ Ebd., S. 89ff.

Katholizismus in Polen - alle vier Genannten weilen schon nicht mehr unter uns Lebenden; schließlich Tadeusz Mazowiecki, der spätere erste Premier eines unabhängigen Polen. Ihnen und vielen Ungenannten habe ich zu danken.

Der Herr Botschafter hat in seiner Laudatio die Stationen meiner Annäherung an Polen im Einzelnen gewürdigt, und ich möchte bereits Gesagtes nicht wiederholen. Doch eines möchte ich, und dies auch in Dankbarkeit, erwähnen: die frühe Prägung meines Polenbildes durch die polnische Literatur, zumal die des 19. Jahrhunderts. Kennen gelernt habe ich sie durch meine Frau, die mich als Polonistin mit Mickiewicz, Slowacki, ein wenig auch mit Norwid, mit Prus und Wyspianski, dann auch mit der zeitgenössischen Literatur, hier vor allem mit Grochowiak, bekannt gemacht hat. Literatur ist ja bekanntlich reich an Bildern, die polnische zumal. Ein Bild hat mich gleich bei unseren ersten Gesprächen tief beeindruckt: eine Stelle aus Prus' „Lalka“, wie Wokulski sich aus dem Keller durch eine Luke nach oben zwingt. Ich habe die Stelle nicht noch einmal nachgelesen, vielleicht hat sie sich in meinem Bewusstsein umgeformt, doch verstanden habe ich sie damals, ob zu Recht oder zu Unrecht, als buchstäbliches Polen-Bild, als Symbol einer Nation, die sich gegen Widerstände nach oben kämpft. Dieses Bild hat sich später bei mir mit Bildern des Untergrundes vermischt. So war ich fasziniert, als ich bei Mickiewicz auf seine Deutung des

Abstiegs Jesu ins Totenreich im Sinne einer Theologie des Untergrundes stieß und die Lebendigkeit dieser Metapher nach Verhängung des Kriegsrechts in den Kirchen mit den „Solidarnosc-Gräbern“ erlebte.

Ich weiß, dass die Erinnerung an dieses für mich ursprüngliche und beeindruckende Polenbild angesichts der heutigen Situation und Probleme kaum mehr abrufbar ist; und ich möchte hinzufügen: Gott sei Dank! Aber bis in die 80er Jahre hinein war es für mich prägend und sehr aussagekräftig. Und dies auch, weil mein persönliches Engagement für eine Verständigung mit Polen, zunächst von der DDR, dann von Polen, später von der Bundesrepublik aus durch-aus Züge des Untergrundes besaß und einem Engagement gegen Widerstände gleich. Heute sind wir dankbar, dass es des Untergrundes nicht mehr bedarf - aber ohne ihn wären wir wohl in dieser Runde nicht beisammen. Ich weiß, dass heute ein anderes Polenbild gefordert ist - pragmatischer, zukunftsorientiert, das Nationale mit dem Europäischen verbindend, ausgerichtet auf die Mitgliedschaft in der EU, normaler, wenn man so will. Und das ist gut so. Aber vergessen möchte ich mein Polenbild aus schwereren Zeiten nicht, und ich wünsche mir, dass es auch im polnischen kollektiven Bewusstsein seinen Platz behält.

O-Ton: Forum „Junges Europa“

Mit diesem Forum möchte die Redaktion der „aktuellen ostinformationen“ jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit eröffnen, in essayistischer Form zu breit angelegten Themen zu Wort zu kommen. Da in der aktuellen Debatte um die Osterweiterung der Europäischen Union oftmals Schreckensszenarien einer massenhaften Migration mittelost- und osteuropäischer Arbeitssuchender in die EU-Staaten entworfen werden, haben wir diesmal ganz bewusst auch zwei junge Deutsche,

die den umgekehrten Weg gegangen sind, um ihre Mitarbeit gebeten. Unter dem Schlagwort „Zwischen Daheim und Zuhause“ beleuchten die Autorinnen der folgenden Beiträge ihre ganz persönlichen Eindrücke und Erfahrungen während längerer Aufenthalte in Ländern, die allmählich zu einer zweiten Heimat wurden. Da uns die Authentizität des „O-Tons“ besonders wichtig ist, erscheinen die einzelnen Texte aus Gründen der Originalität in sprachlich lediglich leicht geglätteter Form.

Cathrin Krause

Pankņikas und Filme in drei Sprachen - ein Schuljahr in Lettland

Liebe AO-Leserinnen und Leser, mein Name ist Cathrin. Ich habe 1998/99 im Rahmen des Schüleraustauschprogramms von AFS in Lettland gelebt. Um andere zu ermutigen, ähnliche „Abenteuer“ zu wagen, möchte ich im Folgenden berichten, was ich im „wildem“ Osten so alles erlebt habe.

Die Idee zu meinem Auslandsjahr kam mehr oder weniger von unserem damaligen Gastkind Raggy aus Island. Ich sollte die Schule 1998 beenden und da tauchte natürlich die Frage auf, was ich danach machen würde. Osteuropa interessierte mich schon seit längerer Zeit. Leider bieten aber die meisten Organisationen ausschließlich Reisen in die USA an. Über AFS hatte ich die Möglichkeit, auch unsere östlichen Nachbarn einmal näher kennen zu lernen. Ich bewarb mich um Programme in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen und bekam schließlich einen Platz in Lettland.

Als ich das erste Mal Post von meiner Gastfamilie bekam, war ich total aus dem Häuschen.



Ich hatte eine lettische Familie! Ich war überglücklich, und je öfter wir uns schrieben, desto mehr wuchs meine Neugier, wie es wohl „da drüben“ ist. Wir schickten uns gegenseitig Fotos, und ich konnte es kaum erwarten, meine neue Familie endlich kennen zu lernen.

Der Tag der Abreise rückte unaufhaltsam näher. Die Sachen waren gepackt (gar nicht so einfach, Kleidung für ein ganzes Jahr in eine Tasche zu stecken, die nicht schwerer als 20 kg sein darf!). Mit mir flog noch ein Mädchen aus Deutschland. Wir waren ungeheuer gespannt, wie es uns in den ersten Tagen ergehen würde. In Frankfurt trafen wir auch auf andere Austauschschüler, die mit uns nach Lettland flogen. Sie kamen teilweise von sehr weit her: Thailand, Australien, Chile... Die Zeit im Flieger verging rasend schnell und schon befanden wir uns im Landeanflug auf Riga. Aus dem Flugzeugfenster konnten wir unsere neue Heimat betrachten. Mein erster Gedanke, als ich Rollfeld und Terminal sah: Mann, ist das klein (dieser Gedanke kam mir öfters in diesem Jahr, vor allem bei zu kurzen Betten und Bettdecken, niedrigen Türen - ich bin gut 1,80 groß)! Spannung und Aufregung stiegen!

Nachdem wir unser Gepäck wieder hatten, gingen wir hinaus in die Empfangshalle. Dort spielten in Nationaltracht gekleidete Männer zur Begrüßung volkstümliche lettische Musik. Unter der großen Menge wartender Gastfamilien entdeckte ich endlich meine Familie. Wieder kam mir der Gedanke: Sind die klein! Selbst mein Gastvater war gut einen Kopf kleiner als ich. Meine Gastfamilien dachte im selben Moment genau das Gegenteil: Ist die aber groß (das haben sie mir später mal erzählt)! Nach der Begrüßung wurde ich ins Auto verfrachtet und wir fuhren zu meinem neuen Zuhause. Die Fahrt dort hin verging

viel zu schnell. Ich sah wie im Rausch die Häuser von Riga an mir vorbeihuschen. Einige waren ziemlich heruntergekommen und grau. Aber vor allem im Zentrum standen wunderschöne Häuser. Eine Fassade schöner

als die andere! Riga ist berühmt für seinen Jugendstil.

Doch ich war dafür noch viel zu aufgeregt und konnte es kaum fassen, dass ich mich bereits im bisher größten Abenteuer meines Lebens befand. Wir wohnten außerhalb von Riga. Die ersten Tage in meiner Gastfamilie waren sehr aufregend. Ich hatte vier Gastschwestern und besonders die jüngeren ließen mich nicht einen Moment aus den Augen. Und es gab ja so viel Neues für mich zu entdecken! Da war als erstes die Sprache, von der ich kein Wörtchen verstand. Übergangsweise unterhielten wir uns auf Englisch. Die lettische Sprachmelodie klang für mein Ohr fast wie ein beleidigtes Maulen. Es ist mir anfangs richtig schwer gefallen, nicht ständig zu denken, dass man böse auf mich ist, wenn man mit mir sprach.

Es gab aber noch so viele andere Sachen, an die ich mich erst gewöhnen musste. Zum Beispiel das Essen. Das Essen spielt für die Letten eine sehr wichtige Rolle. Vor allem wird in viel größeren Mengen und viel fettiger gegessen. Das heißt, dass es mitunter drei bis vier warme Mahlzeiten am Tag gibt! Mit der Zeit sah ich einer Kugel immer ähnlicher.

Die verwendeten Lebensmittel sind dieselben wie in Deutschland. Es wird aber viel Suppe gegessen und das Gemüse in alle unerdenklichen Varianten zubereitet. In der ersten Zeit fand ich die lettische Küche überhaupt nicht schmackhaft. Viel zu salzig oder zu süß für die deutsche Zunge! Eine Ausnahme allerdings bildeten von Anfang an die sagemumwobenen „pankīkas“, die lettischen Pfannkuchen. Sie sind einfach das Leckerste, was ich je in meinem Leben gegessen habe!!! Der Teig basiert auf Hefe und irgendwie hat meine Gastmutter damit bei mir genau ins Schwarze getroffen. Allmählich gewöhnte ich mich auch an die anderen Speisen - und es ist bis heute das Essen, was ich am meisten vermisse. Nach einigen aufregenden Wochen fing für mich die Schule an. Es war eine kleine Schule und dort kannten mich bereits alle, bevor ich überhaupt das Haus betreten hatte! Wo ich mich auch gerade befand, überall begrüßten mich lächelnde Gesichter. Ich

kam mir dabei recht ungewöhnlich vor, denn dass ich schon vor meinem ersten Tag so berühmt bin, hatte ich nicht erwartet.

In Lettland beginnt das Schuljahr immer am 1. September. Die ganze Schule trifft sich dann im Schulhof. Es wird die Nationalhymne gesungen, der/die Schulleiter/in hält eine Rede, Schüler haben etwas vorbereitet usw. Das erste Mal hörte ich die lettische Hymne, die an jedem Nationalfeiertag nicht fehlen darf. Damals konnte ich natürlich noch nicht mitsingen, aber mit der Zeit habe auch ich sie gelernt.

Später gingen wir in unsere Klassenzimmer. Ich lernte nun meine Klasse und meine Klassenleiterin Anita kennen. Anita hat in Deutschland studiert und sprach daher deutsch. Sie war das ganze Jahr über wie meine beste Freundin. Sie half mir vor allem in der Anfangszeit, mich zurecht zu finden. Sie wies mich in die „Verrücktheiten“ und „Macken“ des lettischen Alltags ein und hatte immer ein offenes Ohr für mich.

Auf meiner Schule gab es auch Russen. Meistens sind die Schulen nach lettisch/russisch getrennt. Es wird dann in der jeweiligen Sprache unterrichtet. An den russischen Schulen wird nun auch intensiv lettisch gelehrt, damit es die Russen später einfacher haben. Nur wer der lettischen Sprache mächtig ist, bekommt auch die lettische Staatsbürgerschaft. Da die Schule die einzige in der Umgebung war, gingen beide Nationalitäten gemeinsam hier her. Daher hatte ich bald nicht nur lettische, sondern auch russische Freunde gefunden. Es ist wirklich erstaunlich, wie unterschiedlich diese beiden Völker sind, obwohl sie schon lange „zusammen“ leben. Mit „zusammen“ meine ich im selben Land, denn im Allgemeinen meiden sie sich. Geschichtlich bedingt ist die Sympathie für den Anderen nicht sonderlich groß. Glücklicherweise bekriegen sie sich höchstens mal mit Worten (meist auf Russisch, da es in dieser Sprache mehr treffende Schimpfwörter gibt). Sonst bleiben sie eher unter sich.

Die Letten sind den nordeuropäischen Völkern sehr ähnlich. Es ist zwar nicht jeder Lette

strohblond, aber sie sind doch eher ruhig und gemütlich - aber keineswegs langsam! Sie sind zurückhaltend, und es ist nicht immer einfach gewesen, bis das Eis „gebrochen“ war.

Die Russen dagegen sind sehr lebhaft. Wie die Südländer wirbeln sie durchs Leben, umarmen sich, wenn sie sich treffen, stürmisch vor Wiedersehensfreude und man findet schnell Freunde unter ihnen (die man aber mitunter genauso schnell wieder verliert).

Die Lebensgewohnheiten sind sehr unterschiedlich. Jeder pflegt seine Tradition für sich. Es gibt jedoch auch Gemeinsamkeiten zwischen ihnen. Beide sind einfach UNENDLICH gastfreundlich! Wenn man zu Besuch kommt, wird man immer aufs Beste bewirtet, egal wie groß oder klein der Geldbeutel der Familie ist. Es wird einem geholfen, wo immer es geht, und es würden selbst die Ärmsten unter den Armen das letzte Hemd für ihren Gast hergeben. Erst in Lettland ist mir aufgefallen, dass die Deutschen wirklich nicht zu den Freundlichsten gehören, wie es öfters aus ausländischem Munde heißt.

Es gibt noch mehr Gemeinsamkeiten: Bei beiden Gruppen ist das Fernsehen zum Volkssport geworden. Und das Fernsehen in Lettland ist ein wahres Abenteuer! Damit beide Nationalitäten etwas verstehen, wird im lettischen Fernsehen bei den Filmen abwechselnd in der einen Sprache gesprochen und die andere im Untertitel eingeblendet. Das ist aber noch nicht alles: Die meisten Filme und Serien sind amerikanischer, deutscher oder gar argentinischer Herkunft („Baywatch“, „Kommissar Rex“, „Für alle Fälle Stefanie“). Es wird nicht synchronisiert, sondern

einfach lauter darüber gesprochen. Fernsehen praktisch dreisprachig! Das war natürlich zu Anfang etwas gewöhnungsbedürftig für mich. Aber gerade durch das Fernsehen habe ich viel von beiden Sprachen gelernt. Man hört sie nicht nur, man liest sie auch noch! Dazu muss ich vielleicht noch sagen, dass ich während meines Jahres beide Sprachen gelernt habe. Da neben lettisch (offizielle Staatssprache) auch russisch als Alltagssprache gesprochen wird, war das gar nicht so schwer. Zudem gibt es ja auch russische Radio- und Fernsehsender.

Ingesamt gesehen war mein Jahr in Lettland wirklich eine große Bereicherung für mich. Ich habe mein Interesse an Osteuropa gefestigt und meine Vorliebe für Sprachen entdeckt. Russisch mache ich jetzt an der Volkshochschule weiter. Lettisch wird bei uns leider (noch) nicht angeboten. Ich habe viele lustige, positive und natürlich auch negative Erfahrungen gemacht, die ich bestimmt nirgendwo anders gemacht hätte (wer kann denn in den USA dreisprachig fernsehen!?!). Ich habe in dieser manchmal recht abenteuerlichen Zeit nicht nur mich selbst besser kennen gelernt, sondern auch viele Freunde gefunden. Mit den meisten von ihnen stehe ich immer noch in engem Kontakt.

Lettland ist für mich eine zweite Heimat geworden, ein Zuhause, in dem ich viele Freunde habe, soviel „pankīkas“ essen kann, wie ich will und in dem die meisten Betten zu kurz für mich sind.

Sandra Roling

Studieren in Krakau - anders und doch nicht anders

Auch nach einem halben Jahr Studium in Krakau finde ich es noch sehr schwer, etwas Konkretes über Polen und seine Bewohner zu sagen. Typisch für meine Eindrücke ist vielleicht folgende kleine Anekdote über meine Einreise nach Polen: Nach der Überquerung der Grenze traf ich zuerst auf eine Ansammlung von

Gartenzweig-Verkaufsständen (eine Kuriosität, die ich bis heute nicht verstehe), dann auf deutlich schlechtere Straßen (was ich erwartet hatte).

Aber als ich zur Einstimmung auf die neue Kultur auch einen polnischen Radiosender einstellen wollte, hatte ich große Probleme: Scheinbar konnte ich auf meinem Radio keinen

einzigem polnischen Sender empfangen, immer bekam ich den bekannten englischsprachigen Mainstream zu hören. Erst eine halbe Stunde später, als die Nachrichten verlesen wurden, entdeckte ich des Rätsels Lösung: Es handelte sich tatsächlich um polnische Radiosender, nur spielten diese keine "typisch polnische" Musik, wie ich mir das vorgestellt hatte.

Bevor ich mein Studium an der Jagiellonischen Universität begann, hatte ich nur eine sehr vage Vorstellung von dem, was mich erwarten würde. Ich war ziemlich sicher, dass ich etwas anderes



entdecken würde als die gestohlenen Autos, über die ich mir von Freunden und Bekannten eine Vielzahl von Witzen anhören musste. Aber abgesehen davon war da vor allem ein unbestimmtes Gefühl, dass es in Polen "anders" sein müsste. Polnische Freunde fragen mich oft, wie sich Polen von Deutschland unterscheidet, was für mich erstaunlich ist. - Erstaunlich? - Vor allem die Tatsache, dass es sich so wenig unterscheidet.

Vor allem die Studenten, mit denen ich natürlich den größten Kontakt habe, scheinen sich kaum von meinen deutschen Kommilitonen zu unterscheiden. Sie wohnen eher in Studentenwohnheimen als in Wohngemeinschaften. Meistens werden die Zimmer geteilt, was mir zugegebenermaßen zunächst ein paar Probleme bereitet hat. Und sie

sind im Durchschnitt familienverbundener und fahren teilweise jedes Wochenende nach Hause. Aber sie planen genauso ihre (Auslands)urlaube und gehen in die teuren Kneipen, die ich polnischen Freunden am Anfang kaum vorschlagen mochte, aus Sorge, mich als reiche Westeuropäerin zu outen. Der Lebensstandard der polnischen Studenten, die ich treffe, scheint sich von dem deutschen kaum zu unterscheiden. Während ich das schreibe, bin ich mir natürlich bewusst, dass meine Eindrücke aus Krakau, und speziell aus dem studentischen Umfeld, nicht unbedingt für Polen als Ganzes stehen können. Die Touristenstadt Krakau mit ihrer schön renovierten Altstadt und dem malerischen Wawel-Schloss, den Unmengen netter kleiner Restaurants und Cafés und dem riesigen Waren-Angebot aller aus Deutschland vertrauten Marken, lässt einen kaum

glauben, dass man sich in einem Land befindet, in dem vor gut zehn Jahren Kommunismus und Mangelwirtschaft herrschten. Das Bild ändert sich schnell, wenn man Städte wie Łódź, oder auch nur den Krakauer Vorort Nowa Huta besucht. Wenn man sich in östlicher Richtung auf die Landstraßen begibt, kommt man durch Orte, in denen noch Pferdekarren fahren und Rinder durch die Straßen getrieben werden. Aber auch in Krakau selbst sind immense Unterschiede sichtbar. Vor allem den alten Leuten steht ihr hartes Leben ins Gesicht geschrieben. Zum morgendlichen Bild in der Straßenbahn gehörte in den Sommermonaten beispielsweise eine alte Frau, die ihre schweren Eimer voller Blumen zum Markt trug, obwohl sie kaum noch ohne Hilfe in die Straßenbahn steigen konnte. Und selbst im Winter, bei zeitweise minus zwanzig Grad, verkauft an

jeder Straßenecke jemand Gebäck. Auch der Alkoholismus ist überall gegenwärtig. Ich erinnere mich an einen alten Mann, der so betrunken war, dass er aus der Straßenbahn fiel, sobald sich die Tür öffnete. Anschließend kroch er mühsam wieder zurück, und das Schauspiel wiederholte sich an den nächsten Haltestellen, ohne dass es jemanden interessiert hätte. Besonders faszinierend für mich und meine ausländischen Kommilitonen ist die Suche nach Überbleibseln aus kommunistischen Zeiten im Verhalten der Leute. Unser bestes Beispiel dafür war das Studentenwohnheim, in dem wir zunächst untergebracht waren: Alle ausländischen Studenten mussten an einem bestimmten Tag morgens um acht erscheinen, um sich für das kommende Semester registrieren zu lassen. Einige von uns standen über sechs Stunden in der Warteschlange, und konnten es kaum glauben, dass die Angestellten der Verwaltung zwischendurch trotzdem seelenruhig ihre Raucher- und Kaffeepausen abhielten, und um die Mittagszeit sogar für eine volle Stunde das Büro schlossen, um ihre Mahlzeit zu sich zu nehmen. Die Professoren und Organisatoren an der Universität fanden das allerdings völlig normal, und die Erklärung, man habe sein Referat nicht vorbereiten können, weil man versucht habe, sich im Wohnheim registrieren zu lassen, wurde ohne Wimpernzucken, allenfalls mit einem leicht ironischen Grinsen akzeptiert. Ähnliche Erlebnisse bescherten die Stadtverwaltung und das Büro, in dem die Monatskarten für die Straßenbahn ausgegeben werden; manchmal sogar einfache Geschäfte. So musste ich es beispielsweise als leicht unglückliche Tatsache hinnehmen, dass die Wäscherei des Studentenwohnheims alle meine Lieblings-T-Shirts um die Hälfte geschrumpft hatte. Und ich beobachte immer wieder amüsiert die Geschicklichkeit, mit der sich ältere Damen in jeder Warteschlange vorzudrängeln wissen. Solche Einzelheiten fallen einem aber natürlich eher auf, wenn man danach sucht. Ich bin nicht sicher, wie viele dieser Begebenheiten, die hier als "typisch postkommunistisch" erscheinen, nicht genauso in anderen Ländern passieren

würden, ohne dass es mir besonders bemerkenswert erschiene.

Sehr erstaunt bin ich über die Freundlichkeit, mit der mir die Leute entgegengetreten. Ich hatte erwartet, als Deutsche zumindest von älteren Menschen mit Misstrauen behandelt zu werden. Einer unserer Professoren hat auch zugegeben, dass er sich immer noch manchmal bewusst machen muss, dass Russen und Deutsche normale Menschen sind. Aber falls die Polen wirklich so fühlen, haben sie es mich zumindest noch nicht spüren lassen. Vielmehr scheinen sie stolz darauf zu sein, dass sich jemand für ihr Land interessiert. Immer wieder werde ich gefragt, warum ich nach Polen gekommen bin, und was die Deutschen im Allgemeinen über Polen denken. Speziell mit meinen ersten Versuchen, Polnisch zu sprechen, habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht: In einer der ersten Wochen habe ich in einem größeren Kaufhaus versucht, mit Hilfe von ein paar Brocken Polnisch und vielen Pantomimen eine bestimmte Art Wimperntusche zu kaufen. Am Ende war die Verkäuferin so begeistert davon, dass ich überhaupt den Versuch gemacht hatte, dass sie mir anschließend auch noch das angebotene Preisausschreiben erklären wollte. Ein anderes Mal saß ich mit einer polnischen Freundin im Cafe, und eine Dame kam extra vom Nebentisch herüber, um mir zu sagen, wie schön sie es fände, dass ich ihre Landessprache lerne.

Unter den Studenten waren die meisten selbst schon mehrfach im Ausland und sind sehr daran interessiert, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu üben. Fast alle sprechen Englisch und eine weitere Fremdsprache. Oder sie sind zumindest dabei, eine zu lernen. Jedes zweite Plakat in Krakau wirbt für Sprachkurse. Für ausländische Studenten kann das manchmal schon fast frustrierend sein, weil man kaum Gelegenheiten findet, die eigenen Polnischkenntnisse anzubringen. So wollte ich beispielsweise gerne in einer Wohngemeinschaft mit polnischen Studenten wohnen, um die Sprache schneller zu lernen. Eine entsprechende Wohnung war

schnell gefunden, aber es bedurfte einer gewissen Hartnäckigkeit, um durchzusetzen, dass Englisch nicht die WG-Sprache sein würde. Fast alle spielen auch mit dem Gedanken, für längere Zeit ins Ausland zu gehen. Dies zu realisieren ist allerdings immer noch schwierig: Studenten, die einen Auslandsaufenthalt außerhalb eines festen Stipendienprogramms selbst organisieren, haben beispielsweise kaum eine Chance, ihre Studienleistungen im Ausland an der Heimatuniversität anerkannt zu bekommen. Ich denke, dass die polnischen Studenten die Möglichkeiten, die sie bekommen, sehr viel mehr zu schätzen wissen als ihre deutschen Kommilitonen.

Diesen Eindruck habe ich auch von meinen Kontakten mit der AIESEC-Gruppe in Krakau. AIESEC ist eine internationale Studentenorganisation, die Auslandspraktika an andere Studenten vermittelt. Ich habe während meiner Studienzeit in Osnabrück selbst in einer solchen Gruppe mitgearbeitet. Die Arbeitsweise allerdings ist in den polnischen Komitees anders: Während es in Deutschland sehr schwer ist, Mitglieder zu finden, die bereit sind, ihre Freizeit für anderer Leute Praktika zu opfern, findet in Krakau jedes Semester ein mehrstufiges Auswahlverfahren für neue Mitglieder statt. Da AIESEC eine Vielzahl von Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte und Kontakte zu Ausländern bietet, steht eine Arbeit in der Organisation hoch im Kurs. Dementsprechend müssen sich die Teamleiter einer Gruppe auch nicht abmühen, Leute zur Übernahme einer Aufgabe zu überreden. Vielmehr werden bei jedem Treffen "Hausaufgaben" verteilt, für deren Nicht-Erfüllung es entsprechende Strafen gibt. Wer nicht zum Treffen kommt, muss eine schriftliche Entschuldigung an den Präsidenten der Gruppe richten. Ich gebe zu, dass ich mit einer derart autoritären Arbeitsweise einige Probleme hatte, und letztendlich, auch aus Zeitgründen, eine feste Mitarbeit aufgegeben habe. Aber es zeigt, wie viel wichtiger den polnischen Kommilitonen ihr Engagement ist. Ähnlichen Eifer legen auch die anderen Studentenorganisationen an den Tag. Im Laufe

des letzten Jahres sind an der Jagiellonischen Universität zwei neue Organisationen gegründet worden, die sich zum Ziel gesetzt haben, mit ausländischen Studenten Kontakte zu pflegen. Neben kulturellen Veranstaltungen beginnen sie auch, viele studentische Einrichtungen aus Westeuropa einzuführen, die sie bei Auslandsaufenthalten oder aus Erzählungen kennen gelernt haben. Die Organisation von so genannten Tandems, der Zusammenführung von zwei Studenten verschiedener Nationalität, die sich gegenseitig ihre Landessprachen beibringen, ist eine davon, eine Mitfahrzentrale eine andere. Witek, ein Mitarbeiter der Organisation "Wiosna" - Frühling -, konnte mit einer unheimlichen Begeisterung von diesen neuesten Projekten reden. Die Mentalität des Homo sovieticus, von der in den Soziologie-Vorlesungen so viel die Rede ist, kann ich längst nicht überall entdecken.

Es stimmt allerdings schon, dass die Menschen hier oft eine gewisse Seelenruhe an den Tag legen, die für Deutsche mitunter schwer nachzuvollziehen ist. Typisch ist hier das Stipendiaten-Wochenende mit der GFPS in Łódź: Da wir für die Rückfahrt nach Krakau noch keine Fahrkarten gelöst hatten, und auch nicht wussten, an welchem Bahnhof der Zug abfahren würde, standen die Deutschen schon eine halbe Stunde vor Abfahrt im Forum der Jugendherberge bereit. Die Polen dagegen kamen zwanzig Minuten später, und quittierten alle Sorgen und Beschwerden der Deutschen mit einem erstaunten "Ach, das klappt schon". Und es funktionierte auch - unter anderem wohl, weil der Zug auch nicht pünktlich war. Ich fühlte mich sehr an meine Aufenthalte in Mexiko erinnert. Und nachdem ich mich einmal daran gewöhnt habe, dass auch hier kein Treffen zum Kneipenbummel je pünktlich beginnen wird, finde ich diese Einstellung eigentlich ganz entspannend. Nicht nur deshalb bin ich überzeugt, dass Polen schon lange als "Mexiko des Ostens" bekannt wäre, wenn es hier im Winter nicht so bitterkalt wäre. Die Polen sind nicht nur extrem gastfreundlich, sie

wissen auch definitiv zu feiern: Endlich bin ich einmal in einem Land, in dem man auch vor Mitternacht in die Disko gehen kann, und in dem es kein Ausnahmefall ist, wenn auf einer Party jemand zu tanzen beginnt.

Insgesamt kann ich meine Aussage vom Anfang nur wiederholen: Polen ist für mich immer noch schwer greifbar. Ich frage mich oft, was von meinen Eindrücken nun typisch Polen, typisch Krakau, typisch studentisch, oder vielleicht nur typisch Großstadt ist. Es fällt schwer, anhand meiner bisherigen Kontakte, die natürlich auf einen gewissen Teil des Landes und der Bevölkerung beschränkt sind, all die negativen Verhaltensweisen zu erkennen, von denen in unseren Soziologie-Vorlesungen die Rede ist: Gleichgültigkeit, fehlendes politisches Interesse,

Perspektivlosigkeit, mangelnde Zielstrebigkeit in der Berufsplanung und so weiter. Klar wird auf die Regierung geschimpft, und nicht jeder hat große Lust, mir seine Einstellung zum EU-Beitritt zu erläutern. Aber ist das nicht in Deutschland genauso? Es gibt auf jeden Fall einen großen Unterschied zwischen den älteren Menschen und meiner Generation. Die Jüngeren kommen der westlichen Kultur schon sehr nahe (wobei man sich natürlich fragen muss, ob das als ausschließlich positive Entwicklung zu sehen ist). Ich glaube, sie werden einen großen Teil dazu beitragen können, die kommunistischen Überreste in wenigen Generationen zu überwinden.

Partner

Bei der Durchführung von Tagungen, Exkursionen und Seminaren kooperiert das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. Vlotho mit zahlreichen Partnern aus Schulen und Hochschulen, Verbänden, Betrieben und Stiftungen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Einrichtungen sowie anderen Europa-Häusern im In- und Ausland. Einigen dieser Partner wollen wir hier und in den folgenden Nummern der aktuellen ostinformationen die Möglichkeit bieten, sich und ihre Arbeit vorzustellen. Dass wir dabei mit dem AFS beginnen, hat nicht nur

alphabetische Gründe. Vielmehr genießt diese Organisation bei uns seit vielen Jahren eine besonders hohe Wertschätzung. Dazu tragen neben den in der Regel hochmotivierten Seminarteilnehmenden vor allem die engagierten und verantwortungsbewussten Betreuerinnen und Betreuer bei, so dass das Kürzel AFS bei uns für „Alle freuen sich!“ steht.

Anne Hitzegrad (Frankreich 1997/98)

Wo Europa Wirklichkeit wird

Eine Vorstellung der Zusammenarbeit des GESW mit der Austauschorganisation AFS

„Oh ja, wir fahren wieder nach Vlotho!“ – diesen Ausspruch könnte jeder der Mitarbeiter der PJ (Projektgruppe) Europa des AFS unterschreiben. Jährlich finden im GESW Vlotho mehrere Wochenend-Seminare in Zusammenarbeit mit dem AFS statt. Im Jahr 2002 sind sechs davon geplant. Grund genug, einmal zu berichten, wer die Teilnehmer sind und weshalb sie zu diesen Seminaren fahren, was dort inhaltlich angeboten

wird, wer sich hinter dem Kürzel „AFS“ verbirgt und wer die Mitarbeiter der PJ Europa sind, die diese Seminare mit organisieren.

Der AFS

Der Name hat einen historischen Hintergrund: Die 1914 gegründete Organisation American Field Service bestand aus jungen Amerikanern, die in beiden Weltkriegen freiwillig als

Krankenwagenfahrer Verwundete transportierten. Um zu verhindern, dass das Leid, welches sie selbst gesehen hatten, noch einmal passieren kann, organisierten sie bereits zwischen den Weltkriegen erste studentische Austausche zwischen Franzosen und Amerikanern. Nach 1945 wurde dieser Gedanke aufgegriffen und im großen Stile umgesetzt. Nach der Wiederaufnahme des Austausches 1947 mit England, Frankreich, Griechenland, Ungarn, den Niederlanden, der Tschechoslowakei, Neuseeland, Norwegen und Syrien konnten bereits ein Jahr später die ersten

beiden Deutschen mit Vollstipendien in die USA fahren.

Der AFS ist heute eine der größten internationalen ehrenamtlichen Austauschorganisationen, die es sich zum Ziel gemacht hat, den Dialog zwischen den Völkern durch den persönlichen Kontakt der Menschen zu fördern und auf diese Weise zur Friedenssicherung in der Welt beizutragen. Es engagieren sich etwa 1000 aktive Ehrenamtliche in Deutschland, die von einem nationalen Büro mit hauptamtlichen Mitarbeitern in Hamburg unterstützt werden.

Den größten Bereich machen die Schüleraustausch-Programme aus. In diesem Jahr sind fast 500 Gastschüler aus der ganzen Welt nach Deutschland gekommen, ungefähr 800 Deutsche fahren für ein Jahr weg. Im Angebot für die deutschen Jugendlichen, die ein Jahr im Ausland verbringen möchten, sind Nord-, Mittel- und Südamerika, Asien, Ozeanien, Südafrika und viele europäische Länder.

Das zweite, immer wichtiger werdende Standbein des AFS sind die Community Service-Programme, mit welchen junge Leute über 18 einen freiwilligen Dienst im Ausland leisten können. Das kann zum Beispiel in einer Schule in Panama oder in einem Behindertenzentrum in Belgien geschehen.

Das Europa-Programm

Da die Teilnehmer im Europa-Schülerprogramm (ca. 120 Jugendliche pro Jahrgang) an einem Wochenende im GESW nicht unterzubringen wären und sich eine thematische Trennung der Kulturkreise anbietet, werden die Teilnehmer nach nord-, süd- (und in diesem Jahr erstmals als eigenständiges Seminarwochenende) mittel- bzw. osteuropäischen Ländern getrennt. Zu den angebotenen nordeuropäischen Ländern zählen Norwegen, Schweden, Finnland, Island, Grönland und die Färöer-Inseln sowie Großbritannien; die „Südeuropäer“ fahren nach Frankreich, in die französische Schweiz, nach Spanien, Portugal, Italien und in die Türkei. Die Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Lettland und Russland sind die Ziele der Osteuropa-Fahrer.

Das Programm ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen, denn in den osteuropäischen Ländern ist ein Ausbau der Austauschbeziehungen geplant. Es sollen mittelfristig sowohl die Teilnehmerzahlen erhöht werden wie neue Länder hinzukommen. Auch für die Einbeziehung des Balkans werden Pläne gemacht.

Die Vorbereitungsseminare

Innerhalb der Seminare, die die deutschen Austauschschüler vor ihrer Abreise bekommen, gibt es die so genannte „länderspezifische Vorbereitung“. Dort werden von Rückkehrern aus dem jeweiligen Gastland diejenigen Fragen beantwortet, die speziell mit dem Gastland zusammenhängen – also zum Beispiel zum Schulsystem, zum Umgang mit Ausländern, zu kulturellen und religiösen Gewohnheiten der Menschen, wie sie Weihnachten feiern und welchen Stellenwert das Familienleben hat. Alle Jugendlichen, die ins europäische Ausland fahren, bekommen diese Vorbereitung im GESW in Vlotho.

Außerdem darf es natürlich an der Auseinandersetzung mit europäischen Fragen nicht fehlen. So bekommen die Jugendlichen

eine Vorstellung über die Ausmaße Europas in geographischer, politischer und kultureller Hinsicht. Natürlich wird auch die Geschichte der europäischen Institutionen überblicksweise vermittelt. Dieser Teil des Seminars wird von den Referenten des GESW gestaltet.

Das Seminar „Der AFS und Europa“

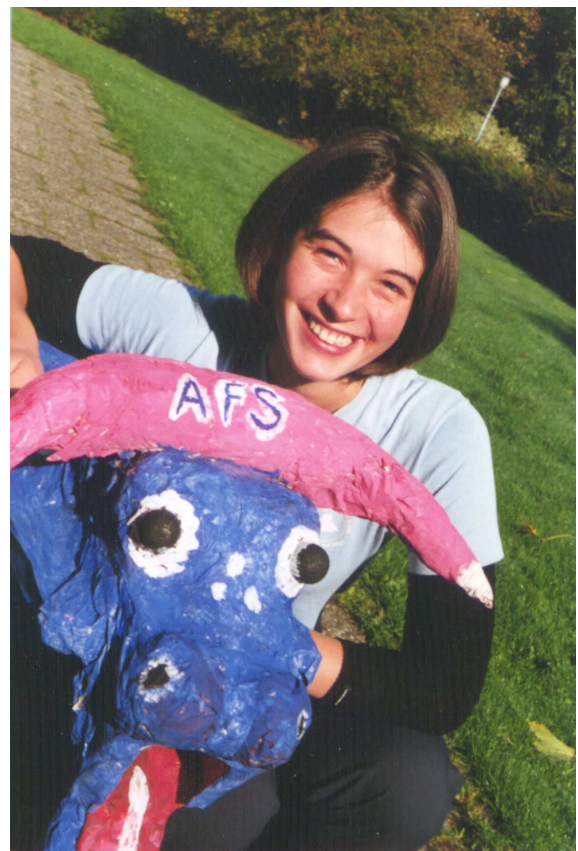
Nach der Rückkehr aus dem Ausland wird den Jugendlichen dieses Seminar angeboten. Da kein direkter Bezug zum Gastland dabei besteht, sondern ein übergreifendes europäisches Thema im Mittelpunkt steht, sind die Teilnehmerzahlen geringer als bei den Vorbereitungen. Es kommen von allen Rückkehrern etwa 20-30, und es handelt sich also um ein relativ überschaubares Seminar. Von den Teilnehmern kann man jetzt schon ein Gespür für die Dimensionen der europäischen Integration voraussetzen.

Im Mittelpunkt des Seminars steht in diesem – wie bereits im letzten – Jahr das Thema EU-Osterweiterung. Den Teilnehmern wird dies anhand eines Planspiels nahegebracht: Sie versetzen sich in die Position eines Beitrittskandidaten und beantragen bei der Kommission die Aufnahme in die EU. Außerdem werden Möglichkeiten aufgezeigt, Praktika und Ähnliches im europäischen Ausland zu machen. Die Mitarbeiter der PJ Europa informieren über die laufenden Projekte des AFS zu europäischen Themen – wie zum Beispiel den Programmaufbau in Polen – und stellen Kontakte her, wenn jemand sich dazu einbringen möchte.

Die „Midstay“-Seminare

Für die Gastschüler in Deutschland besteht in ihrem Austauschjahr das Angebot, an einem thematischen Seminar teilzunehmen und anschließend zwei Wochen in einer Familie in einer anderen Region in Deutschland zu verbringen. Für die Schüler, die im September anreisen, findet dieses sogenannte „Midstay“ im Februar/März statt, für die im Februar angekommenen Gastschüler im September.

Die PJ Europa organisiert in Zusammenarbeit mit dem GESW thematische Seminare für jeweils etwa 30-40 Schüler zum Thema Europa; die Unterbringung in den Familien wird von anderen Gruppen im AFS gewährleistet. Die ausländischen Jugendlichen, die zum großen Teil von anderen Kontinenten stammen, staunen häufig, wie vielfältig die europäische Kultur ist und welche Länder alle zu Europa gehören. Ein Puzzle der verschiedenen Sprachregionen zusammensetzen, ist schon eine Herausforderung. Doch welcher Europäer möchte von sich behaupten, dass er sich mit sämtlichen asiatischen Dialekten auskennt? Der



Vergleich der Grundstrukturen der EU mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbänden, in die die Heimatländer der Gastschüler einbezogen sind, ermöglicht eine Diskussion, die ganz neue, kritische Perspektiven eröffnet.

Die Begeisterung für das GESW

Die Resonanz auf die Seminare sind meist überwältigend positiv; viele Teilnehmer sagen, dass sie gerne noch einmal wieder kommen möchten. Und manche bleiben als Betreuer über Jahre dabei. Immer wieder gelobt wird neben der Fachkompetenz der Referenten deren gute Abstimmung des Programms auf den Wissensstand und die Interessen der Teilnehmer. Kreative Phasen, in denen ein Stier aus Pappmaché gebastelt wird oder eine spontane Flamenco-Stunde stattfindet, gehören natürlich auch dazu. Außerdem trägt die gute Stimmung und das Wiedersehen von Teilnehmern, die einander schon kennen oder gemeinsam ihr Austauschjahr im gleichen Land verbringen werden, ihren Teil zur Motivation bei. Auch diejenigen, die sich später vielleicht nicht direkt für die Seminare in Vlotho einsetzen oder sich in anderer Weise weiter mit der europäischen Thematik auseinandersetzen, tragen häufig ihren Teil dazu bei, indem sie in lokalen Gruppen des AFS auf Infoabenden über das Europaprogramm berichten oder einfach bekannten Jugendlichen die Idee nahebringen, ein Austauschjahr nicht „wie jeder“ in den USA zu verbringen, sondern Lettland oder die Türkei für sich zu entdecken.

Alltag in der PJ Europa

Die Mitarbeiter der PJ sind Schüler der Abschlussklassen, Zivildienstleistende und Studenten, die natürlich einen recht ausgefüllten Alltag mit Lernen für das Abi, Klausuren und Hausarbeiten, Medizin, Jura, Informatik oder

Skandinavistik haben. Die zweimal im Jahr stattfindenden Arbeitstreffen dienen zur Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeit. Die Seminare wollen vorbereitet, durchgeführt und abgerechnet sein. Und es gibt natürlich immer wieder anfallende Aufgaben wie die Aktualisierung der Arbeitsunterlagen – in diesem Jahr mussten alle Preise in Euro umgerechnet werden! –, die Erstellung eines Handbuchs zur Durchführung der Seminare oder die Überarbeitung der Adressenliste. Auch der Kontakt mit anderen Arbeitsgruppen im AFS ist wichtig, zum Beispiel um Termine nicht kollidieren zu lassen und gegenseitig über die inhaltliche Tätigkeit informiert zu sein.

Aktuelle Projekte

Das größte, aber auch unsicherste Projekt ist der Programmaufbau in Mittel- und Osteuropa. Unsicher ist zwar nicht, ob es vorangeht, aber das Wann und das Wie. Der Austausch mit der Tschechischen Republik wird ausgebaut, in Polen bestehen bisher Kontakte zu einem Verein in Krakau, die zu einem nationalen Programm ausgeweitet werden sollen. Die ersten polnischen Gast Schüler sind im September nach Deutschland gekommen, der erste Deutsche verbringt gerade sein Austauschjahr in Krakau.

Natürlich ist bei der Erschließung Polens als AFS-Land und der Einrichtung eines nationalen Büros professionelle Unterstützung aus dem Hamburger AFS-Büro nötig. Die

Ehrenamtlichen der PJ Europa arbeiten dem Büro zu, indem sie beispielsweise Schulungen oder Vorbereitungen in Polen und in Deutschland organisieren, Kontakte zu Ehrenamtlichen knüpfen, die



polnisch sprechen oder in anderer Weise einen Bezug zu dem Projekt haben, indem sie für das Programm werben und darüber informieren.

Eine ähnliche Zusammenarbeit könnte sich mit tschechischen Ehrenamtlichen oder langfristig mit anderen Ländern ergeben.

Zbigniew Wilkiewicz

Gemeinsame Tagung der Ost-West-Institute im Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho 2001

Zusammenfassung

Vom 22. – 25. November 2001 führten die Ost-West-Institute unter Leitung der Dres. Zbigniew Wilkiewicz (Gesamteuropäisches Studienwerk) József Wieszt (Heimvolkshochschule Hustedt) sowie Dieter von Schrötter (Studienhaus Wiesneck) im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho (GESW) eine gemeinsame internationale Tagung zum Thema „Europäischer Einigungsprozess versus Renationalisierung“ durch, an der sich ebenfalls die Kollegen Volker Hergenhan (Sozialakademie Friedewald) sowie Dr. Peter Becker (Fritjof Nansen-Haus in Ingelheim) beteiligten. Das Ziel der Tagung bestand darin, angesichts spürbarer Renationalisierungstendenzen in ganz Europa, die Situation in Deutschland und in mehreren ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zu beleuchten. Für die Tagung wurden deshalb Referenten aus Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gewonnen, außerdem Andrea Pingel von der Leipziger Arbeitsstelle des Deutschen Jugendinstituts, die über das Thema der Bildungsarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen referierte. Hier ging es um den Transfer von theoretischen und empirischen Befunden zu praxisorientierten Ansätzen in der politischen Bildung und Sozialarbeit. Aus diesem Grunde war aus Polen auch der Leiter der IJBS in Auschwitz, Leszek Szuster, eingeladen worden, da diese Einrichtung seit etlichen Jahren auch pädagogische Angebote für deutsche Skinheads macht. Bei den Einzelbeiträgen zu den Beitrittsländern wurde sowohl die Außen- als auch die Innenperspektive berücksichtigt, da die Dozenten des GESW, Dr. Michael Walter (im Falle von Tschechien), Dr. Gerhard

Schüsselbauer (hinsichtlich Bulgariens) und Dr. Zbigniew Wilkiewicz (bezüglich Polens) die Vorträge ihrer ausländischen Kollegen durch eigene Kurzreferate ergänzten. Nach der Begrüßung und Hinleitung durch den Seminarleiter wurde die Tagung mit den beiden Beiträgen der deutschen Kollegen Wieszt und Dr. Ulrich Eith (Studienhaus Wiesneck) eröffnet. Während Wieszt in seinem Vortrag der Frage nachging, was die „Neue Rechte“ von der alten Rechten und neofaschistischen Gruppierungen unterscheidet, und u. a. zum Ergebnis kam, dass der Rechtsextremismus als ein Phänomen der Mitte seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Vereinigung Deutschlands durch zahlreiche Äußerungen und Kampagnen prominenter deutscher Politiker enttabuisiert und gleichsam hoffähig gemacht wurde, charakterisierte Eith in seinem Beitrag anhand empirischer Befunde das Verhältnis von Jugendlichen zu Gewalt und Rechtsextremismus und gab auch einen Überblick über mögliche Präventionsmaßnahmen. Rafal Pankowski von der in Warschau aktiven NGO „Nigdy Wiecej“ („Never Again“) lieferte am folgenden Morgen einen historischen Überblick über die Entwicklung der extremen Rechten in Polen und beschrieb die aktuelle Situation hinsichtlich rechtsextremer und neofaschistischer Jugendorganisationen, die nicht selten über internationale Kontakte verfügen und sich paradoxerweise einem nationalsozialistisch inspirierten Hitler-Kult hingeben. Leszek Szuster referierte über Auschwitz als Lernort, berichtete über die Arbeit mit rechtsextremen Gruppen und charakterisierte sie als einen Versuch, präventiv tätig zu werden. Dabei

schilderte er unter anderem auch die von Werner Nickolai entwickelten Gedenkstättenseminare mit benachteiligten Jugendlichen, unter ihnen auch einige rechtsextreme Skinheads. Bei diesen Projekten geht es in erster Linie um die Vermittlung historischen Wissens sowie die Konfrontation mit der eigenen Biographie. Jan Pátek aus Prag gab einen Überblick über die Entwicklung der rechtsradikalen außerparlamentarischen sowie parlamentarischen Szene in Tschechien (Republikaner unter Miroslav Sladek), berichtete über das Verhältnis von Kriminalität und Extremismus sowie die Bewertung der Lage durch internationale Institutionen. Schließlich ging er auf die Roma-Minderheit ein, deren Situation sich aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und deutlicher sozialer Unterschichtung nur sehr allmählich

Andrea Pingel gehaltene Vortrag hatte einen praxisorientierten Charakter. Die Referentin fragte nach den Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, gab einen Überblick über die in Deutschland initiierten Projekte, charakterisierte die Zielgruppen, fragte nach den Bedingungen der Arbeit und nach ihren Erfolgsaussichten. Danach berichtete Frau Pingel über Beispiele aus der Bildungsarbeit mit rechten Jugendlichen und formulierte als Quintessenz einige zusammenfassende Thesen, in denen Voraussetzungen für die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen umrissen werden. Marius Turda von der Central European University in Budapest betonte in seinem Vortrag über Rumänien, dass die Transformation in diesem Land weder



verbessern kann. Dr. Éva Nagy vom Institut für Weltwirtschaft in Budapest beschrieb die Neubelebung des Nationalismus und Rechtsextremismus in Ungarn seit 1989/90, die sie in erster Linie auf das Bedürfnis der Neudefinition der eigenen nationalen Identität zurückführte.

Für die Akzeptanz und die Wählbarkeit einer so extrem rechten und antisemitischen Partei wie der MIÉP unter dem Populisten István Csurka machte sie die durch die Transformation der Gesellschaft hervorgerufenen sozialen Umbrüche, deren Ausdifferenzierung sowie eine unzureichende Herausbildung der zivilen Gesellschaft (zu schwacher Mittelstand) verantwortlich. Der am nächsten Morgen von

ökonomisch noch politisch allzu große Fortschritte gemacht habe. Insofern bildet ein im Verhältnis zur EU negativ definierter rumänischer Nationalismus für die rechten rumänischen Politiker und Intellektuellen (z.B. den Schriftsteller Vadim Tudor) weiterhin die eigentliche Basis. Dabei geht es in erster Linie um die Konkurrenz zwischen einem von den Nationalisten geforderten homogenen Nationalstaat, der seine nationalen Minderheiten kaum wahrnimmt, und dem Modell einer modernen, liberalen und offenen Gesellschaft, in der es für ethnisch bedingte und soziale Diskriminierung nur wenig Raum gibt. Da Dr. Maria Todorova vom Institut für Balkanistik in Sofia kurzfristig abgesagt hatte,

stellte Gerhard Schüsselbauer die Kurzfassung ihres Vortrags vor und ergänzte sie mit eigenen Informationen. Insgesamt wurde konstatiert, dass es keinen ausgeprägten Extremismus in Bulgarien gibt. Allerdings werden die Minderheiten der Türken, Bulgaren-Muslime und Roma weiterhin benachteiligt, und die Verarmung und Arbeitslosigkeit unter ihnen ist erheblich. Hieraus ergibt sich auch die evidente Ethnisierung von Kriminalität. Die junge Rechte in Bulgarien bleibt aber eine Randerscheinung und entspricht eher einem Modetrend. Da das Bevölkerungswachstum der Minderheitenpopulationen im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft der Bulgaren aber drastisch zunimmt, muss zukünftig mehr für die ökonomische, politische, soziale und kulturelle Integration dieser Gruppen getan werden. Die Seminauswertung ergab, dass außerparlamentarische rechtsextreme und neonazistische Tendenzen unter Jugendlichen im Rahmen unseres internationalen Vergleichs am stärksten in Deutschland auszumachen sind. Gleichzeitig wird in der Bundesrepublik auch am meisten gegen diese Entwicklungen getan. In den meisten Transformationsgesellschaften Ostmittel- und Südosteuropas konstatiert man zwar in den Parlamenten und im außerparlamentarischen Bereich ebenfalls

nationalistische und Minderheiten diskriminierende Entwicklungen, und man versucht durch eine entsprechende Gesetzgebung und Programme, die mit der EU abgestimmt sind, dem entgegenzuwirken. Etliche Initiativen – vor allem im Bereich der Jugendbildung – scheitern jedoch an den fehlenden materiellen und institutionellen Ressourcen. Diese bilden aber – und darin waren sich alle Tagungsteilnehmer einig – eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau funktionierender Zivilgesellschaften. Führt man sich vor Augen, mit welchen wirtschaftlichen und sozialen Problemen die Transformationsstaaten Ostmittel- und Südosteuropas zu kämpfen haben, so fällt deren rechtsextreme und neonazistische Mobilisierung im Vergleich mit der wohlhabenden Bundesrepublik nicht so gravierend aus, stellt aber dennoch einen ernst zu nehmenden Trend dar. Im Folgenden dokumentieren wir die drei Kurzfassungen der Vorträge der deutschen Kollegen. Die übrigen, hier nur erwähnten Desiderate der ausländischen Kollegen, werden wir im nächsten Heft der „aktuellen ostinformationen“ veröffentlichen.

Dr. József Wieszt

Rechtsextremismus in Deutschland: Randerscheinung oder politischer Trend? Die „Neue Rechte“ und ihr Kampf um die „Mitte“.

Unter dem Begriff „Neue Rechte“ werden verschiedene ideologische Ansätze und eine Reihe von Einzelpersonen subsumiert, die hier darzustellen zu weit führen würde. Positionen ihrer Vertreter aus verschiedenen Publikationen fasse ich im Folgenden verkürzt zusammen.

In ihrem Weltbild stimmt die „Neue Rechte“ weitgehend mit den übrigen Rechtsextremisten überein. Was sie trennt, sind ihre kurzfristigen Ziele und die Methoden, mit denen sie diese Ziele erreichen wollen.

Die „Neue Rechte“ vermeidet die direkte Propagierung von Nationalsozialismus oder Faschismus als politische Alternative zur Demokratie westlicher Prägung, wenngleich sie letztere unentwegt herabmindern und als den Deutschen nicht gemäße, uns von den Siegern des WK II aufgezwungene Ordnung hinstellen. Sie befürworten einen starken, autoritären Staat.

Ihre Vertreter verstehen sich nicht als politische Partei, sondern sind eine nur lose verbundene Gruppe. Sie vermeiden eine zu große Nähe zu den vorhandenen rechtsextremen Parteien,

geben aber ihre Sehnsucht nach einer starken rechtsextremen Partei gelegentlich deutlich zu erkennen. Sie vermeiden offenen Antisemitismus und kritisieren die „Auschwitz-Leugner“, statt dessen betreiben sie einen unverhohlenen Geschichtsrevisionismus mit dem Ziel, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren und die deutsche Vergangenheit zu bereinigen. Sie vermeiden offenen Rassismus, schüren aber unentwegt fremdenfeindliche Stimmungen und warnen vor kultureller Überfremdung Deutschlands und Europas.(1) Ihre Variante eines extremen völkischen Nationalismus umschreiben sie mit dem Begriff „Ethnopluralismus“. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass jeder Nationalstaat auf einem ethnisch reinen Volk basiert, das ihn als die ihm angemessene, natürliche politische Form hervorbringt. Sie lehnen daher jede „Vermischung“ mit Angehörigen anderer Völker ab. Ausdrücklich anerkennen sie deren Existenzrecht - aber in ihrer Heimat. Sie kritisieren die dumpfen rechtsextremistischen Schläger sowie das Niederbrennen von Synagogen und Ausländerunterkünften und verurteilen offene rechtsextreme Gewalt als kontraproduktiv für ihre Ziele. Sie streben keine kurzfristige Veränderung unserer Gesellschaft und politischen Ordnung an, sondern verfolgen eine langfristige Strategie mit dem Ziel der Umwertung der heute mehrheitlich akzeptierten Werte und Normen und der Erlangung einer kulturellen Hegemonie („Kulturrevolution von rechts“): Die „ideologische Mehrheit ist [ihnen] wichtiger als die parlamentarische“ (Caspar von Schrenk-Notzing). Sie verstehen sich als Stichworte-Geber für den kulturellen und politischen Diskurs und versuchen, ihn mit ihren Themen zu besetzen, diese damit diskursfähig zu machen und die öffentliche Meinung und die Politik nach rechts zu drängen. Sie nehmen dazu die in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteile und fremdenfeindlichen Stimmungen auf und erklären sich zu Sprechern des von „den Medien“ entmündigten Volkes. Dabei suchen sie bewusst die Nähe und die Nachbarschaft zu rechtskonservativen und nationalliberalen

Publizisten, Politikern und Wissenschaftlern, haben aber die gesellschaftliche und politische „Mitte“ zum Ziel. Mit einer verschleiern oder verharmlosenden Terminologie versuchen sie, rechtsextreme Themen und Ansichten in etablierte Medien einzubringen. Unverhohlen ist ihr Hass auf die Medien, die solche Bestrebungen nicht unterstützen. Es ist schwierig, den Wirkungsgrad der Bemühungen der „Neuen Rechten“ exakt zu messen. Auch fehlt es nicht an Warnungen vor ihrer Überschätzung.(2) Dennoch sollten wir uns hüten, diese Bestrebungen und die durch sie möglichen Gefährdungen für die Demokratie in diesem Lande zu unterschätzen. Denn ihre Hauptmethoden sind der Tabubruch und die Gewöhnung. Die „Mitte der Gesellschaft“ als Nährboden des Rechtsextremismus Bei der Frage, ob der Rechtsextremismus ein Trend bzw. ein Phänomen der „Mitte“ sei, geht es aber nicht nur um die direkte oder indirekte Einwirkung des öffentlich artikulierten Rechtsextremismus auf unsere Gesellschaft und die daraus resultierenden Folgen. Es geht mir hier in erster Linie auch nicht um die mittels Umfragen gemessenen rechtsextremen Einstellung in der deutschen Bevölkerung (ca. 13 % Sinus 1979/80, Emnid 1991), um das rechtsextreme Wählerpotential (zwischen 7 - 11 % 1989 und 1992) oder um die abgegebenen Stimmen für rechtsextreme Parteien bei Wahlen (im Durchschnitt 2 - 4 %, 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9 %).(3) Wichtiger scheint mir die Frage, welche Entstehungs- und Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft hat. und in welchem Zustand sie sich und unsere politische Ordnung befinden, dass es für viele junge Menschen attraktiv erscheint, sich zum Rechtsextremismus verführen zu lassen? Ich möchte mich hier auf zwei Fragen beschränken: A: Wie wirken sich das Reden und Handeln politischer Eliten auf das politische Klima unseres Landes aus? B: Was tragen unsere politischen und sozialen Institutionen durch ihre Praxis dazu bei, Ausländerfeindlichkeit zu fördern und jungen Menschen eine positive

Einstellung zu den Grundsätzen der Demokratie und zum demokratischen Engagement zu vermiesen?

Zu A: *Politische Eliten und politisches Klima*
 Als in den 1980er Jahren das „Heidelberger Manifest“ vor der „Überfremdung“ unserer Gesellschaft durch weitere Zuwanderung warnte, ging noch ein Aufschrei durch die Medien, und dieses Dokument der Fremdenfeindlichkeit wurde zu Recht in die rechtsextreme Ecke verbannt. Die Konstruktion eines biologisch, kulturell und historisch homogenen deutschen Volkes, das gegen „Überfremdung“ durch Ausländer geschützt werden müsse, galt damals noch nicht als konsensfähig. Seit dieser Zeit wurde in Deutschland die „Asyldebatte“ geführt und der „Asylkompromiss“ verabschiedet. Führende Politiker unseres Landes haben vor der „Durchrassung“ des deutschen Volkes gewarnt, eine „Debatte“ über eine „deutsche Leitkultur“ entfacht, mit der Kampagne „Kinder statt Inder“ einen Wahlkampf geführt und mit der Kampagne gegen den „Doppelpass“ eine Landtagswahl gewonnen. Vom verantwortlichen Bundesminister wurden die „Grenzen der Zuwanderung“ als „überschritten“ erklärt, und momentan erleben wir den Streit um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei. Die Forderung nach Begrenzung des Zuzugs von Immigranten ist über die Parteigrenzen hinweg populär (Ausnahme: Grüne, PDS), allenfalls über die Modalitäten wird noch gestritten. Vor einigen Jahren war die Forderung nach „Ausländerbegrenzung“ noch ein Privileg der NPD, DVU und der „Republikaner“. Sollen wir wirklich annehmen, solche Stimmungsmache gegen „Ausländer“ bleibe ohne Folgen, zumal wenn selbst der beschränkteste Wähler spürt, dass man mit solchen Forderungen auf seine Stimme bei der nächsten Wahl schießt? Der folgende Auszug aus der Rede des Bundestagsabgeordneten und damaligen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Geis, (CSU) anlässlich der Änderung des Art. 16 GG ist nur ein Beispiel für diese Stimmungsmache. „Kein Volk, kein Gemeinwesen kann eine solch ständig

wachsende Zahl von Menschen verschiedenster Herkunft so schnell integrieren, dass eine drohende Überfremdung vermieden werden könnte. Kein Volk kann aber eine drohende Überfremdung widerstandslos hinnehmen, will es sich nicht selbst aufgeben. Jedes Volk entwickelt seine eigenen Ordnungsformen, seinen Lebensstil, sein Zugehörigkeitsgefühl und seine Art, sich auszutauschen und miteinander umzugehen. (...) Wenn aber der Flüchtlingsstrom nicht mehr abreißt und Überfremdung droht, wird jedes Volk in seiner Identität bedroht. Wer glaubt, diese Grundwahrheit missachten zu können, missachtet ein Naturrecht der Menschen.“ (4) Die Rede dieses Abgeordneten kennzeichnet m.E. einen gelungenen Brückenschlag zwischen weit verbreiteten Vorurteilen in der Bevölkerung, dem Denken der „Neuen Rechten“ und rechtskonservativen Politikern. Solche Kampagnen und Äußerungen führender Politiker bleiben in der Bevölkerung nicht ohne Wirkung. Es ist daher nicht verwunderlich, dass nach einer neueren Studie zur Fremdenfeindlichkeit in Europa die Mehrheit der Deutschen von Folgendem überzeugt ist: „57 % der Befragten glauben (...), dass Angehörige von Minderheiten das soziale System ausnutzen. 61 % denken sogar, dass sich durch Ausländer die Arbeitslosigkeit erhöhe. 62 % der Deutschen meinen, Zuwanderer seien überdurchschnittlich an Straftaten beteiligt“. (5) Müssen wir nicht annehmen, dass sich Jugendliche auf der Suche nach Orientierung solche „einfachen Wahrheiten“ zu eigen machen und sich durch die Äußerungen von Herrn Geis und vieler anderer geradezu aufgefordert fühlen, ihr Volk zu schützen und die Störenfriede von außen zu vertreiben? Müssen sich diese „Helden für Deutschland“ nicht als Wohltäter an ihrem Volk vorkommen, wenn sie es in die Hand nehmen, „Ausländer“ zu verjagen und „ausländerfreie Zonen“ zu schaffen? Und kann es verwundern, wenn sie dabei auf das effektive Mittel der Gewalt zurückgreifen, um unter ihren Opfern Angst und Schrecken zu

verbreiten, ganz abgesehen davon, dass sie sich durch Gewaltanwendung die größte mediale Aufmerksamkeit sichern? Dass sie sich dabei der Duldung oder des stillschweigenden Wohlwollens vieler Menschen ihrer Gegend sicher sein können, ist leider ebenso eine Tatsache wie das geflissentliche Wegsehen so mancher „Ordnungshüter“. „Leider fehlt gerade in der Lokalpolitik immer wieder der Mut zum Handeln. Die Politiker dulden die Rechtsextremen, und die Bürger dulden diese Politiker. Dabei sollten aufgeklärte Bürger gegen Politiker einschreiten, die Rechtsextremismus tolerieren. Denn das Zurückschrecken vor eigenem Handeln, das nichts anderes ist als ein Mangel an Verantwortung, führt dazu, dass in bestimmten Regionen die Rechtsextremen die dumpfe Parole von „national befreiten Zonen“ verbreiten können.“ (6) Es ist die Art der politischen Diskussion und der Medienberichterstattung zum Thema Immigration und Integration, die Bedrohungsgefühle und fremdenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung fördert. Rufen Sie sich nur das monatelang ausgestrahlte Fernsehbild in den Abendnachrichten während der Auseinandersetzungen um das Asylrecht in Erinnerung und Sie haben eine Illustration dessen, was ich anspreche: Eingezwängt in rot-weiße Barrieren drängen „fremdländisch“ aussehende Menschen gegen die verschlossene Tür eines Amtes, um einen Asylantrag zu stellen (oder wollen sie etwa schon „ihre Sozialhilfe“ abholen?). Der Sachverständige Reinhard Kühnel trug bei der Anhörung im Deutschen Bundestag Ergebnisse einer Untersuchung über 13 europäische Länder vor, wonach „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (...) in den Ländern besonders stark (sind), die über Jahrzehnte hin an der These festhielten, das eigene Land sei kein Einwanderungsland. Die Ausländer seien also Fremde, die nicht dazugehörten. Es wurden also hohe Barrieren gegenüber der Einbürgerung errichtet, so dass die Eingewanderten dauerhaft nicht dazugehörten. Deshalb wurden Integrationskonzepte gar nicht (erst) entwickelt,

so dass diese „Ausländer“ auch in hohem Maße ausgegrenzt bleiben.“(7) Welche immanenten und expliziten Botschaften des Ethnozentrismus in den genannten Debatten und in der Wahrnehmung der Bevölkerung sich mischen, referierte Wolfgang Kreuzberger während einer Veranstaltung des „Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ am 22.10.2000: „Der Mythos einer kulturellen Überlegenheit Deutschlands und der Deutschen; der Glaube an die Existenz ethnisch begründeter, unveränderlicher Unterschiede zwischen den Menschen; und ein Nationalstolz, der die deutsche Wirtschaft und die darauf beruhenden Chancen sozialstaatlicher Sicherung als alleiniges, leistungsbezogenes Eigentum der Deutschen, verbunden mit dem Recht der Ausschließung aller „Fremden“ betrachtet“. (8) Das aber ist genau das, wovon Rechtsextremisten und „Neue Rechte“ uns überzeugen wollen.

Zu B: Soziale und politische Institutionen und Rechtsextremismus

„Ausländer“ machen in unserem Land täglich die Erfahrung, dass sie nicht die gleichen Rechte und Chancen haben wie die Deutschen. Auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, im Umgang mit Behörden, durch die Polizei, in Schulen und Diskotheken, in Betrieben, durch lokale Politiker, durch die Medien etc. erleben sie kränkende und entwürdigende Diskriminierungen. Das gilt insbesondere für Flüchtlinge und Asylsuchende. Man denke nur an die diskriminierenden Bezeichnungen „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Scheinasylanten“, an das „Flughafenasyl“ und an die Abschiebe-Praktiken unserer Ausländerbehörden. Diese Diskriminierungen ereignen sich täglich inmitten der Gesellschaft und bestärken damit ohnehin vorhandene Vorurteile über die „Minderwertigkeit“ von „Ausländern“. Stadtverwaltungen sind zunehmend dazu übergegangen, Innenstädte und Bahnhofsbereiche von dort nicht erwünschten Menschen „frei“ zu machen und aus „Gründen der Optik“ - besser, weil dort ansässige Geschäftsleute Umsatzeinbußen

befürchten - „gesellschaftshygienische Bereinigungen“ (9) vorzunehmen. Solche Maßnahmen bestärken rechtsextreme Jugendliche oder solche, die mit ihnen sympathisieren, darin, Obdachlose, Drogenabhängige, Sozialhilfeempfänger und Behinderte als „Sozialschmarotzer“ zu diffamieren, sie zu verprügeln und nicht selten tot zu schlagen. Es ist bestürzend, wenn vor diesem Hintergrund in einem Gespräch über Sozialhilfeempfänger vom Regierungschef das Wort von den „Faulenzern“ eingebracht wird, für die in unserer Gesellschaft kein Platz sei. Die Gewaltanwendung gegen „Ausländer“ und sozial Schwache, die „im wesentlichen aus Gruppen (männlicher) Jugendlicher heraus begangen wird, verweist auf dramatische Defizite in den sozialen Institutionen, die herkömmlich für den Erwerb moralischer, emotionaler, kognitiver und sozialer Kompetenzen zuständig sind“ (10) wie Elternhaus, Schule, Universität. Viele Eltern sind heute nicht mehr in der Lage oder willens, infolge von beruflicher Überlastung und persönlicher Überforderung ihren Kindern die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen, sie zu fördern, mit ihnen zu diskutieren und ihnen gesellschaftliche Wertvorstellungen und soziale Normen zu vermitteln. Kinder und Jugendliche bleiben zunehmend sich selbst überlassen oder verwahrlosen bei Anwesenheit der Eltern - vor dem Fernseher. Sie lernen (dort) aber eines: Das Leben ist hart, wer überleben will, muss kämpfen, wer sich durchsetzen will, muss stark sein und die Ellenbogen gebrauchen. Wer nicht hart ist gegen sich und andere, geht unter. Die Schwachen haben keine Chance. Gewalt ist ein legitimes Mittel zum Erfolg. In unseren Schulen erhalten die Kinder und Jugendlichen ähnliche Lehren. Der Leistungsdruck steigt ständig, die Auslese über die Noten führt zu Konkurrenzkampf und Entsolidarisierung unter den SchülerInnen. Gestresste Lehrerkollegien haben Mühe, das geforderte Fachpensum zu vermitteln, für Erziehung, Vermittlung und Einübung sozialer Kompetenzen und solidarischer Verhaltensweisen bleibt kaum noch Zeit und Raum. Ebenso wenig für

selbstbestimmtes Lernen, Gruppenarbeit, Experimentieren und Ausprobieren gesellschaftlichen und demokratischen Engagements.

Schülerinnen und Schüler wissen heute genau, wie sehr ihre zukünftigen beruflichen Chancen in unserer „Ellenbogengesellschaft“ von einem guten Abschluss abhängen. Entsprechend verhalten sie sich und schieben alles beiseite, was sie daran hindert oder dabei stört. Rücksichtnahme, gegenseitige Unterstützung, Hilfe für die Schwächeren, Menschlichkeit werden in unseren Schulen zunehmend zu Fremdwörtern. Wen wundert es da, dass auf den Schulhöfen Diskriminierung, rechtsextreme und andere Gewalt zunehmen? Was in den Schulen Praxis ist, setzt sich in den Universitäten und in der Hochschul- und Bildungspolitik fort. Noch stärker als an den Schulen stehen die Studenten unter dem wachsenden Druck eines im Wesentlichen von ökonomischen Zwecken bestimmten Leistungs- und Ausleseprinzips. Entsprechende Studiengänge und Leistungsanforderungen sorgen dafür, dass die Persönlichkeitsentwicklung und Bildung der Studentinnen und Studenten zugunsten des Erwerbs beruflich verwertbarer Qualifikationen zunehmend ebenso auf der Strecke bleiben wie ihre Bereitschaft zu Mitmenschlichkeit und sozialer Verantwortung. Die Sympathien für „antidemokratische Ideologien“ unter den StudentInnen steigen.(11) „Dabei verbinden sie in ihrem Weltbild zunehmend wirtschaftsliberales Denken mit Ausländerfeindlichkeit und der Forderung, den Zuzug von Ausländern zu begrenzen. Außerdem zeigt sich die neue soziale Kälte an den Hochschulen darin, dass Entwicklungshilfeszahlungen unter Studenten heute weniger Zustimmung finden als früher und Bafög-Empfänger als ‘Sozialschmarotzer’ gelten.“ (12) Das alles zeigt, dass unsere jungen Menschen sich heute nur noch sehr widerstrebend für die Gesellschaft engagieren und in den entsprechenden Organisationen und

Institutionen weniger vertreten sind als noch vor Jahren. Oft machen sie auch die Erfahrung, dass sie dort gar nicht erwünscht sind und den gewohnten Gang der Dinge nur stören. Es ist dieses Gefühl des Nicht-Gebraucht-Werdens, des Überflüssig-Seins, das einen Teil der Jugendlichen in die Abstinenz und schließlich ins Abseits treibt. Die allenthalben erfolgten Mittelkürzungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung zwingen auch diese Einrichtungen zur stärkeren Ökonomisierung ihrer Angebote. Der ohnehin schon vorhandene Trend, nur noch solche Bildungsveranstaltungen zu besuchen, von denen „man auch was hat“, verstärkt durch den staatlich auferlegten ökonomischen Druck, zwingt die Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, ihre Angebote in Zukunft mehr „am Markt“ zu orientieren. Dass dies letztlich nur zu Lasten der politischen Bildung gehen kann, leuchtet ein. Und damit schließt sich der Kreis. Regelmäßig beobachten wir, dass nach jedem neuen Aufflackern rechtsextremer Gewalt Politiker und Medien unisono nach der Schule und der Jugendbildung schreien und verwundert fragen, warum denn die „so etwas“ nicht verhindern können. Es werden dann notgedrungen die Mittel für Kampagnen und Projekte gegen den Rechtsextremismus ausgegeben, die man zuvor bei der Einstellung von LehrerInnen, beim Bau zeitgemäßer Schulen und bei der Jugend- und Erwachsenenbildung eingespart hat. Wenn sich die Situation dann wieder etwas beruhigt hat, so scheint es, fallen alle wieder in den alten Trott zurück.

Mit Blick auf die erfolgreichere „radikale Rechte“ in Österreich, Belgien, Norditalien, und Skandinavien und die neue soziale Kälte in unserer Gesellschaft verweist Wolfgang Kreutzberger auf Folgendes:

„Nicht so sehr die ewig Gestrigen, sondern die mit der Nase im Wind haben dort das Sagen: die fischen Aufsteiger, die ihr Erworbenes mit Zähnen und Klauen verteidigen und dabei die Abhängigen des Sozialstaates, die seine Segnungen national oder ethnisch exklusiv verwaltet wissen wollen, ins Schlepptau nehmen;

die Vertreter einer halbierten Moderne, denen jenseits des Technologisch-Materiellen und der damit verbundenen Spaßgesellschaft jede Vorstellung menschlicher Emanzipation ein Gräuel ist. Fast möchte man sagen: ein Glück, dass die politisch organisierte extreme Rechte in Deutschland überlebten, NS- oder Wilhelminismus-verhafteten ideologischen Leitbildern anhängt. Das sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kohorten bereitstehen, die eigenen Frustrationen und Ängste projektiv an den gesellschaftlich bezeichneten Opfergruppen ab(zu)reagieren, und daß die Mythen des Nationalen und der angeblich leistungsbezogenen gesellschaftlichen Rangordnung in nicht wenigen Zügen der offiziellen Politik präsent sind und Abstriche an den Ansprüchen von Demokratie und Menschlichkeit rechtfertigen. Weit mehr als unmittelbare materielle Not sind es verweigerter Anerkennung, vorenthaltene soziale Mitwirkung, Mängel demokratischer Beteiligung, die den Rechtsextremismus begünstigen“. (Hervorhebung von mir, J.W.) (13)

Fazit

Folgt man dieser Analyse, dann wird deutlich, dass der Rechtsextremismus seine Wurzeln in der „Mitte“ unserer Gesellschaft hat, dass er dort entsteht, sich entwickelt und regeneriert, durch leichtfertige oder gezielte Äußerungen der politischen Eliten „von oben“ gefördert und über einen Teil unserer Medien mit Energie versorgt wird. Die Prävention hätte demnach genau dort anzusetzen: Mehr Verantwortung für die Demokratie und Reform der Gesellschaft mit den Zielen: Erhaltung des Sozialstaates, Stärkung der Zivilgesellschaft, Stärkung der Bürgerbeteiligung, Erzeugung eines Klimas der Toleranz und Gelassenheit, stärkere Einbeziehung der Jugendlichen. Was not tut, ist eine Gesellschaft, die ihre Kinder zu Toleranz und Mitmenschlichkeit erzieht und ihren Jugendlichen die Gelegenheit bietet, politisch in sie hinein zu wachsen, sich zu beteiligen, das Geschehen mit zu gestalten. Nur

wenn unsere Gesellschaft offen ist für die Wünsche, Hoffnungen, Aktivitäten der Heranwachsenden, wenn sie verantwortungsvoll eingebunden werden in Entscheidungen und ihre Umsetzung, werden wir nicht mehr gezwungen sein, unseren Jugendlichen in Kampagnen hinterherzulaufen und sie in alle möglichen Projekte zu holen, die ihnen nicht selten nur künstliche Betätigungsfelder schaffen. Eine solchermaßen veränderte Gesellschaft würde dem Rechtsextremismus bald das Wasser abgraben. Denn in einer Gesellschaft mit überwiegend lebensfrohen, optimistischen, vorurteilslosen, gelassenen, humorvollen und für die Demokratie engagierten Menschen finden Extremisten jeglicher Provenienz kaum Gehör.

Anmerkungen

- 1) Vgl. z.B. Junge Freiheit (J.F) vom 2.10.1998, Bernd Rabehl, Heimo Schwilk.
- 2) Vgl. Uwe Backes, Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 9.11.2001.
- 3) Vgl. Schacht, Leif, Hansen, Hilflös gegen Rechtsextremismus, 1995, S. 26 f.
- 4) Frankfurter Rundschau vom 2.6.1993, Hat sich das Asylrecht als Fehlkonstruktion erwiesen?

Dr. Ulrich Eith

Jugend - Gewalt – Rechtsextremismus Zusammenfassende Thesen

(1) Gemeinsame Kennzeichen extremistischer politischer Philosophien sind die Ablehnung pluralistisch-demokratischer Systeme, eine ausgeprägte Wahrnehmung gesellschaftlich-politischer Realitäten in Stereotypen (Freund-Feind-Denken) und ein dogmatischer Alleinvertretungsanspruch. Rechtsextreme Philosophien negieren in erster Linie das fundamentale Prinzip der menschlichen Gleichheit, linksextreme Philosophien dehnen das Gleichheitsprinzip auf alle Lebensbereiche

5) Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), Wien, nach taz, 20.4.2001, Schlechtes Zeugnis für Europas Musterschüler.

6) Ulrich Wickert, Der Rassismus der feinen Leute, Die Woche, 12.10.2001.

7) Doktorarbeit der Phillips Universität Marburg, nach: Reinhard Teuber, Arbeitspapier für den Arbeitskreis „Gegen Rechtsextremismus/AvS“ vom 9.5.2001.

8) Manuskript „Rechtsextremismus und die „Mitte“ der Gesellschaft“. Wolfgang Kreuzberger ist stellvertretender Direktor des Instituts für politische Wissenschaften an der Universität Hannover.

9) Kreuzberger, a.a.O.

10) Kreuzberger, a.a.O.

11) Nach einer Untersuchung des Hochschulforschers Tino Bargel stieg die Zahl der „Anhänger, Sympathisanten und Dulder antidemokratischer Ideologien“ unter den Studenten zwischen 1995 und 1998 von 8% auf 11 % im Westen und von 13% auf 17 % im Osten, taz, 07.09.01.

12) a.a.O.

13) Kreuzberger, a.a.O.

aus und stellen es vor die Idee der individuellen Freiheit.

(2) Je nach Kontext werden unter "Rechtsextremismus" ganz unterschiedliche Phänomene verstanden: etwa Mitglieder rechtsextremer Parteien, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, rechtsextrem dominierte Jugendkultur ("national befreite Zonen") oder auch rechtsextreme Gewalt gegen Ausländer, Minderheiten und Fremde.

(3) Als gemeinsamer Kern kann ein mehr oder minder ausgeprägtes rechtsextremes Weltbild angesehen werden (Sinus-Institut, Heidelberg). Es stützt sich auf ein reaktionäres

Gesellschaftsbild und antipluralistische Politikvorstellungen mit den Leitwerten Volk, Vaterland und Familie. Für eigene Bedrohungsängste in der pluralistischen Leistungsgesellschaft werden störende Minderheiten als Sündenböcke haftbar gemacht. Seine Ausprägung stellt eine Reaktion auf Orientierungsprobleme in der Moderne dar ("normale Pathologie", Scheuch/Klingemann), einzelne Dimensionen dieser Einstellungen sind bis in die Mitte der Gesellschaft mehrheitsfähig.

(4) Jugendliche verfügen kaum über eine gefestigte rechtsextreme Ideologie. Entsprechende Orientierungen bestehen aus zwei zentralen Kernstücken (Heitmeyer):

- a) der Annahme einer natürlichen, unveränderbaren Ungleichwertigkeit von Menschen und Menschengruppen,
- b) der Akzeptanz von Gewalt als persönlicher Handlungsform zur Lösung von Konflikten.

(5) Deskriptive Merkmale rechtsextremer Gewalt in Deutschland:

- a) Die höchste Anzahl von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewalttaten je 100.000 Einwohner sind in den fünf ostdeutschen Bundesländer zu verzeichnen, die zugleich den geringsten Ausländeranteil aller Länder aufweisen.
- b) Nachahmertaten häufen sich nach Gewalttaten mit überregionaler medialer Aufmerksamkeit.
- c) Rechtsextrem motivierte Gewalttaten üben vor allem männliche Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren aus, die meisten Taten sind gelegentlichsmotiviert und erfolgen auch unter Alkohol, teilweise entstehen gewalttätige Auseinandersetzungen aus der Rivalität von

Jugendbanden oder auch aus Rangordnungsproblemen.

d) Rechtsextreme Gewalt ist nur zum Teil politisch motiviert, es besteht ein hoher Zusammenhang zur allgemeinen Kriminalität. Tätertypologien unterscheiden zwischen Schlägertypen, Mitläufern, Ausländerfeinden und Rechtsextremisten.

(6) Gewalt ist eine Reaktionsform vorwiegend männlicher Jugendlicher auf Ohnmachtserfahrungen und Handlungsunsicherheiten. Gewalt verhilft zu Solidarität, Orientierung und Aufmerksamkeit - wenn auch nur für einen kurzen Moment. Hinzu kommt, dass sich viele Jugendliche als Exekutoren einer vermeintlichen oder tatsächlichen Mehrheitsmeinung fühlen.

(7) Präventionsmaßnahmen müssen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen (Auswahl):

- a) verstärkter Verfolgungsdruck und zeitnahe Ahndung von Straftaten (beschleunigtes Verfahren im Strafprozess),
- b) verstärkte Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei und Schulen (Bsp. Baden-Württemberg),
- c) Gewaltprävention zur Eröffnung von Verhaltens- und Handlungsalternativen, Affektkontrolle,
- d) verstärkte Sozialarbeit, Eröffnung von Bildungs- und Berufsperspektiven,
- e) verstärkte politische Bildung mit den Zielen: binäre Wahrnehmungs- und Beurteilungsmuster aufbrechen, Einübung von pluralistischer Mehrdeutigkeit und Toleranz, Umgang mit ambivalenten Situationen, Medienkompetenz,
- f) Reduzierung von Ausländerfeindlichkeit und stereotypen Sündenbock-Theorien in der öffentlichen Diskussion, gerade auch seitens der Medien und der Politik.

Bildungsarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen

Was kann und will politische Bildung bewirken?

Einige generelle Bemerkungen zu dem Ruf nach politischer Bildung am Anfang. Dieser Ruf ist im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Aufklärung über den Nationalsozialismus nicht neu. Die politische, - und in Bezug auf Jugendliche allgemeiner gesprochen - die außerschulische Bildung sieht sich dann immer auch folgenden Vorwürfen ausgesetzt: Sie leiste nicht genug historische und staatsbürgerliche Bildung und sie mache es außerdem nicht richtig. Jugendliche wissen nicht genug über Politik und Geschichte - hier hätte die politische Bildung versagt.

Die außerschulische Bildung, so wie sie von Verbänden, Organisationen, Jugendhäusern, Bildungs- und Gedenkstätten etc. angeboten und vertreten wird, sieht das natürlich anders: Rechtsextremismus sei ein politisches Problem - kein Bildungsdefizit. Bildungsarbeit verweist stattdessen auf einen subjektorientierten, ganzheitlichen Ansatz des Lernens, der nicht in erster Linie auf Wissensvermittlung setzt, sie betont die Freiwilligkeit des Angebots und die Möglichkeit, ohne Leistungsdruck neue Erfahrungen zu machen; auch wird auf die Tatsache verwiesen, dass sie sich schon seit vielen Jahren in diesem Themenkreis engagiert und außerdem eine ganze Anzahl von interessierten, jungen Menschen erreicht, die dann um so engagierter gegen Rechtsextremismus und Vergessen aktiv werden. Im Rahmen des aktuellen Aktionsprogramms der Bundesregierung wurden und werden z.B. wieder eine unglaubliche Vielfalt von Veranstaltungen und kreativen Ideen umgesetzt: alle mit einer klaren Ausrichtung gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Nur in einem Punkt sind sich Kritiker und "Bildungsarbeiter" einig: Rechtsorientierte oder gar -extreme Jugendliche sind es nicht, die hier erreicht werden. Nur in den allerseltensten Fällen hat ein Bildungsangebot der "klassischen" Träger der Bildungsarbeit die Ausrichtung und den

Anspruch "rechte Jugendliche" zu erreichen, oft sieht man das auch als Widerspruch zu der bewusst antifaschistischen Haltung und Tradition, der man sich verpflichtet fühlt. Bildungsarbeit hat zumeist den Anspruch eben gerade die anderen (in einigen Regionen sind ja die rechten Jugendlichen eher der mainstream), die nicht-rechten Jugendlichen zu erreichen, sie zu unterstützen und für ein mögliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu stärken. Die Frage ist aber, wird hier nicht eine Chance vertan?

Und gibt es dann überhaupt Bildungsarbeit mit "rechtsextremen Jugendlichen" und wenn ja in welcher Form?

Wer arbeitet überhaupt mit rechtsorientierten/-extremen Jugendlichen und was für Jugendliche sind das? Welche Angebote erreichen sie?

Seit Beginn des Jahres haben wir uns schwerpunktmäßig mit Ansätzen und Projekten beschäftigt, die sich pädagogisch mit rechtsorientierten bzw. rechtsextrem eingestellten Jugendlichen auseinandersetzen. Durch Projektbesuche, bei denen wir ausführliche Gespräche mit den vor Ort tätigen Pädagoginnen und Pädagogen führten, haben wir - nach der Überwindung einiger Schwierigkeiten - bisher mehr als 30 Projekte kennen gelernt. Diese Projekte arbeiten in acht ost- und westdeutschen Bundesländern mit unterschiedlichen Ansätzen und auch mit unterschiedlichen Zielgruppen. Eine erste Auswertung des vorliegenden Materials macht deutlich, dass es gelungen ist, ein breites Spektrum unterschiedlicher Projekte und Angebote zu erfassen, aber: Bildungsarbeit spielt ebenso wie Erlebnispädagogik eine wichtige Rolle, kommt allerdings vor allem als methodischer Bestandteil in den anderen Ansätzen vor. "Klassisch" ausgeschriebene freiwillige Seminare oder Veranstaltungen der außerschulischen/politischen Bildung richten sich normalerweise nicht an diese Zielgruppe und können sie auch nicht erreichen. Es gibt

allerdings Beispiele von außerschulischen Bildungsangeboten, die - ehrenamtlich oder hauptberuflich - in Kooperation mit unterschiedlichen Einrichtungen/Trägern durchgeführt werden:

- Seminare und Kurse, die gemeinsam mit Schulen durchgeführt werden.
- Workshops, Aktionen und Fahrten, die im Rahmen von offener Jugendarbeit oder aufsuchender Jugendarbeit durchgeführt werden.
- oder auch von der Jugendgerichtshilfe

Mit welchen Jugendlichen wird gearbeitet?

Ähnlich unterschiedlich wie die Zugänge, die hier genannt wurden, sind auch die Jugendlichen: Das Spektrum reicht von verurteilten Straftätern bis hin zu "normalen Jugendlichen mit rechter Meinung". Ein ganzer Teil der Projekte arbeitet mit rechten Skins. Mehrheitlich sind es junge Männer/Jungen, vor allem in gewaltbereiten Cliques. Es gibt in den meisten Projekten allerdings auch "rechte" Mädchen und hier dann auch oft Beispiele für Mädchenarbeit. Es gibt sowohl die Arbeit mit den eher unauffälligen rechtsorientierten Jugendlichen, die nicht offen gewaltbereit, aber ideologisch eher verfestigt auftreten, sowie anderen, die sich über Musik und "Style" rechts orientieren, wie die "Gabbas". Es sind unter ihnen häufig Jugendliche mit großem individuellen Hilfebedarf (Obdachlosigkeit, Alkoholismus, Delinquenz) und eingeschränkten Fähigkeiten, aber auch solche, die keine "soziale" Bedürftigkeit aufweisen oder auch eher intellektuell auftreten. Einige Jugendliche suchen "noch" Ansprechpartner, andere erwarten Hilfe und Unterstützung, sind aber nicht bereit, in Beziehung zu treten, sondern wollen Dienstleistungen abrufen.

Deutlich ist allerdings, dass es Jugendliche gibt, die so stark in die rechte Szene eingebunden sind, dass sie nicht mehr in den Blick von Jugendarbeit geraten. Teilweise wird es ihnen auch verboten, Kontakt zur Jugendarbeit oder zu Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aufzunehmen. Oder sie weisen keinerlei

"Bedürftigkeit" auf - weder suchen sie Hilfe oder Beziehungen noch Freizeitmöglichkeiten, weil sie schon alles haben!

Unter welchen Bedingungen?

Die Situationsbeschreibung aus Sicht der Projekte

In den Interviews wird deutlich, dass die Bedingungen und auch die Formen der Arbeit regional sehr stark differieren. (Dabei ist West/Ost nicht die einzige "Unterscheidung".) Innerhalb der neuen Länder z.B. ergibt sich ein uneinheitliches Bild - auch hier ist der Unterschied zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb von Regionen und Ländern sehr groß. In den größeren Städten ist die offene Dominanz der rechten Szene im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren stark zurückgegangen (was auch mit einem verstärkten Auftreten und Eingreifen der Polizei zu tun hat), so dass sich aus Sicht der Jugendeinrichtungen die Jugendszene inzwischen wesentlich bunter und vielfältiger gestaltet. Während im ländlichen Raum rechte jugendkulturelle Dominanz oder die zwangsläufige Aufteilung in rechts oder links teilweise verstärkt anzutreffen sind. Dabei sind es längst nicht immer rechte Skingruppen, sondern auch zunehmend unauffällige, "ordentliche" Jugendliche. Der jeweilige Organisations- und Verbreitungsgrad unter den Jugendlichen hängt stark mit den rechtsextremen Strategien und lokalen Schwerpunkten zusammen.

Rechte Organisationen - vor allem die NPD - treten mit eigenen Freizeit- und Jugendangeboten häufig in direkter Konkurrenz zur Jugendarbeit auf - mit Veranstaltungen und Fahrten, aber auch als direkte Bezugsperson und Ansprechpartner bis hin zum "Streetworker". Jugendliche, die dort eingebunden sind, tauchen praktisch in der Jugendarbeit/-hilfe kaum noch auf, leben in einer "eigenen Welt" und treffen sich verstärkt in privaten Räumen.

In der Schule wird das Thema (Rechtsextremismus unter Schülerinnen und Schülern) - so zumindest aus Sicht der

Jugendarbeit in den neuen Ländern - häufig überhaupt nicht aufgegriffen, viele Lehrerinnen



und Lehrer sehen sich nicht zuständig, sich mit den Einstellungen ihrer Schülerinnen und Schüler auseinander zusetzen, oder Schülerinnen und Schüler reden dort nicht offen über ihre Einstellungen.

Wenn Jugendarbeit/Bildungsarbeit Angebote "von außen" an Schulen macht, sehen sie sich oftmals allerdings sehr deutlich mit einer überwiegend rechts eingestellten Schülerschaft konfrontiert. Lehrerinnen und Lehrer werden oft als eher hemmend für die Bildungsarbeit beschrieben. Es gibt aber auch positive Beispiele von engagierten Lehrerinnen und Lehrern - doch erschwert der strukturelle Rahmen der Schule oft persönliche Zugangswege, andere Methoden, etc. Mit moralischen Appellen oder Verboten werden die Jugendlichen in der Regel sicher nicht "verändert".

Mögliche Bedingungen für "erfolgreiche" Arbeit

Zu den Bedingungen für eine "erfolgreiche" pädagogische Arbeit, die sich aus unserer Recherche ableiten lassen, lässt sich bislang (die Auswertungen sind noch nicht abgeschlossen) ganz kurz Folgendes sagen: (*in Auszügen*)

1. Rechtsorientierte und rechtsextrem eingestellte Jugendliche brauchen neue Erfahrungen. Die u.a. im Rahmen

erlebnispädagogischer Angebote angelegten Möglichkeiten, sich selbst und andere in neuen

und bisher ungewohnten Zusammenhängen zu erfahren - und dies oft schon in ganz kleinen unspektakulären Schritten wie z.B. dem Besuch eines unbekanntes Stadtteils oder durch Angebote, sich künstlerisch auszudrücken - können sich produktiv auf die Entwicklung von Selbstbewusstsein und Toleranz auswirken.

2. Jugendliche brauchen Kontinuität und Beziehungen.

Rechtsorientierte Jugendliche, denen es in der Regel an verlässlichen sozialen Beziehungen mangelt, sind auf tragfähige Beziehungen, in denen auch Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozesse stattfinden können, besonders angewiesen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in der Lage sein, sich auf oft jahrelange, sehr voraussetzungsvolle Prozesse mit diesen Jugendlichen einzulassen. Allerdings können auch (weitere) Beziehungen manchmal sehr kurzfristig entstehen - und auch einzelne Angebote Veränderungen auslösen. Und diese Bedingungen sollte Bildungsarbeit berücksichtigen, wenn sie "Erfolg" haben will. Oder: Bildungsarbeit mit rechten Jugendlichen ist immer auch "Beziehungsarbeit"

Beispiele aus der Praxis "Bildungsarbeit mit "rechten" Jugendlichen

- Peter Steeger: Jugendclub Lichtenberg
- Weitere Beispiele aus der offenen Jugendarbeit (Leipzig)
- Jugendgerichtshilfe und Gedenkstättenarbeit
- Auschwitzfahrten (Werner Nickolai)
- Projekt mit "rechten" Hauptschülern
- RAA Leipzig/Schulprojekt
- Oder ganz anders: Bergwachtarbeit

Zusammenfassende Thesen

- Bildung wird im Rahmen von Beziehungen möglich, u.U. auch, wenn es sich um kurzfristige Prozesse handelt. Arbeit im Team macht unterschiedliche Beziehungsangebote leichter.
- Die Kunst besteht darin, einen Zugang zu den Jugendlichen zu finden, der es möglich macht, zu einem echten Austausch zu kommen. Soziales Lernen und Empathie zu fördern steht auch bei "diesen" Jugendlichen im Vordergrund. Tatsächlich geht es immer auch um soziales Lernen in der Gruppe, um neue Erfahrungen und Ansätze für eine Identität, die nicht auf rechtes Outfit oder eine Gesinnung angewiesen ist.
- Es gibt nicht das eine Thema und die eine Methode. Gerade der Nationalsozialismus, Geschichte etc. kann als Thema und Ausgangspunkt geeignet sein, weil es sie interessiert; für einige rechte Jugendliche ist es aber auch weniger Thema, sie sind vor allem fremdenfeindlich motiviert (ohne explizit historischen Bezug); es kann aber auch sein, dass Musik, andere "Hobbys", Jugendkultur etc. eher einen Zugang bieten.
- "Volllabern"/Argumentieren allein reicht nicht (gerade bei "rechten" Jugendlichen schwierig), aber kreative Methoden (Malen/Tanzen etc.) sind durchaus manchmal möglich. Besonders

Ewa Musialowska Europejski telefon

"Jestem na seminarium 2-gi raz. Atmosfera jest bardzo fajna tzn. sa fajni ludzie, z którymi można porozmawiac, wykładowcy mówią bardzo mądrze i zrozumiale. Sam osrodek jest bardzo piękny. Jak będzie okazja to przyjadę jeszcze raz." Kacper Kujawski

Nieprzypadkowo chce rozpocząć moje sprawozdanie słowami jednego z uczestników seminarium. Zdają się one bowiem potwierdzać tezę, że edukacja nieformalna ma swoje głębokie uzasadnienie. Teraz, patrząc z perspektywy czasu, wydaje mi się, że spotkania polsko-niemieckie organizowane w Ogólnoeuropejskim

efolgreich scheint die Kombination mit erlebnispädagogischen Elementen zu sein: es geht immer auch um neue Erfahrungen, die auch niedrigschwellig ansetzen können.

- Bildungsarbeit mit "Rechten" braucht einen festen Rahmen, Regeln und klare Absprachen (insbesondere für Gedenkstättenarbeit)
- Manchmal geht es trotzdem schief. Scheitern ist möglich. Klare, überprüfbare Ziele zu benennen und anschließend die eigene Arbeit auszuwerten, hilft daraus zu lernen.
- Bildungsarbeit kann Teil und Anstoß eines Veränderungsprozesses sein - zu einem Ausstieg gehört meistens noch mehr.

Offene Fragen

Es geht eben nicht allein um Fakten, die überzeugen, sondern darum, herauszufinden, warum ein Jugendlicher so redet/was ist sein Thema/Problem? - Und hier ist die Frage: Kann und will ich mich darauf wirklich einlassen? Wo sind (meine) Grenzen? Aber auch Potenziale? Wie kommt es, dass es gar nicht die "Bildungsprofis" sind, die sich vor allem um diese Jugendliche bemühen? Wie könnte eine mehr aufsuchende und kooperative Bildungsarbeit aussehen?

Osrodku Studyjnym spełniają istotną rolę w kształtowaniu europejskiej świadomości młodych ludzi. Spędziłam 5 tygodni we Vlotho, gdzie miałam okazję pośredniczyć językowo podczas seminariów jak również współprowadzić część zajęć z młodzieżą. Teraz chce podzielić się moimi spostrzeżeniami.

Celem polsko-niemieckich spotkań jest próba odpowiedzi na pytanie - jakie relacje łączy dzisiaj Polaków i Niemców? Naturalnie próba ta pociąga za sobą automatycznie konieczność odniesienia się do tego, co było wcześniej, bo buduje się w końcu na tym, co stworzyły poprzednie pokolenia. I jeśli w tym kontekście

obrac sobie za przyczynę do rozważan relacje polsko - niemieckie na przełomie dwudziestego wieku to widac wyraźnie , ze gmach obustronnego porozumienia wznoszony jest w duzej mierze dopiero od dekady. To bowiem traktat o dobrym sasiedztwie i przyjaznej współpracy wytyczył de facto kierunek na przyszłosc i - jak mawiał pierwszy minister spraw zagranicznych suwerennej Polski, profesor Krzysztof Skubiszewski - stworzył podstawy dla polsko-niemieckiej wspólnoty interesów (Interessengemeinschaft) w jednoczącej się Europie.

W pewnym sensie spotkania mlodych Polaków i Niemców sa przeniesieniem na mikroskale relacji polsko-niemieckich. Czego wiec dowodzi dokładne przyjrzenie się tej strukturze? Interesująca wydaje się być przede wszystkim próba sprecyzowania następujących kwestii:

Na ile zarówno Polacy jak i Niemcy znają się nawzajem i jaka jest przede wszystkim "jakosc" tej współpracy ?

W jakich kategoriach o sobie myślimy, czego się boimy, jakis tematów unikamy, a jednocześnie: co nas łączy i jakie sa nasze oczekiwania ?

Na ile sprawdza się metoda "interkulturowego" nauczania, w jakim stopniu nauka o sąsiadach jest pogłębiana w szkołach ? Jak można zbudować lepsze podstawy do rozpowszechniania tematyki europejskiej, doprowadzić do intensywniejszej współpracy ?

Jakie cele sobie stawiamy ? "Europie" wypominano przecież nieraz, iż nie jest w stanie mówić jednym głosem, że nie posiada - jak mawiał prof. Bartoszewski - owego przysłowiowego "europejskiego telefonu". Czy coś się teraz w tej mierze zmieniło ?

Pazdziernikowe seminarium polsko-niemieckie "Aus der Vergangenheit lernen, die Zukunft gestalten" (7.10 - 13.10.2001) okazało się być owocną próbą odpowiedzi na wyżej postawione pytania. Całosc zajęć została dokładnie zaplanowana, a struktura programu odzwierciedlała ogromną dbalosc o jakosc przekazu. Ten niezmierny pietyzm wykładowców niewatpliwie ułatwił wszystkim prace, a mnie, jako tłumaczowi, pozwolił na

lepsze przygotowanie materiałów seminarijnych.

PONIEDZIALEK

"Icebreaking activities"

Juz na samym początku zależało nam na tym, żeby przełamać bariery i temu właśnie miały służyć tzw. "Icebreaking activities". Nie da się ukryć, że pierwsze kontakty były dość trudne - Niemcy trzymali się razem, Polacy siedzieli osobno. Potem było już dużo lepiej.

Jednocześnie chce z całą mocą podkreślić ogromną rolę, jaką w spotkaniach odgrywa pośrednictwo językowe. Nieznajomosc języków obcych jest jednym z najistotniejszych elementów utrudniających dialog. W pewnej mierze odzwierciedla ono również asymetrię między krajami uważanymi tradycyjnie za dominujące, mające silne zaplecze gospodarcze, a tymi, których potencjał polityczny i ekonomiczny jest dużo skromniejszy. Niejednokrotnie jest tak, że ciężko jest się porozumieć. Dlatego też istotnym ogniwem w procesie komunikacji - w gruncie rzeczy międzynarodowej - są tłumaczenia konsekwentne. Nie do przecenienia jest jednak również wartość wspólnych spotkań, gier, zajęć sportowych i wszelkiego typu wycieczek. Im więcej tych dodatkowych łączników, tym większe prawdopodobienstwo, że mlodzi Polacy i Niemcy znajdą nic porozumienia.

Plakaty: 1. konflikty

2. społeczeństwo

3. natura

4. mlodzież

Niezmiernie istotne wydaje się być przy tym przeplatanie różnego typu form nauki. Ta różnorodność ma swe wymierne przełożenie na efekty pracy. Tak było w przypadku poniedziałkowego przygotowywania plakatów. Podkreślić należy, że w przypadku spotkań obejmujących uczestników z dwóch różnych

krajów zasadne staje się przygotowywanie gazetek ściennych: w ten sposób uniknąć można nieporozumień wynikających z barier językowych. Nie mniej jednak nawet tego typu zajęcia są zawsze przeprowadzane z udziałem tłumaczy. Najważniejsze jest wszakże to, aby młodzi ludzie sami starali się wyrazić to, co czują i myślą. Te najprostsze słowa są bowiem najszersze. Przygotowywanie plakatów stanowi jakby fazę poznawczą, czas kiedy młodzi Polacy i Niemcy wspólnie zastanawiają się na tym, jakie są ich oczekiwania i po co przyjechali do Vlotho. Stopniowo zanika podział na "My" i "Oni".

Wykład: Historia stosunków polsko-niemieckich (dr. Zbigniew Wilkiewicz)

Celem popołudniowego wykładu była próba odpowiedzi na pytanie o relacje łączące dzisiaj Niemców i Polaków. Jednym z najważniejszych wniosków było stwierdzenie, że obecnych stosunków polsko-niemieckich nie można rozpatrywać w oderwaniu od kontekstu europejskiego. Perspektywa narodowa jest naturalnie zasadna, ale niezbędne są też dodatkowe punkty odniesienia, bo to one rzucają nowe światło na zagadnienia, które zwykle się uważają za oczywiste i bezsporne. Jednocześnie nie wolno zapominać, że oprócz granic politycznych, istnieją również granice wyznaczone przez nasze osobiste doświadczenia. I niejednokrotnie jest tak, że dwustronne kontakty pełne są stereotypowych wyobrażeń, które z rzeczywistością mają raczej niewiele wspólnego. Ta ostatnia refleksja nabrała szczególnego kolorytu kiedy uczestnicy mogli obejrzeć całą serię karykatur obrazujących relacje między Polakami i Niemcami. Szczery śmiech towarzyszył nam już do końca wykładu.

WTOREK

Wykład: Wspólna Europa (dr. Gerhard Schüsselbauer)

Nie wolno zapominać, że polska droga do Brukseli wiedzie przez Niemcy. Dosłownie i w przenośni. Ale równocześnie zauważalne są liczne asymetrie utrudniające dialog obu stron. Co więcej, wiele problemów ma formę latentną. Wykład miał dać odpowiedź na następujące pytania: na ile młodzież interesuje się Unią Europejską? Jak zmieni się codzienność w konsekwencji integracji, czy integracja będzie miała wpływ na nasze życie prywatne? Sprawa UE jak zwykle wzbudziła wiele emocji. Ogromne zainteresowanie wywołała reforma monetarna i problematyka aktualnej unijnej reformy: wprowadzenia wspólnej waluty - euro. Zdecydowana większość aktywnie uczestniczyła w zajęciach chcąc dowiedzieć się czegoś więcej o planowanych zmianach. Generalnie należy zauważyć, że przeważały głosy akcentujące korzyści stwarzane przez Unię Europejską. Kilkakrotnie wypłynęła też kwestia zacieśniania obustronnej współpracy polsko-niemieckiej. Dominowało przekonanie, że wraz z poszerzeniem się europejskiej rodziny będzie nam lepiej. To bardzo ważny sygnał wysyłany przez młode pokolenie. Pokolenie nie obciążone już balastem zimnowojennym, pokolenie wolne od zmory *homo sovieticus*, o którym pisał niegdyś Aleksander Zinowiew, a potem ks. prof. Józef Tischner.

Podczas zajęć została przeprowadzona również ankieta, w której uczestnicy mieli okazję mówić o swoich obawach i nadziejach związanych z postępującym procesem integracji.

SZANSE

Kommunikation

Lepsze kontakty z innymi państwami

Różnorodność

Znalezienie sobie lepszej pracy

Brak granic

Lepsza przyszłość

Dalsze kształcenie w innych krajach

Vielfalt

Praca

Arbeit
 Unkompliziertes Reisen
 Unkomplizierte Reisemöglichkeiten
 Lepsze perspektywy na przyszłość
 Nowe miejsca pracy
 Nowa waluta
 Lepsza gospodarka
 Zbliżenie wielu narodów

PROBLEMY

Duzo zmian
 Długi okres przemian, reformy
 Zanik kultury polskiej
 Przedłużanie się negocjacji nad wejściem Polski do UE
 Kradzieże
 Geldwäsche, Kriminalität
 Przemyt narkotyków i innych
 Probleme in der Wirtschaft
 Arme Länder + Reiche Länder = Nachteile
 Arbeitslosigkeit
 Auseinandersetzungen
 Identität ?
 Tożsamość ?

Quiz o Europie - Konkurencje:

- I. Flagi europejskie
- II. Waluty w Europie
- III. Oznakowania samochodów
- IV. Znane Europejki i słynni Europejczycy
- V. Europejscy artyści
- VI. Cytat
- VII. Muzyka
- VIII. Puzzle

Quiz o Europie został niemalże jednogłośnie uznany za najciekawszą część seminarium. Było ku temu naturalnie kilka powodów. Przede wszystkim zapoczątkowała idea pracy w mieszanych grupach polsko-niemieckich tzn. Polacy i Niemcy mieli okazję ze sobą współpracować i to się udało. Po drugie, grupy wykazały się niebywałą pomysłowością i kreatywnością podczas poszczególnych etapów konkursowych. Po trzecie, ta zabawa miała

istotny walor edukacyjny, a dość interesująca forma podawcza z pewnością utrwaliła uzyskaną wiedzę.

Podczas quizu miałam okazję porozmawiać z uczestnikami, pytając ich o pierwsze wrażenia. Oto co mi powiedzieli:

"Die Zimmer sind genau das was wir haben wollten.

Das Essen ist ausreichend und schmeckt sehr gut.

Die polnischen Schüler sind total nett.

Es ist alles so wie wir uns das vorgestellt haben.

Die Betreuer sind alle total okay." Ayleen Mertel, Kristin Neumann

Co Ci się podoba ? "Jedna Niemka" Bartek Frejek

"Ich finde es richtig super, die Landschaft ist auch wunderschön.

Die Seminare sind interessant gestaltet und man hat viel Spaß.

Am besten gefällt mir bis jetzt das Quiz." Antje Stein

"Ich finde es total super." Diana Tenner

"Nasze relacje Polsko-Niemieckie są przednie. Dziękujemy." Grupa "Kazik"

"Das Seminar ist gut und intensiv." Christopher Stein

Film "Urowadzenie Agaty"

Wieczorne spotkanie przyniosło ze sobą nową atrakcję: film Marka Piwowskiego. Była to swojej generacji współczesna wersja Szekspirowskiego dramatu "Romeo i Julia". Przekaz okazał się być zrozumiały dla wszystkich uczestników: oryginalna wersja polska uzupełniona została o niemieckie podpisy. Dzięki temu udało się uniknąć sytuacji, w której część osób nie rozumiałaby treści.

SRODA

Wykład: Rasizm i nacjonalizm w Europie (dr. Zbigniew Wilkiewicz)

Jesli spojrzec na mape Europy to mozna powiedziec, ze populisci zacieraja rece bijac w nacjonalistyczny bebenek. Przyczólki nowych demagogów rosna jak przysłowiowe grzyby po deszczu: Polska i Niemcy tez nie sa wolne od tych problemów. Istotne jest to, aby zwrócić uwagę, ze wielu narodowych "watazków" zbija polityczny kapital nie na gloryfikacji Hitlera czy Mussoliniego, ale na odwoływaniu sie do negatywnych emocji społecznych. Przed wszystkim graja oni na leku przed utrata pracy, poczuciu beznadziei i zepchniecia na margines wśród osób bezrobotnych. Nie jest to wiec nic innego jak poslugiwanie sie kryzysem tozsamosci wiazacym sie z rewolucyjnymi wrecz zmianami w Europie. Wolnoscioewcy Haidera, Front Narodowy Le Pena, Liga Pólnocna Bossiego, populisci dunsy - ta lista jest naturalnie znacznie dluzsza. Unia Europejska volens nolens stanowi w coraz wiekszym stopniu system naczyn polaczonych tak wiec dotykajace ja problemy przenosza sie na inne kraje. Parafrazujac Charlesa de Talleyranda chcialoby sie powiedziec: kiedy jedno panstwo kichnie, cala Europa jest potencjalnie zagrozona przeziebieniem. Gdzie wiec szukac rozwiazan? Pewnego rodzaju "szczepionke" stanowi niewatpliwie edukacja mlodziezy. Swego rodzaju "profilaktyce" sprzyjac mial wyklad poswiecony nowej fali prawicowych ruchów radykalnych przesuwajacej sie od Bałtyku po Adriatyk.

Młodzi Polacy i Niemcy mieli okazje podzielic sie również własnymi obserwacjami. Niejednokrotnie okazywalo sie przy tym, ze problemy nietolerancji dotykaja ich bardzo bezpośrednio, a jesli nie ich samych to osoby, które znaja. W tym kontekście chce zwrócić szczególna uwagę na fakt, ze rodzinne miasta uczestników seminarium - Chojna i Schwedt - sa miastami polozonymi stosunkowo blisko granicy, miastami, w których dodatkowo panuje

relatywnie wysokie bezrobocie. Stad tez nie dziwi fakt, ze Niemcy mówili o dominującym w dalszym ciagu podziale na "Ossis" i "Wessis" a Polacy podkreslali dychotomie "Polska A-Polska B". Wydzwiek dyskusji jaka wywiazala sie na zakonczenie spotkania nie nastrajal zbytnim optymizmem: nietolerancja jest powszechna, a w niektórych regionach Europy przybrala wrecz forme endemiczna. Pozostaje tylko nadzieja, ze ci mlodzi ludzie, którzy razem spotkali sie we Vlotho beda umieli cos zmienic w swoim otoczeniu.

Podzial na grupy robocze

Cel seminarium to uzyskanie produktu w postaci prezentacji. "Proces produkcji" zaklada przede wszystkim samodzielna prace w grupach. To własnie wtedy mlodziez ma niepowtarzalna okazje poglabic swoja wiedze, pracujac jednocześnie nad konkretnymi zagadnieniami. W efekcie w czwartek powolana zostala grupa redakcyjna, której zadaniem mialo byc przygotowanie gazetki polsko-niemieckiej. Jednocześnie utworzono 4 grupy robocze o nastepujacych profilach tematycznych:

I.

Polska i Niemcy w Europie za 20 lat

II

Zycie przy granicy polsko-niemieckiej

III

Katalog wartosci mlodych Niemców i Polaków

IV

Europa wobec problemu rasizmu i neonazizmu

CZWARTEK

Wycieczka. Kierunek: Hameln

Milym przerywnikiem w pracy byla wycieczka do miasta slynnego Szczurolapa. Mowa naturalnie o miescie Hameln, polozonym okolo 50 kilometrów na poludniowy-zachód od Hannoveru. Tego typu forma zaciesniania

kontaktów ma te zalety, że kiedy młodzież wspomina seminarium to myśli również o wspólnych doświadczeniach, o tym czego nauczyli się od innych uczestników. Wspólne oglądanie zabytków, wspólne siedzenie w kawiarenkach - to właśnie najbardziej przyczynia się do budowy polsko-niemieckiego mostu, tworzenia nowego - bliższego rzeczywistości - obrazu Sasiada, wytyczając jednocześnie drogę ku poznaniu i tolerancji.

PIATEK

Prezentacje

Jednym z owoców seminarium było przeprowadzenie ankiety dotyczącej jakości stosunków w Europie w perspektywie 20 lat. Wśród kilku pytań przygotowanych przez pierwszą grupę roboczą można było znaleźć między innymi następujące:

1. Czy po wejściu do EU będzie więcej małżeństw polsko-niemieckich?

Tak - 6

Nie - 2

Nie wiem/może - 3

1. Wird es in 20 Jahren mehr gemischte D-PL Beziehungen und Familien durch die europäische Vereinigung geben ?

Ja - 24

Nein - 10

Vielleicht/weiß ich nicht - 4

2. Wird es durch die europäische Einheit viel mehr gemischte Schulen und Unterricht geben ?

ja - 28

nein - 9

vielleicht/weiß ich nicht - 1

2. Czy przez wejście Polski do UE będzie więcej szkół polsko-niemieckich ?

Tak - 8

Nie - 2

Nie wiem/może - 1

Innym interesującym rezultatem pracy polsko-niemieckiej była prezentacja dotycząca wartości istotnych dla młodzieży. Jeden z uczestników, na bazie otrzymanych materiałów (Katechizm polskiego dziecka), napisał:

Kto Ty jesteś ? Lukasz Stelmasiak.

Jaki znak Twój ? Wodnik.

Gdzie Ty mieszkasz ? W środku Europy.

W jakim państwie ? Bezprawia.

Czym ta ziemia ? To mój dom.

Czym zdobyta ? Walka.

Czy ja kochasz? Bardzo.

A w co wierzysz ? W lepszą przyszłość.

Cos Ty dla niej ? Ziarno.

Cos jej winien ? Swoje życie.

Patrząc na te odpowiedzi można sobie zadać pytanie: jakie są skutki naszego spotkania i czy to młodzieńcze przekonanie, że przyszłość przyniesie nam coś dobrego, będzie miało swoje realne odzwierciedlenie w przyszłości ? Wydaje mi się, że mimo wielu przeszkód są pewne podstawy do optymizmu. Świadczy o tym choćby wnioski zebrane podczas ostatniego spotkania:

NAUCZYLEM SIĘ, ŻE ...

Współpraca z Niemcami może być przyjemna i pożyteczna

Niemcy i Polacy mogą mieć wspólne zainteresowania

Niemcy to fajni ludzie i idzie się z nimi dogadać

Nie tak trudno się dogadać z Niemcami

Tolerancja się przyda w dalszym życiu

NAJLEPSZE BYŁO...

Wycieczka do Hameln oraz integracja

Quiz

Pracowanie w mniejszych grupach

NIE PODOBALO MI SIĘ, ŻE...

Milo spędzony czas z kolegami z Niemiec
upłynął tak szybko

Za mało pracy w grupach roboczych, za dużo
wykładów

Za wczesnie pobudka i cisza nocna

Za krótko trwał wyjazd

ZYCZYLBYM SOBIE, ZE BY...

Było więcej takich spotkań

Spotkać się tu za rok

Organizowano więcej takich seminariów

Zebysmy się wszyscy spotkali za rok w tym
samym gronie

Czas podsumowan

Wydaje mi się, że Polacy i Niemcy wciąż zbyt
mało o sobie wiedzą i że jest też w dalszym
ciągu wiele tematów budzących wiele
kontrowersji. I jeśli uznać, że relacje między
uczestnikami seminarium są w pewnym sensie
owa miniatura, mikroskala relacji polsko-
niemieckich to automatycznie nasuwa się jeden
fundamentalny wniosek: trzeba dążyć do tego,

aby organizowano jak najwięcej spotkań,
których celem jest zbliżenie do siebie młodych
ludzi. Metoda "interkulturowej" edukacji ma
swoje nieocenione walory i winna znaleźć
szersze zastosowanie w szkołach.
Przyпускаjąc, że główną wartość seminariów
leży przede wszystkim w umiejętności
odpowiedniego połączenia nauki z
poznawaniem innych ludzi. W efekcie słowo
edukacja zmienia nieco swoje znaczenie i staje
się w głównej mierze synonimem otwartości na
drugiego człowieka, szacunku wobec jego
kultury i tradycji. Przecież tak naprawdę chodzi
o to, żeby przełamać pewne bariery tak aby ów
"europejski telefon" działał bez zakłóceń i żeby
uniknąć w przyszłości komunikatu "linia
abonencka uszkodzona". Polacy, jako przyszły
unijny "abonent", już w tej chwili powinni
doprowadzić do jakiegoś "telefonicznego łączu".
Poziom niemieckiej (tele)komunikacji -
dosłownie i w przenośni - zawsze był wysoki.
Sądzę, że uczestnicy seminarium mają tego
świadomość.

Michael Walter

„Schweden sind nicht alle blond“ oder: Gemeinsam macht Europa noch mehr Spaß!

Bericht über ein deutsch-schwedisches Europaseminar mit Jugendlichen

Verschiedene Umfragen des vergangenen Jahres
belegten, dass das Interesse Jugendlicher am
Thema "Europa" zwar zunimmt, die
Entwicklung und Konsequenzen der
Europäischen Einigung jedoch von einem hohen
Anteil auch der jungen Bevölkerung negativ
beurteilt werden. Die Einführung des Euro, die
EU-Erweiterung sowie die internationale
Krisenlage wecken Ängste, die umso größer
sind, je geringer der Informationsstand ist.
"Brüssel" wird zum Synonym für einen
realitätsfernen Bürokratismus, während die
Relevanz der europäischen Integration für das
persönliche Leben in der Regel verkannt wird.
Dabei trägt die übliche Vermittlung

europapolitischer Themen durch Schule und
Medien erfahrungsgemäß nicht zur
umfassenden Information junger Menschen bei.
Ziel eines deutsch-schwedischen Seminars für
Jugendliche und junge Erwachsene, das unter
Leitung von Jörg Stemmer vom 16. bis 22.
September 2001 im Gesamteuropäischen
Studienwerk e.V. Vlotho stattfand, war es
daher, den Teilnehmenden Möglichkeiten zu
bieten:

a) im direkten Austausch zwischen
Teilnehmenden eines „alten“ und eines
„jungen“ Mitgliedstaates der Europäischen
Union Europa zu erleben. Ursprünglich sollte
der Teilnehmerkreis um Jugendliche aus EU-

Beitrittskandidatenländern erweitert werden, doch mussten die eingeladenen Gruppen aus Ungarn und Polen kurzfristig leider absagen.

b) sich umfassend über die Herausforderungen, Aufgaben und Funktionsweisen der Europäischen Union zu informieren und

c) die inhaltlichen Ergebnisse anhand jugendgerechter, "spannender" Methoden in eigene Medien-"Produkte" umzusetzen.

Die Teilnehmenden sollten dabei auch die Bedeutung der europapolitischen Entwicklungen für sich selbst, ihr Leben und ihre Ausbildungszusammenhänge reflektieren.

Thematische Schwerpunkte

Im thematischen Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Geschichte und die Funktionsweise der Europäischen Union, Chancen und Risiken des Binnenmarktes und der Währungsunion, die EU-Erweiterung sowie - entsprechend der zu Beginn der Veranstaltung geäußerten Wünsche der Teilnehmenden - die Themen "Zukunft der Arbeit", "Migration in Europa", "Studieren in Europa", "Rechtsextremismus als Gefahr für die Gesellschaften Europas" sowie "Die Bedeutung der europäischen Einigung für die Stadt Vlotho" (als Beispiel für die These "Europa beginnt vor der Haustür"). Aus aktuellem Anlass wurde auch über die wenige Tage zuvor erfolgten Terroranschläge in den USA gesprochen.

Nach einem kursorischen Überblick über Versuche, den Europa-Begriff geographisch, kulturgeschichtlich und politisch zu definieren, folgte mit einer Darstellung der Geschichte der Europäischen Einigung vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute eine erste thematische Schwerpunktsetzung.

Anschließend beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in verschiedenen, nach Interessenschwerpunkten ausgewählten Arbeitsgruppen in der Diskussion mit Fachleuten intensiver mit den o.g. Themen. Ergebnisse und offene Fragen wurden abschließend in einer Podiumsveranstaltung in der Aula des

Schulzentrums Halle mit Vertretern von Geldinstituten, Wissenschaft, schulischer und außerschulischer politischer Bildung sowie der Polizei diskutiert.

Die einzelnen Arbeitsgruppen

Historische Entwicklung der Europäischen Integration

Nachdem ein interaktiver Lernzirkel den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erste Anregungen zur Beantwortung der Frage "Was ist Europa?" vermittelt hatte, erläuterte Dr. Michael Walter die historische Begründung und Entwicklung der Europäischen Integration. Er ging dabei sowohl auf ökonomische als auch auf sicherheitspolitische Aspekte ein. Einen weiteren Akzent setzte er auf die Frage "Was geht mich Europa an?", indem er anhand praktischer Beispiele Chancen und Risiken aufzeigte.

Die Bedeutung der europäischen Einigung für die Stadt Vlotho

Frau Curländer, Bürgermeisterin der Stadt Vlotho, erklärte, welche Bedeutung der europäische Einigungsprozess für die Arbeit einer Kommune hat. Die meisten Fragen der Teilnehmenden zielten auf die Einführung des Euro sowie auf Aspekte des internationalen Handels- und kulturellen Austauschs aus Vlothoer Perspektive. Anlässlich der Terroranschläge in den USA unterstrich die Bürgermeisterin jedoch auch, wie wichtig das alltägliche friedliche Zusammenleben verschiedener Nationen und Kulturen in ihrer Kommune sei.

Die Institutionen der EU

Das Ergebnis der irischen Volksabstimmung über den Vertrag von Nizza bot Anlass, darüber zu informieren, was eigentlich Gegenstand der Abstimmung war. In einer ersten Fragerunde zeigte sich, dass die Kenntnisse der Teilnehmenden hinsichtlich der organisatorischen Struktur der EU gegen Null

tendierten. Dr. Michael Walter erläuterte daher mit Hilfe von Beispielen den aktuellen institutionellen Aufbau der Europäischen Union und die Ergebnisse des Europäischen Rats von Nizza.

Zukunft der Arbeit

Die Befürchtungen vieler junger Menschen, im sich vereinigenden Europa - insbesondere nach einer Erweiterung um östliche Länder - zunehmend weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz zu erhalten, bildeten den Ausgangspunkt eines Expertengesprächs mit Dr. Zbigniew Wilkiewicz. Der Sozialwissenschaftler untersuchte gemeinsam mit den Teilnehmenden die Veränderung der Arbeitswelt und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Berufschancen junger Menschen. Überwiegend Zustimmung fand seine Schlussthese "Das zentrale Problem Arbeitslosigkeit kann nicht gelöst werden ohne eine Veränderung der Arbeitswelt, der Arbeitszeit, der Arbeitskultur sowie eine gesamtgesellschaftliche Solidarität der 'Starken' mit den 'Schwachen'."

Studieren in Europa

Unter dem Aspekt "Europa - was geht mich das an?" informierten Janina Giesecking und Ewa Musialowska über verschiedene Möglichkeiten für junge Erwachsene, ein Jahr im europäischen Ausland zu verbringen. Dazu zählten neben Angeboten für Studierende auch Au pair-Aufenthalte und Programme für das Freiwillige Soziale Jahr.

Zur Erweiterung der EU

Dr. Gerhard Schlüsselbauer diskutierte in seiner Arbeitsgruppe die Chancen und Herausforderungen, die sich aus der geplanten EU-Erweiterung für beide Seiten ergeben könnten. Er erläuterte ausführlich die Anforderungen an die Kandidatenländer und den aktuellen Stand des Beitrittsprozesses. Neben ökonomischen Fragen der Erweiterung untersuchte man auch historische, politische und kulturelle Aspekte.

Migration in Europa

Da sich bei mehreren Teilnehmenden mit der EU-Erweiterung Ängste vor einer Masseneinwanderung aus dem Osten verbanden, diente der Arbeitskreis dazu, ein realistisches Bild zu vermitteln. Dr. Zbigniew Wilkiewicz analysierte Ursachen der Migration (v.a. Kriege, Gewalt, Arbeitslosigkeit, Armut, ökologische Ursachen), zeigte Konfliktlinien zwischen Nord und Süd sowie zwischen West und Ost auf und relativierte bestehende Vorstellungen durch die Darstellung der tatsächlichen Situation. Eine interessante Diskussion ergab sich aus der Frage, inwieweit Europa weiterhin eine auch für Migration offene Gesellschaft sein oder zunehmend zur "Festung um die Insel der Glückseligen" werde.

Rechtsextremismus als Gefahr für die Gesellschaften Europas

Dass Rechtsextremismus nicht nur die bundesdeutsche Gesellschaft bedroht, wurde in diesem Arbeitskreis rasch deutlich. So berichteten auch die schwedischen Teilnehmenden über entsprechende Entwicklungen in ihrem Land. Gemeinsam suchte man u.a. Antworten auf die Fragen "Was ist Rechtsextremismus?", "Wie tritt er in Erscheinung?", "Was kann man dagegen tun?". Besonders aufschlussreich war, dass in der Abschlussdiskussion ein Vertreter der Polizei der Auffassung war, es gebe in seiner Stadt keine Skinheadszenen, die Teilnehmer des Arbeitskreises ihn aber belehren konnten, wo deren Treffpunkte seien.

Binnenmarkt und Währungsunion

Da der Zeitpunkt der Währungsumstellung näher rückte, gab es ein großes Interesse an praktischen Fragen der Euro-Einführung. Interessant war abermals die Diskussion zwischen Teilnehmenden aus dem Euro-Land Deutschland und dem Noch-nicht-Euro-Land Schweden, wobei Hoffnungen und Bedenken länderübergreifend artikuliert wurden.

Podiumsdiskussion

Die abschließende Podiumsdiskussion, die aus organisatorischen Gründen in der Aula des Schulzentrums Halle/Westfalen stattfand, verfolgte zwei Ziele. Zum einen sollte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch einmal Gelegenheit gegeben werden, sich mit offen gebliebenen Fragen an Experten von Geldinstituten, Wissenschaft, Bildung und Polizei zu wenden. Zum andern war es auch Wunsch des veranstaltenden Gesamteuropäischen Studienwerks, mit dem Seminar und seinen Ergebnissen an die breitere Öffentlichkeit zu treten, um auf die politische Bildung aufmerksam zu machen und für sie zu werben. Daher erhielten die Arbeitsgruppen ausreichend Zeit, ihre Ergebnisse vorzustellen, was auf erfreulich großes Interesse der zahlreichen Besucherinnen und Besucher stieß.

Beschreibung der eingesetzten pädagogischen Mittel und Methoden

Die Veranstaltung fand in Form eines Medienseminars statt. Anhand von Referaten, Umfragen, Gesprächsrunden, Lernzirkeln, Workshops, Expertengesprächen und der Arbeit mit Materialien des GESW informierten sich die Teilnehmenden über die Europäische Integration sowie ihre aktuellen Herausforderungen. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden im Rahmen von drei Medienprojekten verarbeitet und umgesetzt. Das Seminar mündete somit in der Realisierung von drei konkreten Produkten: In international besetzten Projektgruppen entstanden unter fachmännischer Anleitung ein Videofilm, eine Schülerzeitung und eine Internet-Seite (www.gesw.de/europaseminar2001). Die ursprünglich zusätzlich geplante Produktion einer Radiosendung musste aus finanziellen Gründen gestrichen werden.

Informations- und Arbeitsmaterialien

Neben den Expertengesprächen und Workshops dienten insbesondere Publikationen

verschiedener Herausgeber, vorbereitete Materialien des GESW sowie der EU-Server als Informationsträger.

Auswertung des Seminars durch die Teilnehmenden (s. Anhang)

Die Auswertung des Seminars erfolgte schriftlich strukturiert nach der Methode "stummer Schreibtisch": Alle Teilnehmenden vervollständigten mehrere Satzanfänge ("Ich habe gelernt...", "Ich habe einen Vorschlag für das nächste Seminar...", "Das Beste war...", "Ich möchte Euch noch sagen...", "In Zukunft werde ich..."). Insgesamt wurde das Seminar sehr positiv bewertet. Gewürdigt wurden - ohne dass die Teilnehmenden dies wussten - insbesondere die drei wichtigsten Seminarziele: der Austausch mit Menschen anderer Nationalität, das Erlernen neuer Arbeitstechniken und Methoden sowie "dass man sehr viel über Europa lernt, was man vorher nicht wusste." Vereinzelt gab es hinsichtlich der technischen Ausstattung.

Beurteilung des Seminars durch die Seminarleitung

Aus Sicht der Seminarleitung verlief das Seminar zwar nicht ganz so erfolgreich wie vergleichbare Projekte, die das GESW in den Vorjahren durchführte, jedoch insgesamt in einem positiven Bereich. Das methodische Konzept sprach die Mehrzahl der teilnehmenden Jugendlichen offensichtlich an. In technischer Hinsicht mussten aus finanziellen Gründen Kompromisse eingegangen werden (Verzicht auf die Anmietung professioneller Videoschneideplätze, Abstriche bei der Computerausstattung), was mitunter die Arbeit erschwerte. Dagegen ist es gelungen, über die Gestaltung einer Internet-Site die "neuen" und für Jugendliche besonders attraktiven Medien sinnvoll in die politische Bildungsarbeit einzubeziehen.

Unter fachkundiger Anleitung arbeiteten sich die Teilnehmenden rasch in grundsätzlich unbekannte Techniken und Hilfsmittel ein. Über die Medienarbeit erfolgte eine Beschäftigung mit verschiedenen europapolitischen Themen und schließlich die Produktion von Ergebnissen im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten. Positiv zu werten ist die Zusammenarbeit der Teilnehmenden über die Arbeitsgruppen hinweg.

Schwierigkeiten ergaben sich andererseits aus einer (alterstypisch?) geringen Entscheidungsfreudigkeit sowie Schwächen bei der Selbstorganisation und der Motivation zur Mitarbeit. Dementsprechend entwickelten sich auch Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Nationalitäten nur schleppend. Die in den Arbeitsgruppen entstandenen Produkte dokumentieren in Aufmachung und Inhalt ein recht unterschiedliches Niveau. Probleme ergaben sich aus dem geringen Vorwissen hinsichtlich der behandelten Seminarthemen sowie großen Defiziten in der Fähigkeit, Konzepte und Texte zu erstellen. Das scheinbar ungewohnte selbstständige Arbeiten in den Gruppen, die in bestimmten Situationen noch nicht ausreichende technische Ausstattung und die Schwierigkeiten, wesentliche Punkte eines Vortrags, einer Diskussion oder eines Artikels in eigene Worte zu fassen, trugen dazu bei, dass die Qualitätsansprüche an die zu erstellenden Produkte seitens der unterstützenden Institutionen nur bedingt erfüllt werden können. Dies ist nicht nur als Kritik an den Jugendlichen zu verstehen, sondern sollte auch dazu führen, dass unsere Zielformulierungen und ihre Interpretation überprüft und eventuell angepasst werden.

Fazit

Insgesamt bestätigte die Veranstaltung die Erfahrungen der Vorjahre. Der Seminartyp ist grundsätzlich hervorragend geeignet, die aktuellen Anforderungen an die politische Bildung umzusetzen. Deutsche und ausländische junge Menschen, die zunächst keineswegs die

Aussicht auf eine Woche "politischer Bildung" lockt, sondern vielmehr die Möglichkeit zum Kennenlernen anderer junger Menschen und das gemeinsame Arbeiten mit attraktiven Medien, beginnen, sich für aktuelle politische Fragen zu interessieren und arbeiten schließlich freiwillig bis weit in die Nacht hinein. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Teamern war sehr gut, was sich u.a. darin ausdrückte, dass es spontane Kooperationen über die Arbeitsgruppen hinweg gab.

Aufgrund dieser Erfahrungen gibt es bei den Beteiligten ein großes Interesse an einer Neuauflage des Seminars im kommenden Jahr. Daher gilt unser Dank denjenigen, die uns bei der Durchführung entsprechender Veranstaltungen unterstützen.

Anhang: Abschrift der Auswertungsplakate[1]

Das Beste war

- ?? das Arbeiten am Computer (s+d)
- ?? das Resultat (d)
- ?? neue Menschen kennen lernen (5x, d+s)
- ?? das Layout zu gestalten (d)
- ?? mit neuen Menschen arbeiten und lustig sein (s)
- ?? die Arbeit an den Texten (d)
- ?? die Zusammenarbeit mit den Schweden (d)
- ?? die gesammelte Erfahrung (2xd), dass ich jetzt besser mit dem Computer umgehen kann, dass die Teamer so nett waren und das Essen (s)
- ?? die Kraftpunkt Vorführung (2xs)
- ?? das Filmen mit der Kamera (d+s)
- ?? dass man viel deutsch reden musste (s)
- ?? dass viele (und fast alle) Medien in Anspruch genommen wurden (d)

Ich habe gelernt...

- ?? mit dem Computer umzugehen und viel für Politik und Geschichte (3xd)
- ?? Computerprogramme lesen und bedienen (d)
- ?? eine Homepage zu programmieren (4x, d+s)

- ?? viel über Europa und den Euro (8x, d+s)
- ?? mit dem Computer Texte in Zeitungsform zu erstellen (3xd)
- ?? wie man eine Powerpoint Präsentation macht (2xd)
- ?? viel über Schweden und ganz viel schwedisch reden (d)
- ?? ich wusste schon vieles, habe aber trotzdem was gelernt (s)
- ?? Schweden sind nicht alle blond (2xd)
- ?? Viel über Film und so weiter... Viele neue deutsche Wörter (s)

Ich habe einen Vorschlag für das nächste Seminar...

- ?? bessere Schneideplätze für ein Video (3xs)
- ?? lasst alles so wie es ist (7x, d+s)
- ?? besseres Abendbrot (2x, d+s)
- ?? nur vormittags Programm (d)
- ?? ordentlichen Tacker kaufen, sonst war es gut (s)
- ?? Billard sollte umsonst sein (d)
- ?? die Zeiten in denen man arbeitet sollten unterschiedlicher verteilt sein (d)
- ?? einen ordentlichen Tacker kaufen und das Handbuch vom Kopierer daneben legen (d)
- ?? alles ist gut, aber die Lehrer müssen den Schülern mehr helfen (s)
- ?? das alle in demselben Haus schlafen und gleiche Schlafenszeiten (d)

In Zukunft werde ich...

- ?? Leuten diese Seminar empfehlen (7x, d+s), weil man hier sehr viel über Europa lernt, was man vorher nicht wusste
- ?? meine eigene Homepage machen (d)

Michael Walter

Europa vor Ort – Bericht über eine Studienreise nach Brüssel

Zu den Seminarangeboten des Gesamteuropäischen Studienwerkes zählen seit einigen Jahren auch mehrtägige Studienseminare, die in Brüssel oder Straßburg

- ?? mehr mit Computerprogrammen arbeiten (d)
- ?? einen eigenen Film machen und kriege bessere Noten in der Schule in der Zukunft (s)
- ?? eine bessere Note in Politik und Geschichte bekommen (4x, d+s)
- ?? versuchen noch mehr über Europa zu erfahren (2xd)
- ?? versuchen mehr im Politikunterricht mitzuarbeiten (2xd)
- ?? ich ziehe wieder nach Deutschland zurück (s)
- ?? über Politik mehr positiv sein (s)
- ?? ich glaube, dass ich nicht mit Politik arbeiten soll (d)
- ?? Politik nicht so langweilig finden (2x, d+s)
- ?? gute Noten kriegen und wieder noch einmal nach Deutschland fahren (s)

Ich möchte Euch noch sagen...

- ?? das ich das Seminar gut fand (7x, d+s)
- ?? ihr seid coole Teamer (2xd)
- ?? das war alles echt super (3x, d+s)
- ?? Es war alles sehr lustig, am meisten im Billardzimmer (s)
- ?? Alles war halt gut, Go Jörg (s)
- ?? das Seminar war interessant (4x, d+s) und lehrreich, weil man praktische Dinge tun durfte
- ?? es war viel besser als die Schule (s).“

[1] Originalschreibweise wurde beibehalten; d/s stehen für deutsch bzw. schwedisch.

durchgeführt werden. Im November des vergangenen Jahres organisierte Dr. Michael Walter vom GESW in Zusammenarbeit mit Bernt Gebauer und Hans Christoph Timm, beide Dozenten am Seminar für

Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg i. Br., einen viertägigen Studienaufenthalt in Brüssel für 55 Studierende des Fachbereichs Politikwissenschaft. Zu den Programmpunkten zählten Informationsbesuche bei der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament und im Rat der EU, aber auch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel, bei der Vertretung des Landes Baden-Württemberg sowie bei der Mission der Tschechischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften. Unter dem

Gesichtspunkt „Europa als Arbeitsfeld für Politologen“ informierten außerdem mit Frau Dr. Daniela Heimberger von der Kommission und Herrn Andreas Preising vom Parlament zwei ehemalige Freiburger Universitätsangehörige über berufliche Chancen. Mit Erlaubnis der Autoren drucken wir im Folgenden einen Bericht zweier Teilnehmender ab.

MW

Burkhard Schäfers/ Korinna Roters

Europa und der Stier – eine Exkursion in das Herz der EU

Europas Schönheit strahlt soweit, dass selbst Zeus davon erfährt. In Gestalt eines weißen Stiers steigt er von seinem Olymp, um das Herz und das Vertrauen der Königstochter zu gewinnen. Sie nähert sich langsam, und als sie sich auf seinen Rücken schwingt, trägt Zeus sie über das Meer davon. So entsteht der Kontinent Europa, auf dem die Kinder der beiden die ersten Europäer sind.

Als Anspielung auf den Mythos der Europa steht eine Statue vor dem Gebäude des Rates der EU. Doch Europa scheint ihre Attraktivität in Zeiten der Volkssouveränität eingebüßt zu haben. Das Prachtweib, begleitet von einem ganzen Hofstaat und seiner Bürokratie, scheint völlig abgehoben von der Realität des einzelnen Bürgers, der sich als Europäer fühlen soll. Europas schwieriger Charakter macht es kompliziert, sich auf sie einzulassen. Wo liegen die Kompetenzen? Wer hat den besseren Ansatz, und was lässt sich verwirklichen?

Mit vielen Fragen und Unklarheiten treten die Studierenden der zwei Vorkurse Politikwissenschaft, die sich mit Europa als Schwerpunkt befassen, die Reise nach Brüssel in das Herz der faszinierenden Dame an. Die Kommission, der Rat und das Parlament sind unter anderem Stationen, die helfen sollen, Europa zu verstehen.

Wie schwierig EU-Politik in der Praxis ist, zeigt sich bei der Europäischen Kommission. Sie

beschäftigt 20.000 Mitarbeiter, wobei ein Drittel davon als Dolmetscher und Übersetzer tätig sind. Die EU-Institutionen haben im Gegensatz zu nationalen Organen ein großes Problem, erklärt der Jurist Rainer Bierwagen als Referent der Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission: „Ein nationaler Gesetzgeber braucht nicht darüber nachzudenken, ob er die Kompetenzen hat, Gesetze oder Verordnungen zu erlassen.“ Die Europäischen Institutionen müssten immer erst prüfen, ob sie für den entsprechenden Bereich überhaupt zuständig sind. Wie viele seiner Kollegen bricht Rainer Bierwagen eine Lanze für die EU-Politik: „Wenn nationale Politiker auf Brüssel schimpfen, sollten sie immer daran denken, dass sie die entsprechenden Kompetenzen abgegeben haben.“

Für viele Verehrer ist es nicht leicht, eine Beziehung mit Europa zu führen. Es gibt viele Konkurrenten, bei denen man sich durchsetzen muss und von denen man sich trotz des gemeinsamen Zieles immer noch abgrenzen möchte. Prinz Großbritannien hat ein Problem mit dem Euro, während sich Edelmann Frankreich schwer tut, gleichberechtigte Partner zu dulden. Um sicher zu sein, dass Europa auch die eigenen Interessen integriert und wahr, schickt jeder - ob nun bereits Liebhaber oder noch Anwärter - Boten nach Brüssel.



Je mehr Staaten die Europäische Union bilden, desto schwieriger ist es für die Regionen, ihre Interessen zu vertreten. Um so wichtiger werden die Aufgaben der Vertretung Baden-Württembergs in Brüssel. Ihre Mitarbeiter halten engen Kontakt zu den Beamten der Kommission. Erarbeiten diese einen neuen Gesetzesentwurf, versuchen die Baden-Württemberger frühzeitig, ihre Interessen im Rahmen informeller Treffen einzubringen – als Lobby fürs Ländle. Dabei bringen sie sowohl die Interessen der Bewohner als auch die der regionalen Industrie vor, sagt Dr. Thomas Häringer: „Für die Kommissionsbeamten ist es ein großer Unterschied, ob ein offizieller Vertreter des Landes mit ihnen verhandelt oder ein Unternehmer beziehungsweise Verbandsvertreter.“ Die Lobbyisten in eigener Sache werden weniger gern gesehen als Häringer und seine Kollegen. Obwohl er mit seinem Einfluss zufrieden scheint, sieht er vor allem einen großen Mangel der Union: „Die Kompetenzverteilung zwischen Europa, den Nationen und den Regionen ist bisher ungeklärt.“

Dafür, dass Europa nicht etwa Wünsche übergeht oder einen der Anwärter vor lauter kosmetischen Verschönerungen vor der Badezimmertür vergisst, gibt es Gabriele Bischoff von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik. Sie ist eine derjenigen, die den Auftrag haben, Europa immer wieder den Hof zu machen. Sie sorgt dafür, dass Europas Attraktivität für Deutschland nicht nachlässt. Sie bringt Wünsche und Anregungen der Kommission vor oder hilft, zwischen Europa und Deutschland zu vermitteln. Dabei kann es passieren, dass sie anderen Verehrern vor den Kopf stößt und ihre Linie hart verteidigen muss. Aber nur so ist es möglich, dass die gewünschte Integration der Länder gelingt und ein gemeinsames Bewusstsein entstehen kann. „Europa ist keine Utopie, sondern Realpolitik“, sagt Catherine Bony-Brandt vom Rat der EU. Deshalb könne es auch nicht sein, dass bereits nach nur fünfzig Jahren eine Gemeinschaft dieser Größe ein perfektes Zusammenspiel aller Akteure biete. Für Madame Europa gelten andere Dimensionen.

Auf dem Schlachtfeld zur Eroberung Europas im Europäischen Parlament kommt es zwar nicht zu Verletzten, als die Studenten die Möglichkeit haben, die Abstimmung über Auswirkungen der Humangenetik zu beobachten. Aber der Schlachtruf der Parlamentspräsidentin: „Dafür-Dagegen-Enthaltung-Abgelehnt“ wahlweise auch: „...-Angenommen“, hallt noch lange in den Gehörgängen nach. Leider sind es mehr die Umstände als die Inhalte, die in Erinnerung bleiben. Die Europaverehrer balzen geschäftig um Anträge, deren Übersetzung und den genauen Wortlaut. An diesem Schauplatz zeigt sich besonders, wie gesichtslos die einzelnen Europaabgeordneten noch sind. Kaum mehr als vier der dort Versammelten kann man als Zuschauer identifizieren. Und dies auch nicht, weil sie durch ihre Arbeit im Europaparlament in das Gesichtsfeld der Bürger gerückt wären, sondern weil sie schon bekannt sind. Reinhold Messner oder Jean-Marie Le Pen sind durch

Anderes als ihre Arbeit im Europaparlament in die Schlagzeilen gekommen.

Der Bekanntheitsgrad eines Europaabgeordneten ist ein Problem, das der Parlamentarier Karl von Wogau kennt. Sein Wahlkreis beinhaltet auch Freiburg. Doch kaum einer weiß, was er wirklich tut. Trotz seines Mitwirkens in dem besonders zur Zeit fragten Ausschuss für Wirtschaft und Währung und seinem zukünftigen Schwerpunkt in der Frage der europäischen Verteidigung muss er sich wundern, dass er in seiner ganzen Zeit dort nur zweimal in der lokalen Presse erwähnt wurde. Bleibt die Frage, ob die europäische

Öffentlichkeitsarbeit zu wünschen übrig lässt oder das Interesse der Medien. Während beim EU-Gipfel in Laeken beschlossen wurde, einen Konvent für eine europäische Verfassung ins Leben zu rufen, weiß der zukünftige Europäer nicht so recht, wer da für ihn an den Entscheidungen im Parlament mitwirkt.

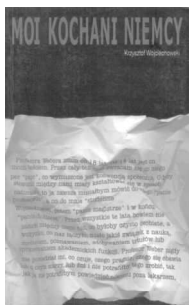
Vielleicht reicht schon ein rotes Tuch aus Zeitungspapier, um Europas Attraktivität für den Stier wieder zu beleben.

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Krzysztof Wojciechowski: Moi kochani Niemcy [Meine geliebten Deutschen].

Mefisto Editions. Gdansk 2000, 220 S.



In der Tat ein ungewöhnlicher Titel und ein ungewöhnliches Buch. Wie es der Klappentext verspricht, eine Reise in die Tiefe der deutschen Seele, unternommen von einem, der es wissen muss, lebt er doch seit 25 Jahren als gezähmter, integrierter Fremder und Nachbar unter diesen Deutschen. Bis 1989 unter denen der DDR, danach unter den Gesamtdeutschen. Also kennt Krzysztof Wojciechowski, Jahrgang 1956 und seit 1991 Verwaltungschef des Collegium Polonicum in Slubice, die einen wie die anderen. Und er kennt natürlich auch seine polnischen Landsleute durch und durch, denn er steckt immer noch zwischen beiden Kulturen. Und gerade diese beziehungs geschichtliche Komponente macht den Reiz dieses ehrlichen, wenig diplomatischen und von political correctness weit entfernten Buches aus, in dem auch persönlichen Entwicklungen viel Platz eingeräumt wird.

Denn der Autor hat seine „geliebten Deutschen“ nicht nur durch das distanzierte Auge und Glas

eines (vielleicht mitfühlenden) Beobachters betrachtet und analysiert, sondern er hat auch zeitweilig seine Distanz eingebüßt, als er nämlich Anne-Marie Weber, die Tochter von Professor Weber, eines anerkannten, in der DDR lehrenden Naturwissenschaftlers, heiratete. Dem Zusammenleben mit Anne-Marie, der DDR-deutschen Familie Weber und dem absolut dominanten Schwiegervater sind deshalb auch zahlreiche Seiten dieses Buches gewidmet, in denen der Autor subtil auf grundlegende Unterschiede zwischen polnischem und deutschem Lebensstil, deutschem und polnischem Selbstverständnis eingeht. Dabei ist er selbst – oft durchaus leidende – Versuchsperson, die sich sowohl kognitiv als auch affektiv – gleichsam phänomenologisch – den (deutschen) Objekten seiner Neugier und Begierde annähert, um, den konjunkturellen Schwankungen menschlicher Beziehungen ausgesetzt, entsprechend abgestoßen oder angezogen zu werden. Dabei ist auffällig, wie positiv Wojciechowski die meisten deutschen Protagonisten in den Portraits des ersten Kapitels „Przypowiesci“

[Gleichnisse] schildert. Es geht hier um solche erzdutsche Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, Effizienz, Perfektionismus, aber auch um Sorge, Besorgtheit und Angst, die er aus eigenem Erleben heraus glaubwürdig und keinesfalls stereotyp beschreibt.

Ungewöhnlich auch das Kapitel über seine Frau Anne-Marie, die bis in die Wendezeit des Jahres 1989 zahlreichen Metamorphosen von einem bekennenden DDR-Menschen bis hin zur entschiedenen Polin und Katholikin durchlebte, um sich schließlich zu einer ebenso entschiedenen Gesamtdeutschen zu wandeln.

Vor das zweite Kapitel stellt der Autor dann freilich „ein Intermezzo im Interesse der Wissenschaft“, in dem er der Tatsache Rechnung trägt, dass er in seinem Buch mit einer nur unzureichenden wissenschaftlichen Methodik allgemeine Thesen über eine sehr große Menschengruppe, eben ein ganzes Volk, zu formulieren wagt. Dabei konzidiert er in Anlehnung an Pythagoras, dass das Verhalten von Individuen oder Gruppen mindestens durch drei übergeordnete Faktoren geprägt wird: die individuelle biologische Konstitution, die kulturelle und zivilisatorische Tradition sowie durch die aktuellen Bedingungen. Insofern ist Wojciechowski sich auch bewusst, dass er sich zwischen der Scylla stereotyper Vereinfachung und der Charybdis der Wissenschaftlichkeit befindet. Dabei bewegt sich die Argumentation des Autors innerhalb der Systeme vitaler Werte (Kraft, Kampf, Handlung), utilitaristischer Werte (Nutzen, Bedürfnisbefriedigung, Annehmlichkeiten) sowie auf Perfektion zielender Werte (Vollkommenheit, Erkenntnis von Mustern und einer Ausformung des Ichs und der Welt, die diesen Mustern folgt).

Im zweiten Kapitel „Wyklady“ [Vorlesungen] entwickelt der Autor dann anhand zentraler Begriffe eine Art „deutsche Verhaltensontologie“, immer im Vergleich zu präsumptiven Haltungen und Verhaltensweisen von Polen oder anderen Europäern. In einzelnen Kapiteln wird hier die Rolle so fundamentaler und gleichsam der Existenzphilosophie entlehnter Begriffe wie Macht, Wille,

Affirmation der Welt, Kontrolle und Sorge, Leiden, Perfektion, Identität und Angst im Selbstverständnis und in der Haltung der Deutschen zur Welt und zu ihrer Umgebung abgehandelt. Allerdings bleiben die natürlich diskutablen und durchaus kontrovers interpretierbaren Aussagen und Schlüsse Wojciechowskis glücklicherweise immer konkret verzeitet und verortet, so dass kein Abgleiten in eine unverbindliche und alles relativierende Kontingenz droht. So ist etwa ein längerer Beitrag der Rolle der Stasi in der DDR-Gesellschaft gewidmet, in dem der Autor auf die geradezu absurde Verstrickung breiter Schichten der DDR-Gesellschaft verweist und sich dafür ausspricht, das Verhalten von Gruppen strikt vom Verhalten von Individuen zu scheiden. Schließlich lässt sich Wojciechowski in einem gesonderten Kapitel auch über die Bedeutung von Spielregeln aus, wobei er zwischen angelsächsischer und preußischer Rechtstradition unterscheidet und die Nachteile und Vorzüge eines preußisch geprägten Rechtsverständnisses an erfrischenden Beispielen aus dem Zusammenleben Fremder und Deutscher in einem deutsch geprägten Alltag exemplifiziert. Zusätzlich verdeutlicht er an seinem eigenen Beispiel wie groß die Kluft diesbezüglich zwischen einem Deutschen und einer in Polen teilsozialisierten Person sein kann. Im dritten Kapitel „Punkty graniczne“ [Grenzpunkte] setzt sich der Autor mit dem Themenkreis Liebe - Einsamkeit - Freundschaft auseinander, wobei er versucht, die deutsche Emotionalität von der polnischen abzugrenzen, und zum Ergebnis kommt, dass das Gefühlsleben der Deutschen durchaus nicht weniger ausgeprägt ist als das der Polen, dass es aber im Verhältnis zum Objekt der Liebe typisch deutsche Komponenten wie „weitreichende Kontrolle“ und „sorgende Dominanz“ gebe. Die Neigung zum Single-Dasein in Deutschland werde zudem von einer überorganisierten Form der Geselligkeit ergänzt, etwa bei Einladungen im Freundeskreis, bei der man bemüht ist, jedwede

Form von Spontaneität und kreativem Chaos auszuschließen.

In dem Abschnitt über die deutsche Fremdenfeindlichkeit sowie das Aufblühen des Neonazismus ergänzt der Autor die bisher entwickelten Charaktermerkmale der Deutschen (Verachtung des Unvollkommenen, Ordnungsliebe, Respekt vor den Mächtigen) um den praktischen Imperativ der Machbarkeit und die Neigung, seinem brutalen Handeln einen tieferen Sinn zu verleihen, indem man sich auf das Dritte Reich, das Wirtschaftsprogramm Hitlers oder die zivilisatorische Mission Deutschlands beruft. In diesem Zusammenhang kommt Wojciechowski zu einer im Ausland durchaus populären, wenn auch für viele Deutsche verblüffenden These: „Sogar den aufgeklärtesten Deutschen fällt es sehr schwer zu verstehen, dass sie ihre Erfolge und ihren Fortschritt den gleichen soziopsychischen Strukturen und den gleichen Werten verdanken, die auf perverse Weise in den schändlichen Ereignissen der letzten Zeit ihren Ausdruck finden. Die Mühe, dieses Phänomen zu verstehen, wird den Deutschen niemand abnehmen können.“ (S. 180)

Dem Verhältnis zwischen „Wessis“ und „Ossis“ ist ein weiterer Abschnitt gewidmet, in dem der Autor auf die mentalen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen abhebt, auf die Gefühle von Minderwertigkeit und Überheblichkeit, die vor dem Zielhorizont von Tüchtigkeit und Effizienz eine prominente Rolle spielen. Für die Polen – so die Erkenntnis Wojciechowskis – wäre es angesichts einer sich intensivierenden internationalen Kooperation deshalb durchaus lehrreich, sich mit den Erfahrungen der Ossis zu beschäftigen.

Abgeschlossen wird dieses sehr persönliche, gleichwohl lesenswerte und mit Verve geschriebene Buch mit dem gleichnishafte Essay „Dreißig Jahre in China, also Einleitung an ungeeigneter Stelle“, in dem der Autor zum Ergebnis kommt, dass die Polen die historische Chance haben, die eigene Wertstruktur in entscheidendem Maße um jene Werte zu bereichern, die dem für die Deutschen so

typischen Bereich der Perfektion zuzuordnen sind. Hierin erblickt er eine wichtige Ergänzung der stärker auf Emotionen und Vitalität basierenden polnischen Wertestruktur. Nach der Lektüre von „Meine geliebten Deutschen“ kommt man zu dem naheliegenden Schluss, dass dieses bei Mefisto Editions ansprechend herausgegebene Buch möglichst bald in deutscher Übersetzung erscheinen sollte. Mit ausdrücklicher Genehmigung des Autors möchte ich deshalb an dieser Stelle ein kürzeres Fragment seines Textes in meiner Übersetzung vorstellen.

Identität

„Zwei Völker, Polen und Deutsche...“ – diese Wendung taucht in vielen Reden, Presseartikeln, historischen Traktaten und Schulbüchern auf. Allem Anschein nach unschuldig und offensichtlich beinhaltet sie doch einen Fehler. Denn weder die Polen noch die Deutschen sind Völker in engerem Sinne.

Weder bei den einen noch bei den anderen ist das grundsätzliche Bindemittel, das die einzelnen Individuen zu einer großen Gruppe zusammenschweißt, in erster Linie das Gefühl kultureller Identität: Sprache, Kultur, Vergangenheit und gemeinsame Lebensziele.

Die Deutschen bilden eine Gemeinschaft des Handelns, die Polen sind hingegen eine Stammesgemeinschaft. Das Gefühl nationaler Homogenität entwickelte sich bei den Deutschen erst Mitte des 19. Jahrhunderts. Deren Kundler waren Intellektuelle und Studenten. Letztere ordneten sich noch hundert Jahre zuvor in den einzelnen Universitätsstädten, in denen sie lebten, spontan den am liebsten unter sich bleibenden Stämmen der Bayern, Franken, Sachsen und Preußen zu. Die spätere Einigung bzw. die späteren Einigungen Deutschlands schöpften ihre Impulse aus gemeinsamen Institutionen des Staates, des Rechts, politischer Bewegungen oder wirtschaftlicher Beziehungen, nicht aus dem Selbstbewusstsein des Individuums, das

empfindet, dass es ein Deutscher ist und sich nicht anders definieren kann.

Als ich mich zum ersten Mal in der DDR aufhielt, wurde mir sofort klar, wie wenig brauchbar in dieser Gesellschaft die Wörter „Deutscher“, „Deutschland“ und „deutsch“ sind. Wenn ich sie benutzte, wurden sie zwar von niemandem in Frage gestellt, aber ich hatte das Gefühl, als fiel ich in eine semantische Leere, in ein Erdloch, das von den Blättern unweit wuchernder Bedeutungspflanzen verdeckt wird. Man verbesserte mich am häufigsten dann, wenn ich sagte: „Sie sind Deutscher“ oder „ihr Deutsche“. Natürlich hätte ich „Bürger der DDR“ oder „DDRler“ sagen müssen. Im Laufe von fünfzehn Jahren begegnete ich nur einem einzigen Menschen, der – obschon in der DDR geboren – sich für einen Deutschen und nicht für einen DDRler hielt. Er war Sohn eines Pastors, hatte eine Polin zur Frau, wohnte in Warschau und wollte in den Westen ausreisen. Für die Nichtexistenz des Wortes „Deutscher“ habe ich ebenfalls einen objektiven Beleg. Nach der Vereinigung, als dieses Wort zwischen Elbe und Oder eine Renaissance erfuhr, fiel mir auf, dass ich bei seinem Gebrauch häufig grammatikalische Fehler machte, obwohl ich die deutsche Sprache fließend beherrschte. Und man musste dieses Wort nun oft verwenden, denn die Begriffe „aus der DDR“ und „Bürger der DDR“ waren so gründlich aus der Umgangssprache verschwunden, als wären sie von einem Zauberstab berührt worden. Im Westteil Deutschlands wurde das Gefühl nationaler Identität nicht gänzlich gekappt. Nichtsdestoweniger verbindet die Nachkriegsgeneration mit Werten wie Vaterland, Volk, Deutschtum und Patriotismus nur sehr wenig. Für diese Generation sind diese Werte nur Worthülsen, die keine stärkeren Gefühle hervorrufen. Vielen Westdeutschen waren die Deutschen aus der DDR fremd und gleichgültig, weniger frappierend als die Russen, weniger sympathieträchtig als die Polen, weniger attraktiv als Ungarn oder Tschechen... Wäre im Jahre 1989 nicht die CDU, sondern die SPD an der Macht gewesen, so hätte überhaupt nicht

festgestanden, ob es so schnell zu einer Vereinigung gekommen wäre. Die SPD und mit ihr zahlreiche Intellektuelle, zum Beispiel Günter Grass, verlangten durchaus nicht danach, dass das deutsche Volk sich in die Arme fiele. In ihrem Denken standen politische und ökonomische Kalkulationen an erster Stelle. Dies glich einem Denkstil, demzufolge man die Vereinigung von Portugiesen und Spaniern oder Schweden und Finnen in einem Staat hätte erwägen können. Die nationale Identität der Deutschen wird in erster Linie durch zwei Trends relativiert: den Regionalismus und den Europäismus. Der erste bindet den Einzelnen stark an die Heimatregion, ihre Sitten, den Dialekt und die materielle Kultur. Wenn sich die Menschen gegenseitig durch das Prisma der Regionen betrachten, so fühlen sie sich als Bayern und Hamburger recht weit voneinander entfernt und sind sich als Deutsche durchaus nicht näher. Der Europäismus ist hingegen ein Trend, der die Identität auf übernationale Gebilde überträgt, damit sie einem intensiveren, die ethnischen Grenzen überschreitenden Berufs- und Privatleben entsprechen kann.

Im Vergleich mit den Deutschen weisen die Polen ein dermaßen starkes Gemeinschaftsgefühl auf, dass der Begriff „Volk“ für sie etwas Monumentales und Kompliziertes darstellt. Die Polen sind eine Familie, ein Kreis sich nahestehender Menschen, eine Schicksalsgemeinschaft. Verschieden sind ihre Charaktere und Ansichten, aber unverändert ist das Gefühl der Nähe, die emotionale Verbundenheit im Guten wie im Bösen, die dazu zwingt, über einen Verbündeten oder einen Feind wie über einen Verwandten zu sprechen, gesetzt den Fall, er ist Pole.

Die Polen sind also insofern kein Volk als sie nicht durch ein Abstraktum, sondern durch ein Gefühl miteinander verbunden werden. Da es sich dabei um das Gefühl einer miteinander verwandten, ganze Zeiträume gemeinsam durchmessenden Gruppe handelt, ist die Bezeichnung Stamm für sie am zutreffendsten.

Auf Kongressen oder Konferenzen kommt es vor, dass ich mich von einem Tisch an den anderen setze. Dann habe ich das Gefühl, als sei ich in verschiedenen Welten. Der deutsche Tisch bedeutet ununterbrochene Arbeit. Die Menschen graben in ihrem Gedächtnis nach und sagen alles, was sie über ein Thema wissen, so als müssten sie gleich aufstehen und irgendeine Aufgabe lösen. In ihren Gesprächen kommen keine Personen vor, obwohl es sich manchmal um persönliche Themen handelt. Man offenbart sich nur insoweit als es das Thema erfordert. Niemand spricht von den letzten, unabänderlichen Dingen, von Leiden, Zweifel, Tod, Verrat, Gefühl oder Schicksal.

Der polnische Tisch bedeutet hingegen ein Gespräch über Personen. Auch wenn es um wirtschaftliche Kooperation, philosophische Fragestellungen oder die Interpretation historischer Ereignisse geht, so schöpft doch fast jeder Satz während dieser Gespräche seine Kraft aus einer intimen Beziehung. Jeder kennt jeden, auch wenn jemand einem anderen vor fünfzehn Jahren gerade mal auf dem Korridor irgendeines Amtes begegnet ist. Wenn ein Deutscher sagt „Schmidt ist der Ansicht, dass...“, so sagt er das so, als hätte er diese Ansicht in einem Buch von Schmidt gelesen. Wenn ein Pole sagt, „Malinowski behauptet, dass...“, dann sagt er dies in einem vertraulichen Ton. Wo es nur möglich ist, werden Wendungen wie „als ich ihm das letzte Mal begegnete“, „als wir zusammen im Arrest saßen“, „meinem Gefühl nach ist das ein Mensch, der...“ gebraucht. Das Gespräch über bestimmte Probleme dient als Vorwand für den Dialog über eine andere, unausgesprochen bleibende Geschichte, die Freunde und Bekannte, Anständige und Schufte, Trinker und Abstinente, Kämpfer und Kommunisten, Polen, Deutsche und Juden zum Gegenstand hat.

Ein schlechter Ruf verdrängt niemanden aus diesen Erzählungen, denn es ist unmöglich, jemanden aus der Vergangenheit zu streichen, der Schande über sich gebracht hat, genauso wie es unmöglich ist, etwas an der Tatsache zu ändern, dass der Schuft mein Bruder war. In diesen Gesprächen werden Gestalten wieder

belebt, die – wie man meinen könnte – unwiederbringlich zu Geschichte geworden sind, wie zum Beispiel die Juden. Wenn ein neuer Holocaust sie allesamt von der Erdoberfläche hinwegfegen sollte, so würden sie doch in den an der Weichsel geführten Diskussionen über Politik, Wirtschaft und Philosophie überleben, unabhängig davon, ob in einem positiven oder negativen Zusammenhang. Denn gemeinsam durchliefen sie die Zeit, Mosiek hatte an der Ecke einen Laden und Berman war ein Menschenchinder, hier ist ihre Schuld, hier sind ihre Verdienste und hier sind ihre Gräber.

Die Deutschen bilden dagegen keine Gemeinschaft, die durch die Vergangenheit eines gemeinsamen Gefühls geprägt wird. Obschon sie weitreichende historische Interessen haben und gerne über Geschichte sprechen, so kehren sie doch nicht in die Vergangenheit zurück. Die Rückkehr in die Vergangenheit bedeutet nämlich, sie noch einmal zu durchleben.

Die Abneigung gegenüber der Vergangenheit ergibt sich aus der Abneigung gegenüber dem Leiden. Dieser absolut nutzlose Zustand verdient es nicht, ihn ohne Not zu wiederholen. Nur ein- oder zweimal ist es mir gelungen, Deutsche dazu zu bringen, über ihre Kriegserlebnisse zu sprechen. In beiden Fällen hatten meine Gesprächspartner langjährige Gefangenenlager in Sibirien überlebt. Aber im Gespräch kam das bereits abgeklungene Empfinden nicht zum Vorschein. Die lebhaftere Erinnerung bezog sich auf die Arbeit, auf die Fähigkeit, die schwierigen Bedingungen zu bestehen, auf die guten Taten von Kameraden und russischen Bewachern. Unrecht und Schuld – wurden sie im Gespräch erwähnt – blieben blass und durch die höhere Notwendigkeit gerechtfertigt. Und dies war durchaus nicht als Distanz mir gegenüber – als Polen – zu verstehen. Viele Altersgenossen erzählten mir, dass sie die Vergangenheit ihrer Väter kaum kennen. Deutsche Väter sprechen ungern über Niederlagen und Leid, unabhängig davon, ob es sich dabei um einen gebrochenen Arm oder den

Frost bei Stalingrad handelt. Die Verdrängung der unangenehmen Vergangenheit ist dabei durchaus nicht der Schlüssel, um dieses Phänomen zu verstehen. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen ist gegenüber dem eigenen Volk kritisch eingestellt. Unter den Intellektuellen und in den Massenmedien nimmt dieser Kritizismus dermaßen drastische Formen an, dass sogar ein Ausländer von Scham erfasst wird. Journalisten verhöhnen die deutschen Tugenden und die deutsche Vergangenheit, Schriftsteller schlagen Alarm, dass ein Großteil der Deutschen kryptofaschistisch ist. Das Fernsehen strahlt dauernd amerikanische Kriegsfilme aus, in dem die Deutschen als dumpfe, automatisch gehorchende und grundsätzlich schlechte Wesen dargestellt werden. Und dies wird nicht von einer einzigen Stimme des Protests begleitet. Eine ähnliche Situation in den Massenmedien in Amerika, England, Polen oder Russland würde Scharen „echter Patrioten“ sofort zum Angriff mobilisieren. Dieser stark entwickelte Kritizismus, der belegt, dass die deutsche Identität nicht auf Geschichte und Symbolen beruht, hat allerdings eine bestimmte Eigenart. Er überschreitet niemals die Grenze, hinter der sich der Zweifel und eine abnehmende Motivation zu handeln einstellt. Wenn sich zum Beispiel ein Russe darüber Gedanken macht, was Russland ist, so erinnert sein Gemütszustand an ein Pendel. Es gibt Momente, wo er ob der Größe und Genialität des kollektiven Russen in Euphorie gerät. Aber gleich danach erinnert er sich an die Folge von Verbrechen, Schwäche und Verfall. Sein ganzes Ich stürzt dann in einen Abgrund, wo jeglicher Wert zu schwinden droht. Und dann hat nichts mehr einen Sinn: weder die Zukunftspläne noch die Arbeit oder gar das Aufstehen aus dem Bett. Am besten wäre es dann, sich dieser Existenz zu entledigen oder sich als Alternative zu betrinken. Ähnliche Zustände des Zweifels hinsichtlich der eigenen Identität erleben auch die Polen und sicherlich die Mehrheit aller Völker. Den Deutschen passiert dies allerdings nie, denn Symbole, vergangene Ereignisse und die Kultur stellen für

sie lediglich Marginalien dar. Man kann sie zerstören, ohne den Kern an sich anzutasten. Kern der deutschen Identität ist die Funktionalität, eine solche Betrachtung des eigenen „Ichs“, die unter den gegebenen Bedingungen dem Handeln am meisten entgegenkommt.

Die Metamorphosen Anna-Marias sowie die fast genauso zahlreichen Metamorphosen ihrer Landsleute sind einem grundsätzlichen Prinzip untergeordnet: dem Leben. Das deutsche Verständnis von Leben ist das Streben nach klaren Zielen in vernünftiger Verbindung mit den Mächten dieser Welt, die Transparenz von Regeln und die Autorität desjenigen, der zu handeln bereit ist. Eine solche Identität, von innen erlebt, ist kohärent und birgt keine Zweifel in sich. Sie benutzt Symbole als Werkzeuge, ignoriert das Leiden als nutzlose Empfindung und stützt die Gemeinschaft nicht auf die Vergangenheit, sondern auf aktuelle, praktische Beziehungen. Sie wird von einem Gefühl der Kontinuität begleitet, denn schließlich hat sie selbst sich nicht verändert, sondern die äußeren Umstände haben sich verändert. Sie kennt wegen der Veränderungen im Glauben oder in der Ideologie keine Scham, genauso wie ein Handwerker sich nicht schämt, wenn er einen anderen Satz Werkzeuge nimmt und eine der neuen Arbeit entsprechende Kleidung anzieht.

Anfang 1993, also zweieinhalb Jahre nach der Vereinigung Deutschlands, war die Diskussion über die kommunistische Vergangenheit eines Viertels des Volkes eigentlich abgeschlossen. Das ist nicht gerade lang, wenn man bedenkt, dass die Polen zu diesem Zeitpunkt noch immer über die Schuldigen der 1950er Jahre diskutierten. Die Russen stritten hingegen über Dinge, die vor siebzig Jahren geschehen waren. Man behandelte die Vergangenheit auf entschiedene und vernünftige Weise: Die Stasi-Angehörigen wurden entlassen, den Opfern zahlte man Entschädigungen aus, die Wirtschaft wurde privatisiert, und die unzähligen Bände politischer Literatur sortierte man aus den Bibliotheken aus und verarbeitete

sie zu Makulatur. Die Prozesse gegen diejenigen, die auf Grenzbrecher geschossen hatten, gingen zu Ende, Honecker und Mielke wurden aus der Haft entlassen und die Presse verzieh sogar Stolpe und Markus Wolff. Der wiedergewonnene Teil der deutschen Familie befasste sich nunmehr mit dem Alltag: Geld verdienen, Kampf um den Arbeitsplatz, Kindererziehung, Urlaub. Es blieben nur wenige Spuren der Reflexion über die Große Metamorphose des östlichen Teils Deutschlands zurück. Ein paar Bücher, einige Presseartikel, irgendeine Kommission, die immer noch Probleme hat, um ordnungsgemäß zusammenzukommen. Es verschwanden sogar die polemischen Aufschriften an den Mauern. Ich erinnere mich nur an eine Aufschrift, die im Übrigen bis heute erhalten geblieben ist. Sie tauchte nach Veröffentlichung der Vereinigungswahlen auf, als die Mehrheit der DDR-Wähler die Christdemokraten wählte. Mit rotem Spray und mit der zittrigen Hand eines enttäuschten Idealisten geschrieben verkündet sie: „Seit wann seid ihr Christen, ihr geldgeilen Ärsche?“

Man könnte meinen, dass die Ursache für den innerdeutschen Konflikt ausschließlich auf diesem Trauma beruht. Da gab also ein Viertel des Volkes seine Identität auf, ließ sich auf beispiellose Weise zu Kommunisten machen und verleugnete dann aus konjunkturellen Gründen seine laizistischen, aus der Aufklärung stammenden Traditionen. So würde eine Gesellschaft argumentieren, die einen ausgeprägten Sinn für nationale Identität hat. Allerdings hat den Ostdeutschen niemand ernsthaft einen solchen Vorwurf gemacht. Die unterbewusste Überzeugung, dass die Landsleute aus der „Ostzone“ unter den gegebenen Umständen sich auf die einzig richtige Art verhielten, raubte solchen Vorwürfen die psychologische Grundlage. Auf der westlichen Seite meldeten sich zahlreiche Stimmen zu Wort, die offen sagten: „Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir unter den dortigen Bedingungen ähnlich gehandelt hätten.“

Der scharfe Konflikt, zu dem es nach der Vereinigung kam, betraf nicht das Verhältnis zur

Tradition, sondern die Fähigkeit, effektiv zu funktionieren. Dieser Konflikt zwischen Wessis und Ossis hält bis heute an und prägt das öffentliche und private Leben der Bürger Deutschlands. Dieser Konflikt, und nicht nationale Zweifel, ließ eine reiche Publizistik, Essayistik und Literatur entstehen. Er wurde auch zur Grundlage des Drehbuchs für die Fernsehserie „Motzki“, in der in brutaler Weise die gegenseitigen Vorurteile aufgezeigt wurden. Diese Serie rief eine Welle von Protesten hervor, denn es ist gerade der Hohn hinsichtlich eines mangelnden Leistungsvermögens, der das deutsche Wertgefühl am stärksten trifft.

Die im Zerrspiegel der gegnerischen Seite betrachteten Ossis sind faule, unfähige, naive, antriebslose und schlampige Typen, die nur über einen beschränkten Horizont verfügen und denen die Qualifikationen fehlen, um irgendetwas zu tun. Die Wessis dagegen sind brutale Typen, von ihren eigenen Fähigkeiten überzeugt, rücksichtslos, die mit der Eleganz von Elefanten in Porzellanläden und dem Furor von Kolonialisten in die empfindliche Materie lokaler Verhältnisse eindringen. Dieses zweite negative Stereotyp unterstreicht ebenfalls die Zunahme pragmatischer Werte im Verhältnis zu gemeinschaftlichen Werten: die Fixierung auf Geld, fanatische Arbeitsamkeit, Egoismus, Kälte und Distanz in den zwischenmenschlichen Beziehungen, ein instrumentelles Verhältnis gegenüber anderen Menschen.

Für einen neutralen Beobachter lässt sich dieser Konflikt nur in relativ geringem Maße durch Tatsachen belegen. Nach der Vereinigung gab es natürlich zahlreiche, fast kriminelle Fälle der rücksichtslosen Ausbeutung ostdeutscher Naivität, Unfähigkeit und Unkenntnis der Vorschriften. Aber es gab auch viele Situationen, in denen sich die Deutschen aus dem Osten als weniger dynamisch und weniger bemüht erwiesen als ihre westlichen Landsleute. Allerdings könnte man auf diese zweite Waagschale auch eine hundertfach größere Zahl von positiven Beispielen werfen. Die Westdeutschen engagierten sich beim

Wiederaufbau der neuen Länder mit einem echten Gefühl der Mission und mit Entschlossenheit, sie ertrugen den Nichtkomfort geduldig und zeigten viel Verständnis für ihre weniger erfahrenen Landsleute. Entgegen der öffentlichen Meinung waren sie auch zu Entsaugungen bereit. 160 Mrd. DM wurden jährlich für den Aufbau Ost bewilligt, ohne Gegenstimmen im Bundestag und in den Parlamenten der „alten“ Länder. In der Gesellschaft gehörten unzufriedene oder sich widersetzende Stimmen zu den absoluten Ausnahmen. Die Ostdeutschen gliederten sich ihrerseits sehr effektiv in das demokratische System ein und eigneten sich die neuen Spielregeln – von der Höflichkeit gegenüber einem Klienten bis hin zum Ausfüllen der Steuererklärung – sehr rasch an. Auch legten sie eine große Bereitschaft an den Tag, den Beruf zu wechseln oder sich weiterzuqualifizieren.

Wie Pilze nach dem Regen sind Tausende von kleinen und mittleren Unternehmen entstanden, deren Eigentümer ein überaus hohes Risiko tragen, indem sie das einsetzen, was sie im Laufe ihres Lebens erarbeitet haben. Sogar Ärzte und Zahnärzte, die vor der Vereinigung niemals auch nur im Ansatz daran dachten, sich beruflich selbstständig zu machen, richteten moderne und hervorragend eingerichtete Praxen ein, die westlichen in nichts nachstanden. Aus der Sicht eines Osteuropäers vollzog sich die Vereinigung überaus effektiv, auf vernünftige Weise, ohne Verschwendung und sichtbare Korruption.

Es handelt sich also um einen genuin psychologischen Konflikt. Das deutsche „Ich“ sucht nach seiner Definition. Unbewusst wendet es sich dem Kern seiner Individualität zu, seinen Sekundärtugenden, und entdeckt Unterschiede bei Menschen, die unterschiedlich geprägt wurden. Die Nationalität ist hierbei zweitrangig. Bei einem Polen, dessen nationale Identität auf dem Gefühl basiert und sich nur ungemein langsam und gegen Widerstände verändert, rufen diese deutschen Metamorphosen einen unheimlichen Eindruck hervor. Die totale Identifikation mit der gespielten Rolle, die Tatsache, dass man von den äußeren Umständen

vollkommen durchdrungen wird, empfinden die Polen bei den Deutschen als ein Phänomen der Unehrllichkeit und Verlogenheit. Für die Polen als erklärte Skeptiker in Sachen Politik oder Ideologie ist es unverständlich, dass man Ideen wie ehrliche Arbeit, Kommunismus oder Europa ernst nehmen kann. Sie hegen den Verdacht, dass hier etwas zur Schau getragen wird und erwarten, dass nach dem offiziellen Auftritt eine private Annäherung erfolgt, bei der der Deutsche zugibt, dass das, wofür er sich so entschieden eingesetzt hat, ihn im Grunde genommen gar nichts angeht. Erfolgt dieses private Eingeständnis nicht, so gewinnt ein Pole die Überzeugung, dass sein Gesprächspartner ein notorischer Lügner ist.

Die Erfahrung einer ernsten Einstellung zum Leben wird durch eine zweite ergänzt, um die Erkenntnis der Veränderlichkeit. Ein Pole begegnet einem Deutschen, der vor zwanzig Jahren anders sprach und dachte als heute. Für den Polen stellt diese Veränderung ein Problem dar, das man erklären oder für das man sich zumindest schämen muss. Geschieht dies nicht, verliert ein Pole das Vertrauen und fängt an, sich wie jemand zu fühlen, der es mit einem Schizophrenen zu tun hat. Allem Anschein nach verhält sich der Gesprächspartner normal, aber man weiß nicht, ob er einen Monat später nicht etwas Anomales sagt oder tut.

Diese Erfahrungen müssen nicht einmal von konkreten Menschen gemacht werden. Man kann lang anhaltende Freundschaften eingehen, sich gegenseitig Unterstützung und Hilfe gewähren und über Jahre mit unveränderten Personen zusammenkommen. Aber bestimmte Fragmente, unterbewusst aufgenommene Krümel sammeln und verdichten sich im kollektiven Bewusstsein und hieraus entstehen dann von Misstrauen geprägte Haltungen. Trotz der klareren eigenen Situation sollte das Bemühen, das Phänomen zu verstehen, auf der polnischen Seite liegen. In der heutigen Welt hält man mit Flexibilität und der Bereitschaft zu Veränderungen den Herausforderungen besser stand. Die Tatsache, dass die Deutschen leicht schlechten Einflüssen unterliegen, sollte ihnen

gegenüber keine negativen Gefühle erzeugen, sondern zum Ergebnis führen, dass man gerade und besonders mit den Deutschen daran arbeiten sollte, dass die Umstände sich so gut wie

möglich entwickeln. Kaum jemand eignet sich nämlich so gut dazu, die Welt vernünftig zu verändern, wie die Deutschen.

Rezensionen

Ansichten. 12. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2001, 318 S.

Auch der 12. Band der „Ansichten“ versammelt



eine Vielzahl von Informationen, Interpretationen und Wertungen, die dem neuen Konzept des DPI entsprechend interdisziplinär angelegt sind und somit einen breiten Überblick über die Geschichte

und die Gegenwart der deutsch-polnischen Beziehungen ermöglichen. Neben den ständigen Rubriken der „Ansichten“, also der Chronik und den Bibliographien, sind es vor allem die im ersten Teil veröffentlichten Aufsätze, die die Aufmerksamkeit des Lesers verdienen. In erster Linie denken ich dabei an den Text von Roland Freudenstein, der den bezeichnenden Titel „Angst essen Seele auf“ trägt, und in dem der Autor das Verhältnis der Deutschen zur mittelfristig anstehenden Ostweiterung der EU nachzeichnet. Dieser praxisorientierte Aufsatz gibt einen guten Überblick über all jene kontrovers geführten Debatten, die die Gemüter in Deutschland, aber auch in Polen erregen: Migration von Arbeitskräften, Zuwanderung von Menschen, Abwanderung von Arbeitsplätzen, Grenzkriminalität und Menschenhandel sowie die Kostenfrage und die Problematik der Umstrukturierung der polnischen Landwirtschaft. Einen ganz anderen Charakter hat der Beitrag von Marek A. Cichocki, in dem danach gefragt wird, wie nach einer relativ langen Periode der Versöhnungsrhetorik und in einer Zeit des interessegeleiteten Pragmatismus positive Visionen mit den entsprechend hilfreichen Symbolen entwickelt und versehen

werden können. Dabei fordert der Autor idealtypisch die Verbindung von Symbolen und Interessen und ist sich gleichzeitig darüber im klaren, dass es aufgrund der enormen mentalen und materiellen Asymmetrien zwischen beiden Gesellschaften noch eines langen Zeitraums bedarf, bis dieses Ziel erreicht werden kann.

Hieran schließt sich ein Aufsatz von Dieter Bingen an, in dem die Polenpolitiken Willy Brandts und Helmut Kohls rekonstruiert werden. Besonders interessant sind jene Partien des Textes, in denen Bingen, immer vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen Bedingtheiten und Zwänge, die Politiken beider Altbundeskanzler miteinander vergleicht und sowohl das Verbindende als auch das Trennende beider Ansätze herausarbeitet.

Einen positiv gestimmten Rückblick auf die Rolle des Länderschwerpunkts Polen anlässlich der Frankfurter Buchmesse 2000 liefert alsdann Heinz Müller, wobei er erfreulicherweise nicht nur auf die Werke der etablierten polnischen „Klassiker“ verweist, sondern ebenfalls lesenswerte Neuerscheinungen relativ junger polnischer Autoren empfiehlt. In diesem Kontext sei auf den Roman „Madame“ von Antonin Libera verwiesen, ein Buch, das auch von der deutschen Kritik sehr positiv aufgenommen wurde.

Erwähnenswert auch die Glosse von Hubert Orłowski über die im Jahre 2000 erschienene vierbändige Bibliographie von Andreas Lawaty und Wiesław Mincer zu den deutsch-polnischen Beziehungen, die von 1900 bis 1998 reicht.

Im zweiten Teil der Ansichten finden sich dann in deutscher Übersetzung Texte von Maria

Kurecka und Jerzy Limon, in deren Mittelpunkt die Stadt Danzig steht. Während Kurecka als Zeitzeugin die Veränderungen nach der Machtübernahme der Nazis nachzeichnet, entwirft Limon ein Bild der ersten Nachkriegsjahre, in denen sich die Volksrepublik Polen zu etablieren begann. Weitere Texte stammen von Autoren, die die Landschaften, Stimmungen und Menschen Ostpolens, ihrer auf immer verlorenen multikulturellen Heimat, wieder aufleben lassen.

Dabei handelt es sich um Erzählungen des bisher noch nicht ins Deutsche übersetzten polnischen Exilautors Zygmunt Haupt sowie des einer jüngeren Schriftstellergeneration angehörenden Piotr Szewc, der 1987 mit dem Roman

„Zagłada“ [Vernichtung] debütierte. Vorgestellt wird überdies eine Erzählung des im Jahre 2000 mit dem Literaturpreis „Nike“ ausgezeichneten Wojciech Kuczok.

Insgesamt – so scheint es zumindest dem Rezensenten – haben die „Ansichten“ durch die Einbeziehung historischer, politischer und ökonomischer Fragestellungen im Vergleich zu früheren Jahren gewonnen. Im Grunde genommen müsste das Jahrbuch des DPI nunmehr für einen noch breiteren Leserkreis von Interesse sein.

ZW

Wolf-Dieter Eberwein, Basil Kerski (Hg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft? leske+budrich. Opladen 2001, 219 S.

Der vorliegende Sammelband setzt sich aus insgesamt zehn sehr unterschiedlichen Beiträgen zusammen, die von Autoren stammen, die sich als Journalisten oder Politologen in den vergangenen Jahren intensiv mit dem deutsch-polnischen Verhältnis und seiner Zukunft auseinandergesetzt haben. Wie der Titel des Buches suggeriert, soll dabei der Frage nachgegangen werden, ob die im Jahre 1990 von dem polnischen Außenminister Skubiszewski geprägte Formel von der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft weiterhin relevant bleibt oder ob es sich dabei um eine Wortschöpfung handelt, die inzwischen an Bedeutung verloren hat. Der Begriff der Interessengemeinschaft ist von den Herausgebern in diesem Zusammenhang noch um den komplexen Begriff der Wertegemeinschaft ergänzt worden, was die Beantwortung der so aufgeworfenen Fragestellung nicht gerade erleichtert. Dabei geht



der Politologe Eberwein in seinem einleitenden analytischen Aufsatz von integrationstheoretischen Überlegungen aus, indem er sich sowohl mit dem Konzept der pluralistisch integrierten Sicherheitsgemeinschaft von Karl W. Deutsch als auch mit dem von Ernst-Otto Czempiel entwickelten Theorem der vergesellschafteten Außenpolitik auseinandersetzt. Anhand beider Theorieansätze lässt sich prüfen, ob die Verdichtung der sozialen und gesellschaftlichen Kontakte und Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, wie sie sich nach 1989 einstellte, auch wirklich zur Ausformulierung gemeinsamer Interessen und zur friedlichen Lösung von Konflikten geführt hat. Gekoppelt an den Integrationsbegriff kommt der Autor in seinem Aufsatz dabei zum Ergebnis, dass die zunehmende wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und Polen den Integrationsprozess zwar fördern kann, aber nicht muss. Das damit benannte Integrationsdilemma ergibt sich aus dem Umstand, dass die Zahl der Akteure und

deren Interessen bei zunehmender Verflechtung so stark wächst, dass es auch zu entgegengesetzten Effekten kommen kann. Das Ergebnis der im gleichen Band veröffentlichten empirischen Eliten-Untersuchung von Matthias Ecker-Erhardt (S. 149-179), aus dem hervorgeht, dass deutsche und polnische Eliten über eine hohe Integrationsdisposition verfügen, stellt also durchaus nicht eine Garantie für zukünftig konfliktfreie deutsch-polnische Beziehungen dar. Insofern ist es nur konsequent, dass in den sich anschließenden Beiträgen sowohl die Ebene der politischen (diplomatischen) als auch die Ebene der gesellschaftlichen Beziehungen behandelt wird. Die beiden historischen Hinleitungen von Dieter Bingen und Ludwig Mehlhorn beleuchten die deutsch-polnischen Beziehungen, Bundesrepublik – Polen sowie DDR - Polen jeweils in den Zeiträumen 1949 bis 1990. Dabei bringt die von den Autoren vorgenommene Periodisierung und Charakterisierung der einzelnen Zeitabschnitte keine Überraschung, vielmehr werden bekannte Tatsachen, Abläufe und Interpretationen noch einmal rekonstruiert. Einer hinsichtlich der gesellschaftlichen Beziehungen interessanten Thematik wendet sich alsdann Basil Kerski zu, indem er sich mit einigen nichtstaatlichen Akteuren wie dem kirchlichen Kontaktnetz (Klubs der katholischen Intelligenz in Polen, Bensberger Kreis, Aktion Sühnezeichen), der demokratischen Opposition in Polen sowie der Rolle des polnischen Exils bei der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen beschäftigt. Für einen deutschen Leser dürfte der Abschnitt über die Publizisten des polnischen Exils einen gewissen Neuwert haben. Seltsamerweise nennt der Autor in seiner Bibliographie aber weder die relativ neue Publikation von Theo Mechtenberg zur Rolle der Polenarbeit der katholischen Kirche in der DDR (Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen, Leipzig 1998) noch meine Arbeit über die polnische Exilliteratur, in der sich entsprechende Hinweise auf die polnische Exilpublizistik finden (Zbigniew R.

Wilkiewicz: Polnische Exilliteratur 1945-1980. Eine Bestandsaufnahme, Köln 1991).

Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft der letzten zehn Jahre wird dann von Markus Mildener bilanziert, wobei er in seinem abschließenden Wertung zu folgendem aufschlussreichen, wenn auch diskutablen Schluss kommt: „Obwohl Polen sich noch sehr zurückhaltend an dieser Diskussion [über die Finalität des europäischen Einigungsprozesses] beteiligt und zunächst einmal Unterschiede zur deutschen Position deutlich wurden, wird es doch zunehmend von Deutschland als ernstzunehmender Partner (und Konkurrent) wahrgenommen. Aus dem Verhältnis Klient – Anwalt könnte eine Partnerschaft und daraus eine Interessengemeinschaft erwachsen.“ (S. 142) Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der bereits erwähnte Ecker-Erhardt in seiner Eliten-Studie, aus der hervorgeht, dass man lediglich bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten von der behaupteten Übereinstimmung von Interessen und Werten sprechen kann. Gesamtgesellschaftlich betrachtet würde das Ergebnis einer solchen Umfrage aller Wahrscheinlichkeit nach ganz anders ausfallen. In Anna Niewiadmoska-Frielings Beitrag zu den deutsch-polnischen Beziehungen im Spiegel der Öffentlichkeit, der auf einer Reihe von Umfrageergebnissen fußt, wird nach dem Rang und dem Bild des Nachbarn gefragt und das Polenbild der Deutschen sowie das Deutschlandbild der Polen rekonstruiert. Dabei konstatiert die Autorin drei wichtige Asymmetrien: „Hier ist zunächst der Unterschied zwischen dem positiven Polenbild der politischen und ökonomischen Eliten und dem nach wie vor negativen und von Unkenntnis geprägten Polenbild der deutschen Gesellschaft zu nennen. Die zweite Asymmetrie besteht zwischen diesem negativen deutschen Polenbild und dem sich entscheidend verbessernden polnischen Deutschlandbild. (...) Die dritte Asymmetrie ist schließlich bei dem Deutschlandbild der jüngeren Generation zu erkennen. Das europäische Denken der Jugend, offen und nicht durch Vergangenheit belastet,

steht in klarem Kontrast zu dem nationalen Empfinden der älteren Generationen.“ (S. 196) Der Autorin ist natürlich in Gänze zuzustimmen, wenn sie zum Ergebnis kommt, dass diese die Vorurteile und Klischees festigenden Asymmetrien nur zu überwinden sind, wenn auf beiden Seiten systematisch gearbeitet wird. Die bisher auf diesem Terrain dominierenden (einmaligen) Festakte und Symposien sorgen indessen keineswegs für die allenthalben geforderte Nachhaltigkeit.

In den beiden abschließenden Beiträgen beschreiben Christoph von Marschall und Kazimierz Wóycicki aus ihrer jeweiligen nationalen Sicht die Chancen und Risiken in den polnisch-deutschen Beziehungen, wobei der europäische Horizont – mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich des

polnischen Beitrittstermins und der Reformfähigkeit der EU – gebührend akzentuiert wird.

Nach Lektüre dieses Sammelbandes, in dem sich leider eine ganze Reihe von Druck- und Schreibfehlern finden, kommt man zu dem erwarteten Ergebnis, dass es sich bei der im Titel dieses Buches mit einem Fragezeichen versehenen These von der deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft, trotz aller Fortschritte weiterhin um eine sympathische Nachbarschaftsutopie handelt. Dies gilt besonders für die sich auf beiden Seiten haltenden hartnäckigen Vorurteile und Ängste.

ZW

Wolf-Dieter Eberwein, Matthias Ecker-Ehrhardt: Deutschland und Polen. Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Eliten-Perspektive. leske + budrich. Opladen 2001, 213 S.

Diese vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) vorgelegte empirische Studie beschäftigt sich anhand einer repräsentativen, auf Fragebögen basierenden Umfrage mit den Einstellungen von Führungskräften in Deutschland und in Polen. Die Studie wurde vom ehemaligen Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik, Janusz Reiter, angeregt. Dabei war das von Reiter geleitete Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau auch Kooperationspartner des WZB. Das Projekt begann im Februar 1998 mit der Versendung der Fragebögen an zuvor ausgewählte Führungspersonlichkeiten in beiden Ländern, also an besonders einflussreiche Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Kultur. Ziel der Untersuchung war es, die vom damaligen polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski 1990 postulierte Formel von der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ und die 1991 von Janusz Reiter aufgestellte These von einer deutsch-polnischen

Wertegemeinschaft (vor europäischem Hintergrund) auf ihren empirischen Gehalt zu prüfen.

Bei der Frage nach dem deutsch-polnischen Integrationsprozess spielt der Erweiterungsprozess der NATO und der EU um Polen natürlich eine bedeutende Rolle. Er wurde bei der empirischen Erhebung deshalb entsprechend berücksichtigt. Da die Hypothesen der Vergangenheit und das erhebliche sozioökonomische Gefälle im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen weiterhin groß sind, wurde diesen Fragen ebenfalls viel Platz eingeräumt.

Die Untersuchung gliedert sich in vier Teile, wobei im 1. Kapitel des ersten Teils der theoretische Rahmen entwickelt wird, der es erlauben soll, das Konzept der „Interessen- und Wertegemeinschaft“ analytisch zu verorten. Im 2. Kapitel wird definiert, was unter „Integrationselite“ zu verstehen ist. Hier spielt die These von der „vergesellschafteten Außenpolitik“ (Ernst-Otto Czempel) eine besondere Rolle. Abgeschlossen wird dieser

erste Teil durch die Rekonstruktion des Ablaufs der im März 1998 durchgeführten Umfragen sowie eine Analyse der soziodemographischen Bedingungen der deutschen und polnischen Befragten.

Der zweite, den außenpolitischen Implikationen gewidmete Teil beschäftigt sich mit so zentralen Themen wie der Beschreibung von Interessen, Wertvorstellungen und Erwartungen, mit dem Verhältnis von Sicherheitspolitik und Interessen (NATO-Erweiterung), mit der EU-Erweiterung (Kosten und Nutzen), den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen (Grenzen, Minderheiten) und der Frage nach innerstaatlichem und zwischenstaatlichem Konsens.

Im dritten Teil wird dann nach den Möglichkeiten zwischengesellschaftlicher Elitenintegration gefragt, also nach gesellschaftspolitischen und demokratischen Wertorientierungen sowie nach dem Verhältnis von Konsens und Dissens. In weiteren Kapiteln nach Vorurteilen (ihren Ursachen und ihrer außenpolitischen Bedeutung), nach der gegenseitigen Verbundenheit (also etwaiger transnationaler Identifikation und ihren Bedingtheiten) sowie nach der Bedeutung und dem Stellenwert von gegenseitigen Kontakten. Der abschließende vierte Teil ist den Ergebnissen und Schlussfolgerungen gewidmet. Dabei wird festgestellt, dass das Ausmaß des Konsens innerhalb der Eliten beider Länder sehr hoch ist. Allerdings sei es möglich, dass der Dissens-Bereich eine größere Bedeutung erlangen könnte, weil es sich dabei um Probleme handele, die innergesellschaftlich umstritten sind (auf deutscher Seite z.B. die Themen gemeinsame Staatsbürgerschaft, Verringerung der Grenzkontrollen und Kriegsgefahr). In Polen sei angesichts solcher Themen wie Kosten der EU-Mitgliedschaft und Akzeptanz einer deutschen Minderheit lediglich von einem latenten Dissens auszugehen. Insgesamt erweisen sich beide Eliten hinsichtlich der wesentlichen Ziele ihrer Länder als einig und weitgehend integriert.

Betrachtet man die außenpolitischen Themen, so ist der Grad deutsch-polnischer Gemeinsamkeit mit 82 Prozent konsensual beantworteter Fragen sehr hoch. Aber auch hier warnen die Autoren vor dem Dissens-Bereich, der in zwei Punkten manifest (Wirtschaftliche Entwicklung Russlands, Illegale Einreise von Polen nach Deutschland) und in acht Punkten latent ist. Ein allzu großer Optimismus sei also nicht angebracht.

Hinsichtlich der Beziehungen und Kontakte in den Bereichen Kultur und Wirtschaft kann davon ausgegangen werden, dass eine deutliche Asymmetrie auszumachen ist, weil die polnischen Eliten diesbezüglich weitaus mehr Energien investieren als die deutschen.

Dabei scheint es aber auch im Hinblick auf „das emphatische Diktum einer ‚deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft‘“ in erster Linie um Nützlichkeit zu gehen. Insofern ist die folgende Einschätzung der Autoren durchaus nachvollziehbar: „Es geht darum auch in der einschlägigen Debatte häufig zu Recht weniger um den Mangel an objektiven Interessen oder Werten als um den fehlenden Sinn für das Gemeinsame, wie er sich in geringer emotionaler Anteilnahme und in Vorurteilen ausdrückt.“ (S. 187) Somit wird die Frage nach einem „deutsch-polnischen Gemeinschaftssinn“, nach dem Bewusstsein einer „subjektiven Werte- und Interessengemeinschaft“ aufgeworfen. Und auch hier ist das Ergebnis ernüchternd. Denn Vorurteile bestehen auch bei den Eliten, einen affektiv bestimmten Gemeinschaftssinn zwischen deutschen und polnischen Eliten gibt es in engerem Sinne nicht, lediglich im Kontext einer gemeinsamen europäischen Identität. In der Studie wird ebenfalls akzentuiert, dass sich Vorurteile als weitgehend resistent gegen direkte Erfahrungen erweisen. Dies spricht zwar nicht gegen den Sinn von Kontakten, sie müssen aber verdichtet werden und intensivere Erfahrungen garantieren, um vorhandene Vorurteile in Frage stellen zu können. Aber auch hier erfolgt eine Einschränkung, die auf

das sog. Integrationsdilemma abhebt, denn je größer das Ausmaß der Verflechtung und damit die Ausdifferenzierung der Interessen der Eliten, desto größer kann die Divergenz der Prioritäten werden, innen- wie außenpolitisch.

Insgesamt kommen die Autoren deshalb zu folgendem vagen Ergebnis: „Anders formuliert, die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ist so stark ausgeprägt, dass sie als Sicherheitsgarantie dafür betrachtet werden kann, dass die Beziehungen nicht unterhalb eines Niveaus absinken. Allerdings sind klar erkennbare spezifische Konfliktbereiche vorhanden, die zum Teil altersbedingt sind und die die deutsch-polnischen Beziehungen in Zukunft belasten können. Ließe man diese passiv

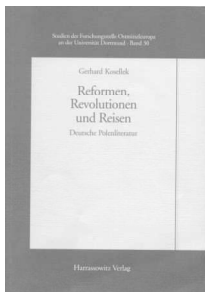
treiben, müsste auf Dauer mit einem Negativeffekt gerechnet werden.“ (S.193)

Das Buch schließt deshalb auch mit der folgerichtigen Aufforderung an alle kompetenten Akteure, die deutsch-polnischen Beziehungen durch eine Intensivierung der Kontakte auf allen Ebenen zu gestalten. Diesem Appell kann sich der Rezensent nur anschließen, wobei er der Auffassung ist, dass an diesem Prozess nicht nur die gegenwärtig waltenden Macht- und Funktionsebenen, sondern vor allen Dingen auch die junge Generation beider Länder beteiligt werden sollte.

ZW

Gerhard Kosellek: Reformen, Revolutionen und Reisen. Deutsche Polenliteratur. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2000, 453 S.

Dieser als Band 30 der Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund herausgegebene Sammelband stellt eine Auswahl der zahlreichen Aufsätze von Gerard Koziellek alias Gerhard Kosellek dar, die dieser im Laufe der letzten Jahrzehnte zur sog. „Polenliteratur“ veröffentlicht hat. Das Buch ist eine erweiterte Fassung der im Jahre 1990 in Wroclaw herausgegebenen gleichnamigen ersten Ausgabe. Der Polenliteratur hat sich der emeritierte Professor der Universität Wroclaw und derzeitige Leiter der Literaturwissenschaftlichen Abteilung der Stiftung Haus Oberschlesien in Ratingen Hösel während seiner gesamten literaturwissenschaftlichen Karriere in Polen verschrieben, wobei er sich in erster Linie mit der Literatur und Publizistik des ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigte. Dabei hat ihn schon immer die Auseinandersetzung mit literarischen Stereotypen beschäftigt, da diese bekanntlich



sehr stark zur Bewusstseinsbildung eines Volkes beitragen. Kosellek ging es bei seinen Studien also durchaus auch darum, Vorurteilen und Stereotypen entgegenzuwirken. Seine literaturhistorischen Arbeiten bezeichnet er deshalb auch als Kulturbeziehungs-forschung. Ganz gewiss hat Kosellek sich bei seinen Untersuchungen auf eine Periode konzentriert, in der die polnische Frage eine immense internationale Bedeutung, vor allem auch für die deutschen Nachbarstaaten, hatte. Erinnert sei an die intensiven Kulturkontakte, die sich aus der Personalunion Polens und Sachsens ergaben. Alsdann an die wechselvolle und dramatische Regierungszeit Stanislaus August Poniatowskis, dessen Reformpläne an der Haltung seiner reaktionären ausländischen Widersacher scheiterten. Schließlich das Trauma der drei polnischen Teilungen. Die Annexionen unter Preußen und Österreich sowie die kriegerischen Auseinandersetzungen mit Russland riefen erzwungene und freiwillige Wanderungsbewegungen von Soldaten, Beamten, Kaufleuten und Kulturbeflissenen hervor, die in zahlreichen literarischen Artefakten ihren Niederschlag fanden. Dies gilt auch für den Bauernaufstand von 1846 sowie

die März-Revolution des Jahres 1848. Auf dieser historischen Folie entwickelt Kosellek nach zwei einleitenden allgemeinen Kapiteln („Polen – der fremde Nachbar. Zur Entstehung von Images“ und „Aus der Frühzeit der deutsch-polnischen Wechselbeziehungen. Chronikale

Überlieferungen“) seine faktenreichen, deskriptiven, weniger analytischen Einzelaufsätze zur Person und Werk von Konrad Celtis in Krakau, zu den schlesischen Barockdichtern (und ihrem Verhältnis zu Polen) sowie den sächsisch-polnischen Kulturbeziehungen zur Zeit August des Starken und seines Sohnes.

Historisch bedeutsamen Kulturinstitutionen, wie dem Verlag W. G. Korn und der deutschsprachigen „Bibliothek“ in Posen sind die nächsten beiden Artikel gewidmet. Danach geht es in erster Linie um deutsche Mittler polnischer Kultur und Landeskunde – wie Lorenz Mitzler de Kolof, der über das Theater in Warschau Briefe hinterließ, die Romanze Ludwig Gotthard Kosegartens über die schöne Polenkönigin sowie das Polenbild in der „Deutschen Chronik“ Christian Friedrich Schubarts aus dem Jahre 1774. Dem Genre der gelehrigen Reportage wären wiederum die Beiträge über Johann Joseph Kauschs „Nachrichten über Polen“, sowie die „Deutschen Reiseberichte über das Polen Stanislaw August Poniatowskis – schließlich Johann Gottfried Seumes Beurteilung des polnischen Aufstand von 1794 - zuzurechnen. Diesen in der Tat nur wenig bekannten Autoren deutscher Polenliteratur lässt Kosellek dann aber deutsche

Schriftsteller folgen, die wohl in jeder deutschen Literaturgeschichte vertreten sind und über deren Polen-Aufenthalte und Polen-Engagement schon wesentlich mehr bekannt ist. Es handelt sich hierbei um die polnischen Reminiszenzen von E.T.A. Hoffmann, die polnischen Dramenpläne Christian Dietrich Grabbes sowie das Polen gewidmete Werk Nikolaus Lenaus. Einen eher synthetischen Charakter haben dann die beiden Texte über die „Widerspiegelung des Novemberaufstandes in der deutschen Literatur“ und über das Bild des Krakauer Aufstands und des Völkerfrühlings in der deutschen Prosa. Abgerundet wird dieser Teil mit einem Beitrag über ein unbekanntes Polen-Epos des ebenfalls wenig bekannten Hermann Kunibert Neumann.

Und gerade hierin dürfte das Hauptverdienst dieses Buches liegen. Der Autor ist bemüht, deutsche Schriftsteller zu würdigen und wiederzuentdecken, die sich intensiv und engagiert mit der Kultur und den gesellschaftlichen Verhältnissen Polens auseinandergesetzt und darüber Zeugnis abgelegt haben. Damit hat er sie zumindest partiell dem Vergessen entrissen und eine wichtige Mittlerarbeit geleistet. Die ausführlichen Bibliographien sowie Personen- und Ortsregister erlauben es dem Leser, sich schnell zu orientieren und – so er das möchte – sein Wissen zu vertiefen.

ZW

Walter Keim, Dieter Burkamp (Hg.): Nachbarn. Polnische Karikaturisten sehen Deutschland. Deutsche Karikaturisten sehen Polen. Kerber Verlag, Bielefeld 2001, o.S.



Die beiden Herausgeber sind ausgewiesene Experten in Sachen Karikatur. Der in Münster lehrende Politikwissenschaftler Walter Keim hat über

dreißeig Karikaturenbände herausgegeben, der Journalist Dieter Burkamp ist Mitglied zahlreicher internationaler Jurys und befasst sich seit Jahren mit Karikaturen und Künstlerportraits. Die Autorin der Einführung, Gisela Burkamp, ist Kunstkritikerin und Kunsthistorikerin und hat in der Vergangenheit

über das Werk einiger in diesem Band vertretender Karikaturisten – wie Walter Hanel und Zygmunt Januszewski – geschrieben.

Der vorliegende Bildband, der sorgfältig und durchaus mit Esprit ediert wurde, man betrachte nur die originellen Portraits der Zeichner nebst Kurzbiografie am Ende des Buches, beinhaltet das Oeuvre von 21 Karikaturisten mit etwa 80 Zeichnungen. In alphabetischer Reihenfolge handelt es sich dabei um folgende Künstler: Lex Drewinski, Edward Dwurnik, Rainer Ehrht, Horst Haitzinger, Walter Hanel, Barbara Henniger, Zygmunt Januszewski, Ernst Maria Lang, Jan Lenica, Erik Liebermann, Nel (Joan Cozacu), Josef Partykiewicz, Thomas Plaßmann, Robs (Robert Szcówka), Heiko Sakurai, Henryk Sawka, Rainer Schwalme, Wieslaw Smetek, Grzegorz Szumowski, Janusz Stanny und Stefan Wielgus. Bei dieser Vielzahl von national und international renommierten Künstlern ist es unmöglich, auf die einzelnen Werke und Stile einzugehen. Die Rekonstruktion der übergreifenden Themen muss deshalb genügen, obschon zunächst nach dem Anlass für die Herausgabe eines solchen Bandes gefragt werden sollte. Die Herausgeber motivieren dies so:

„Es war die Idee der Herausgeber, die deutsch-polnischen Beziehungen einmal im Spiegel der Karikatur darzustellen, um ebenso mit Humor und Schmunzeln wie mit Nachdenklichkeit zur kritischen Selbst- und Fremdbetrachtung aufzurufen. Gleichzeitig soll es der Versuch sein, anhand der Zeichnungen polnischer und deutscher Künstler den Fortschritt zu dokumentieren, den wir heute mit den deutsch-polnischen Beziehungen verbinden können.“

Besonders der zweite Satz dieser Willensbekundung lässt aufhorchen. Denn der seit 1989 eingetretene Fortschritt in den deutsch-polnischen Beziehungen meint in erster Linie die höheren politischen und wirtschaftlichen Ebenen der Kooperation. Im Miteinander der Gesellschaften hat dieser Fortschritt angesichts offener Grenzen und entsprechender Reisemöglichkeiten zwar eine nachvollziehbare quantitative Dimension angenommen, wie

Wolfgang Thierse in seinem Geleitwort treffend hervorhebt, indem er auf die Zahlen des DPJW, die Anzahl der seit 1989 neu geschlossenen Städtepartnerschaften und den fast ausgeglichenen Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und Deutschen abhebt. Allerdings sagt dies alles recht wenig über die Qualität dieser Beziehungen und Kontakte aus. Jüngste Veröffentlichungen in Deutschland und Polen verweisen sogar darauf, dass die sich seit 1990 gebräuchliche Vokabel von der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft mittlerweile abgeschliffen hat und dass nach einer Neudefinition für die pragmatischer gewordenen deutsch-polnischen Beziehungen gesucht werden muss. Daran ändert auch die in beiden Ländern offiziell gepflegte political correctness nur wenig. Und wenn Gisela Burkamp in ihrer einfühlsamen Einführung mit ihrer These Recht hat, dass das Hoheitsgebiet der Karikatur Makabrien heißt, und dass hier aus Resignation, Verzweiflung oder Schadenfreude gelächelt, geschmunzelt und gelacht wird, so haben wir es in der Tat mit einem hervorragenden Medium der lakonischen Interpretation, Rekonstruktion und Überhöhung von Realität zu tun, das uns helfen kann, den jeweils anderen und uns selbst vielleicht ein wenig besser zu verstehen. Immer vorausgesetzt, dass die Karikatur nicht als Mittel verstanden wird, um den Nachbarn als (unbarmherzigen) Gegner oder (skrupellosen) Konkurrenten zu desavouieren. Dafür hat es gerade hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert zahlreiche Beispiele gegeben, nicht zuletzt auch während des Kalten Kriegs, obwohl das Thema Polen in den Karikaturen der BRD und DDR weitgehend tabuisiert wurde. Dass das am Stammtisch und im trauten Kreise der Landsleute gepflegte (durchaus auch herabwürdigende) Vorurteil seit 1989 nun auch in der veröffentlichten Meinung ab und an zu Tage tritt, sollte deshalb durchaus als Fortschritt in einer seit langem sehr belasteten und verkrampten Beziehung betrachtet werden. Wie weit wir selbst in diesem

kreativen Teilbereich der deutsch-polnischen Beziehungen von einer gleichrangigen „Normalisierung“ weit entfernt sind, bezeugt die Tatsache, dass auch hier eine weitreichende Asymmetrie festzustellen ist, die sich ganz offensichtlich aus dem ökonomischen, politischen und zivilisatorischen Vorsprung der BRD gegenüber Polen ergibt.

Auf der konkreten Werksebene verdeutlichen dies zum Beispiel die Arbeiten von Rainer Ehrt, in denen die Überforderung Polens angesichts des NATO- und des EU-Beitritts des Landes auf's Korn genommen wird, aber auch in den Zeichnungen von Walter Hanel, in denen Polen immer wieder als inferiorer Bittsteller im Verhältnis zu den Nachbarn, der EU und der NATO dargestellt wird. Anklänge dieser Asymmetrie finden sich auch bei Horst Haitzinger, in dessen Karikaturen historische Kontroversen, etwa die sehr späte Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze durch Helmut Kohl, thematisiert werden. Dies gilt mit Abstrichen auch für die bitterbösen Zeichnungen von Barbara Henniger, in denen die tumbe Ignoranz und revisionistische Aggressivität deutscher Ostlandreiter stilisiert werden. Die Polen symbolisierenden Akteure und Gegenstände haben in diesen Werken einen ausgesprochenen Objekt-Charakter, sind gleichsam Opfergrößen. Damit wird natürlich ein sowohl in Deutschland als auch in Polen gängiges und populäres Stereotyp bedient. Eine etwas andere Aussage haben die Werke von Ernst Maria Lang, in denen auf die weiterhin bestehenden historischen Belastungen in den deutsch-polnischen Beziehungen eingegangen wird. Erik Liebermann und Joan Cozacu heben hingegen noch einmal sehr stark auf Unterschiede und Asymmetrien ab, wobei der ausgesprochene Warencharakter dieser Beziehungen betont wird. Kritik an der Überheblichkeit und dem Unwissen der Deutschen gegenüber ihren östlichen Nachbarn übt hingegen Thomas Pläßmann, indem er das in Deutschland sehr verbreitete Vorurteil aufgreift, dass die meisten Polen – unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung – entweder Diebe oder billige Arbeitskräfte sind.

Ähnlich in den Arbeiten vor Rainer Schwalme und Rex Drewinski, in denen der Dauerbrenner polnischer Autoklau aufgegriffen wird. Allerdings behandelt Drewinski in zwei seiner hier veröffentlichten Zeichnungen ebenfalls die in Deutschland besonders aktuelle Thematik des Neonazismus.

Von einem weitgehend egalitären, nicht durch Asymmetrien geprägten Verhältnis zwischen Deutschen und Polen geht hingegen Robert Szcówka aus, indem er auf allzumenschliche Gemeinsamkeiten, somit auch gemeinsame Defizite von Deutschen und Polen aufmerksam macht. In seinem Comics zu den Jahren 1970, 1981 und 1989 arbeitet er zudem den Unterschied zwischen offizieller und subkultureller Wahrnehmung sowie die Reaktion in der deutschen Bevölkerung gegenüber Minderheiten heraus.

Eine auf universelle Werte abhebende Darstellung spiegelt sich auch in der Zeichnung von Jan Lenica wider, die erhellt, dass es trotz aller Grenzen und Kulturunterschiede nur eine einzige erhaltenswerte Welt gibt.

Sehr konkret und polnische Ängste ins Lächerliche ziehend äußert sich hingegen der regelmäßig für die liberale Wochenschrift „Wprost“ arbeitende Henryk Sawka, indem er den deutschen Revisionismus eindrucksvoll, wenn auch wenig subtil karikiert. Den weiterhin beachtlichen Unterschieden zwischen beiden Nachbarn, die im Grunde genommen kein partnerschaftliches Verhältnis zulassen, sind die den Band abschließenden Zeichnungen von Janusz Stanny und Stefan Wielgus gewidmet. Die etwas verspielte und auch verkürzte polnische Optik gegenüber so wichtigen deutschen Persönlichkeiten wie Helmut Kohl und Günter Grass spiegeln die beiden Karikaturen von Grzegorz Szumowski wider.

Ausgesprochen poetisch und phantasievoll wirken hingegen die nicht leicht interpretierbaren farbigen Karikaturen-Gemälde von Zygmunt Januszewski, in denen das durchgängige Motiv von Symmetrie und Gleichgewicht mittels geometrischer Formen

und nationaler Farbsymbolik zur Darstellung kommt. Die hier in Zeit und Raum abgebildeten Schieflagen sowie das Motiv der nicht abgearbeiteten Papierstöße weisen über das Hier und Jetzt hinaus, und verdeutlichen, wie viel es zukünftig noch zu tun gibt. Die Frage von deutsch-polnischen Symmetrien und Asymmetrien wird in ähnlicher Weise von Wieslaw Smetek gestellt, der deutsche sowie polnische Köpfe, Hände und Augen in allegorische Fantasielandschaften versetzt, um durchgängig festzustellen, dass wir uns nur sehr eingeschränkt wahrnehmen und unter schwierigsten Bedingungen kooperieren. Schließlich zielen die Arbeiten von Josef Partykiewicz ganz explizit auf den deutsch-polnischen Vergleich, unabhängig davon, ob es sich dabei um die Leistung Augusts II. oder die des Überfliegers Adam Malysz handelt. Besonders beeindruckend sein polnischer Adler, der rechts- also west- sprich deutschlastig ist und der die unterschiedlichen Gewichtsklassen zwischen Deutschen und Polen, aber auch hinsichtlich anderer Nachbarn Polens symbolisiert. Mit Sicherheit hätte man diesen

Vogel auch leitmotivisch auf dem Cover dieses sehenswerten Bändchens placieren können, spiegelt doch diese Zeichnung sehr eindringlich das Verhältnis zwischen zwei sehr ungleichen Nachbarn wider, die erst noch dabei sind, partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen. Bei diesem integrativen Kraftakt werden beide durch die Dynamik des europäischen Einigungsprozesses unterstützt werden müssen. Ungeachtet dieses trivial klingenden Allgemeinplatzes, der auf das Tertium abhebt, damit der tröstende Zielhorizont des vereinigten Europa nicht aus den Augen verloren wird, darf füglich behauptet werden, dass „Nachbarn“ eine möglichst große Verbreitung gewünscht werden muss, besonders auch in Institutionen und Initiativen, die sich mit der weiterhin so bitter notwendigen interkulturellen Bildung beschäftigen.

ZW

Elke Fein: Geschichtspolitik in Russland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft MEMORIAL. LIT VERLAG Münster-Hamburg-London. Hamburg 2000, 271 S.



Elke Fein greift ein Thema auf, das besonders nach der Wende und dem Zerfall der UdSSR für die Russische Föderation von eminenter Bedeutung ist. Besucht man Moskau und nimmt die in den letzten Jahren vollzogenen städtebaulichen

aber auch denkmalspezifischen Veränderungen wahr, so wird einem bewusst, welche wichtige Rolle die sog. Geschichtspolitik in der Sowjetunion von einst spielte und im Russland von heute spielt. Hierzu passt auch das für diesen Band ausgewählte Umschlagbild, auf dem an die Demontage des Dscherschinski-Denkmal auf

dem Lubjanka-Platz in Moskau erinnert wird. Das Denkmal des Begründers der sowjetischen Geheimpolizei steht heute im „Park der gefallenen Idole“, ganz in der Nähe des die Neva überragenden pompösen Denkmals für Peter den Großen, und führt – in der Gesellschaft anderer einstiger Größen der Sowjetgesellschaft – ein recht kümmerliches Schattendasein. Elke Fein hat sich bei ihrer Darstellung der Geschichtspolitik dafür entschieden, beide Perspektiven, die offizielle und die der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu behandeln. Bekanntlich hat die 1987 begründete Gesellschaft „Memorial“ erheblich dazu beigetragen, die offizielle Geschichtspolitik der sich auflösenden UdSSR zu konterkarieren. Aufgrund ihrer ethisch-

moralischen Identität hatte sie durchaus auch eine „legitimitäts- und machterstörende Wirkung“ (S. 4). Diese konnte sie aber erst in der Ära Gorbatschow voll entwickeln, als sich eine gesellschaftliche Gegenöffentlichkeit in den Medien und in den historischen Wissenschaften herauszubilden begann. Der Entwicklung nach der Überwindung des Stalinismus sind deshalb die ersten Abschnitte dieser Arbeit gewidmet. Damit stellt die Autorin ihr eigentliches, gegenwärtig weiterhin aktuelles Thema in einen breiteren gesamthistorischen Kontext, ohne den eine adäquate Interpretation und Wertung der Aktivitäten und Verdienste von „Memorial“ kaum möglich wäre.

Die Untersuchung gliedert sich insgesamt betrachtet in vier übergreifende Abschnitte, wobei Fein im ersten Teil bemüht ist, den Begriff der Geschichtspolitik näher zu bestimmen. Im Zusammenhang damit referiert sie unterschiedliche Forschungsansätze (historisch-deskriptiv, politisch-psychologisch, normativ-demokratietheoretisch) und entwickelt eine Typologie geschichtspolitischer Positionen (nach demokratischem Regimewandel), die von den Befürwortern einer demokratischen Vergangenheitsaufarbeitung bis hin zu Nostalgikern, Revisionisten und Revanchisten reicht (tabellarisch zusammengefasst auf S. 253). Alsdann erfolgt eine Rekonstruktion der offiziellen Geschichtspolitiken, von der Ära Chruschtschow bis zur Ära Jelzin. Während Fein für die Ära Chruschtschow deutlich macht, dass die mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Entstalinisierung zwei Zielen diene, nämlich der machtpolitisch motivierten Ausschaltung der gefährlichsten Konkurrenten sowie der an ideologischen Kriterien orientierten Kritik am stalinistischen Personenkult und der mit der Liberalisierung verbundenen Freilassung von Millionen politischer Häftlinge, konstatiert sie für die Ära Breschnew einen Stop der Entstalinisierung, das Beschweigen der „Fehler Stalins“ sowie eine spürbare Restalinisierung. Gab es bei Chruschtschow durchaus nicht das Bestreben, das Regime grundlegend zu verändern, so lässt sich für Breschnew festhalten,

dass es während seiner Regierung zu keinem einschneidenden Elitentausch kam. Erst mit Gorbatschow, bei dem das Diskussionsverbot und die Zensur aufgehoben wurde, setzte eine intensive gesellschaftliche, aber auch wissenschaftliche Beschäftigung mit der eigenen Geschichte ein, konnte ab 1988 über die Bewältigung der eigenen Vergangenheit diskutiert werden. Unter Gorbatschow kam es auch zu einem massiven Austausch der alten gegen neue reformorientierte Kader. Der Anspruch in der Ära Jelzin war allgemein demokratisch und mit der Aufhebung wichtiger alter Regimestrukturen verbunden, so mit dem Verbot der KPdSU und der Auflösung der UdSSR. Allerdings kam es zu keinem weiteren Elitentausch, während sich die gesellschaftlichen Aktivitäten einzelner Akteure, so auch der Gesellschaft „Memorial“ hinsichtlich der Aufarbeitung der Geschichte und der Vergangenheitsbewältigung erheblich verstärkten. Freilich wurden diese Aktivitäten durch die offizielle Politik keinesfalls gefördert. Dabei war das Ansinnen von „Memorial“ durchaus radikal: man ging nämlich davon aus, dass Rechtsstaat und Zivilgesellschaft nur durch eine eindeutige Ablehnung der totalitären Vergangenheit zu erreichen seien. Aufgrund ihres ethischen Ansatzes war „Memorial“ in der Lage, eine moralisch-kulturelle Gegenidentität herauszubilden und sich schließlich auch als seriöse und in aller Welt anerkannte NGO zu institutionalisieren. Der historische Abriss zur Entstehung der Gesellschaft verdeutlicht überdies, dass diese Erfolge nur nach einem zähen Kampf mit den weiterhin beharrenden Strukturen in der UdSSR und in Russland zu erzielen waren. Überdies kann dieser Einsatz für Demokratie und Zivilgesellschaft in Russland durchaus nicht als abgeschlossenes Kapitel gelten: „Der Kampf gegen die strukturellen Hinterlassenschaften des Kommunismus in den Köpfen der Menschen und in der Mentalität der politischen Klasse durchzog auch die Ära Jelzin und ist, so sehen es Memorial-Vertreter heute, noch längst nicht gewonnen.“ (S. 161)

Insofern ist einer aus dem Jahre 1993 stammenden Aussage des Historikers und Regimekritikers Afanassjew zuzustimmen, die dieser zwar auf die Ära Jelzin münzte, die aber sicherlich auch auf die Ära Putin zutrifft: „Das Fehlen jeglicher strategischer Überlegungen innerhalb der Regierungsmannschaft um Jelzin bezüglich der wichtigsten Fragen des Landes wird immer offensichtlicher. (...) Man vermag keine klare Vision der nationalen und staatlichen Interessen unter den Regierenden zu erkennen. Fast die gesamte russische Politikerkaste beginnt mit den nationalen Patrioten zu flirten.“ (S. 250). Angesichts dieser Tendenzen sowie der Behinderung einer kritischen und oppositionellen Medienlandschaft in Russland ist es auch um die Gesellschaft „Memorial“, die 1991 noch an der Formulierung offizieller Geschichtspolitik beteiligt war, sehr viel ruhiger geworden.

Gleichzeitig steht die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte und des Stalinismus in Russland weiterhin an ihrem Anfang. Ohne eine Unterstützung durch die für die offizielle Geschichtspolitik verantwortliche politische Führung wird dies aber auch in Zukunft ein schwieriges Unterfangen bleiben. Elke Fein hat dies in ihrer Publikation, die sich durch einen sachlich referierenden, zugänglichen Sprachstil auszeichnet, eindrucksvoll herausgearbeitet. Ihr Buch ist jedem Leser, der sich mit den Demokratisierungsansätzen in Russland und Osteuropa beschäftigt, sehr zu empfehlen.

ZW

Walter Koschmal, Marek Nekula, Joachim Rogall (Hg.): Deutsche und Tschechen. Geschichte, Kultur, Politik. München 2001, C. H. Beck, 728 S.



Über Deutsche und Tschechen ist viel geschrieben worden. Erinnert sei nur an Ferdinand Seibts Standardwerk „Deutschland und die Tschechen“, aber auch an für politische Bildner interessante jüngere Publikationen wie

„Tschechen, Slowaken und Deutsche“ (herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung bzw. von der Bundeszentrale für politische Bildung), „Deutsch-tschechische Beziehungen“ (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung), „Tschechen und Deutsche“ (Ackermann-Gemeinde/Stiftung Bernard Bolzano), „Deutschland und Tschechien“ (Konrad-Adenauer-Stiftung), „Tausend Jahre deutsch-tschechische Nachbarschaft“ (Institutum Bohemicum) u.a. Warum also noch ein Buch über Deutsche und Tschechen? Bereits ein Blick

auf das Coverfoto zeigt eine Perspektive, die sich von der manch anderer Veröffentlichung unterscheidet: Nicht die dunklen Bilder unserer gemeinsamen Geschichte werden hier in den Vordergrund gerückt, sondern die sonnen- und touristenüberflutete Karlsbrücke, wohl der bekannteste Ort, an dem Tschechen und Deutsche sich begegnen – auch wenn es noch immer eher ein Neben- als ein Miteinander ist, was die Beziehung der Spaziergänger hier charakterisiert.

Wie die drei Herausgeber – Walter Koschmal, Professor für Slawistik an der Universität Regensburg, Marek Nekula, Professor für Bohemistik und Westslawistik der Universität Regensburg sowie Joachim Rogall, Bereichsleiter Völkerverständigung mit Mittel- und Osteuropa der verdienstvollen Robert Bosch-Stiftung (deren Unterstützung den Druck des Bandes erst ermöglichte) – in ihrer Schlussbemerkung erläutern, wendet sich das mit rund 730 Seiten äußerst umfangreiche Werk an ein breiteres interessiertes Publikum in beiden Staaten. Besonders hervorzuheben ist in

diesem Zusammenhang, dass die Publikation auch in einer tschechischsprachigen Version veröffentlicht wurde. Um eine Überwindung der im deutsch-tschechischen Verhältnis oftmals zu beobachtenden Asymmetrien bemühte man sich auch erfolgreich, indem für das Projekt insgesamt rund 70 Autorinnen und Autoren aus beiden Staaten gewonnen werden konnten. Darunter finden sich nicht nur Publizisten und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, sondern auch politische Akteure wie Hans-Dietrich Genscher, Jirí Dienstbier, Michal Lobkowicz und Wolfgang Thierse. Václav Havel hat zudem das Vorwort beigesteuert. Die Beiträge „behandeln eine Vielzahl von ausgewählten Fragen des deutsch-tschechischen Mit- und Gegeneinanders: aus unterschiedlichen, vor allem aus nationalen Perspektiven.“ (S. 693). Dabei verzichteten die Herausgeber explizit auf den Anspruch, mit dem Sammelband „eine Bilanz der gemeinsamen Geschichte [zu] ziehen [oder] eine Zukunft der deutsch-tschechischen Beziehungen zu entwerfen.“ Um Ersteres habe sich bereits die Deutsch-Tschechische Historikerkommission bemüht, Letzteres müsse im Rahmen der europäischen Perspektive erfolgen. Ein gewisses Understatement ist den Herausgebern hier nicht abzusprechen, da die Publikation durchaus einen bedeutsamen Beitrag leistet, sowohl zur Bilanzierung der gemeinsamen Geschichte als auch zur bewussteren Gestaltung der gemeinsamen Zukunft.

Die knapp 80 Beiträge gliedern sich in sechs unterschiedlich umfangreiche Hauptkapitel: „Geschichte und Geschichtsbewusstsein“, „Kultur und Gedächtnis“, „Gesellschaft, Alltag, Lebensstil“, „Politik und Wirtschaft“, „Stereotypen“ sowie „Miteinander und Gegeneinander“. Die wenigsten Überraschungen birgt sicherlich der solide Geschichtsteil mit Beiträgen zu 1.000 frucht- und furchtbaren Jahren gemeinsamer Geschichte in Mitteleuropa. Noch einmal wird uns in Erinnerung gerufen, wie all die Reiche gegründet wurden und zerfielen, das Großmährische, das Habsburger und das Schrecklichste von allen, das so

genannte „Tausendjährige“, in dem Deutsche und ihre Vasallen die unendlich reiche jüdische Kultur fast auslöschten und das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen auf lange Zeit nahezu unmöglich machten. Und natürlich begegnen wir jenen Größen oder Größenwahnsinnigen, deren Taten Licht oder Schatten auf die geschichtsträchtige Region warfen, Otakar II., Karl IV., Rudolf II., Jan Hus, Martin Luther, Jan Amos Komenský, Bernard Bolzano, Edmund Husserl, Sigmund Freud, Albert Einstein, Tomáš G. Masaryk, Edvard Beneš, Konrad Henlein, Reinhard Heydrich, um nur einige zu nennen. Leider endet dieser Geschichtsteil vor der Machtübernahme der Kommunisten bzw. der Gründung der Bundesrepublik. In einem weiter hinten angesiedelten Beitrag wird jedoch auch die „sozialistische Vernunftsehe“ zwischen der DDR und der Tschechoslowakei untersucht. Welche langen Traditionslinien Nazis und Kommunisten abschnitten, verdeutlicht das Kapitel „Kultur und Gedächtnis“. Ob Dichtung oder Musik, bildende Kunst oder Malerei: Nicht selten entstanden in der gegenseitigen Befruchtung deutscher und böhmischer (bzw. mährischer, was etwas zu kurz kommt) Kunst die schönsten Blüten europäischer Kulturgeschichte. Am Beispiel der Filmkunst wird jedoch besonders deutlich, dass selbst Kalter Krieg und Eiserner Vorhang den Ideenaustausch zwischen Deutschen und Tschechen nicht völlig zu verhindern vermochten. Vielmehr hatte gerade die Verfolgung der kritischen tschechoslowakischen Intelligenz durch das kommunistische Regime in Prag nach 1968 zur Folge, dass bedeutende künstlerische Werke aller Gattungen nicht in der Heimat, sondern im westlichen, häufig bundesdeutschen Exil entstanden. Geradezu tragisch mutet es an, wenn wir erfahren, dass einzelne Werke bedeutender tschechischer Schriftsteller noch immer nicht in deren Muttersprache publiziert wurden.

Nach diesem Ausflug in die Welt der Musen führt Kapitel 3 in die Bereiche von

„Gesellschaft, Alltag, Lebensstil“. Man vermisst hier allerdings mitunter eine stringente Linie; die diversen Beiträge wirken teilweise etwas willkürlich zusammengetragen. Scheint es schon fragwürdig, einem tschechischen Aufsatz über „Böhmen und Mähren“ – auch ohne inhaltliche Bezüge – eine deutsche Untersuchung über „Baiern und Preußen“ zuzuordnen, so kommt erst Recht ein ungutes Gefühl auf, wenn einer Untersuchung über die tschechischen Roma Überlegungen zur Situation der Türken in der Bundesrepublik folgen. Die Unterschiede sind hier sicherlich größer als die Gemeinsamkeiten, auch wenn man gerne zugestehen möchte, dass beide Minderheiten wertvolle Beiträge zur Bereicherung der Mehrheitskultur leisten könnten. Neben Analysen zum Feminismus, zu Familie und Partnerschaft sowie zur Umweltpolitik enthält dieses Kapitel auch zwei Aufsätze über Jugendliche in Tschechien und Deutschland. Da einer der Autoren, Carsten Lenk, als Leiter des Koordinierungszentrums für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch zu den derzeit wichtigsten Brückenbauern für diejenige Generation zählt, in die gemeinhin die größten Hoffnungen für eine positive Gestaltung der gemeinsamen Zukunft gesetzt werden, hätte man sich hier einige Auskünfte über die entsprechenden Tätigkeiten, Erfolge und Probleme gewünscht. Bescheidene Zurückhaltung ist angesichts der Verdienste von „Tandem“ sicherlich nicht angebracht. Ähnliches gilt für die zahlreichen Medienprojekte, die mit mitunter sehr begrenzten materiellen Mitteln, aber enormen Engagement, über Entwicklungen in Tschechien informieren – und zwar in Sprachen, deren Beherrschung dem Nichtslawen zugegebenermaßen etwas leichter fällt. Leserinnen und Leser, die an einer kontinuierlichen Information über Entwicklungen im Nachbarland interessiert sind, finden daher im Beitrag „Deutsch- und anderssprachige Medien in der Tschechischen Republik“ nützliche Hinweise.

Etwas „versteckt“ in der Buchmitte birgt das Kapitel „Politik und Wirtschaft“ unter vielen anderen Beiträgen die üblicherweise als

„brisant“ etikettierten Themen, so „Vergangenheitspolitik – Vergangenheitsbewältigung“, „Sudetendeutsche im Nachkriegsdeutschland“, „Die Deutsch-tschechische Erklärung oder Mensch bleiben“ oder die Frage des Beitritts der Tschechischen Republik zur Europäischen Union. Die meisten dieser Beiträge stimmen darin überein, unterschiedliche Positionen nicht zu negieren, aber „die Zukunft nicht mit Fragen der Vergangenheit zu belasten“, wie die entsprechende Formel bei deutsch-tschechischen Gipfeltreffen gemeinhin lautet. Besonders erfreulich ist die sachkundige Differenzierung, die sich z. B. in Thomas Grossers Untersuchung der verschiedenen sudetendeutschen Organisationen zeigt. Die Lektüre sei allen empfohlen, die übersehen, dass es neben einer lauten Landsmannschaft auch eine antinationalistische Ackermann-Gemeinde gibt. Andererseits belegen die Ausführungen des früheren tschechoslowakischen Außenministers Jirí Dienstbier, wie schnell antitschechische Ausfälle einer kleinen Minderheit all die um Verständigung bemühten Anstrengungen der besonnenen Kräfte zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung überlagern. Folgt man den Ausführungen des Brünner Politologen Petr Fiala, so dürften indes die „Fragen aus der Vergangenheit“ keine ernstlichen Hindernisse für die Bemühungen der Tschechischen Republik um einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union darstellen.

Während der EU-Beitrittsprozess inzwischen eher von technischen Fragen dominiert wird, sind es in den zwischenmenschlichen Begegnungen – vielmehr noch in den Nicht-Begegnungen – zahlreiche Vorurteile und Stereotype, die das Verständnis von Deutschen und Tschechen erschweren. Kapitel 5 untersucht eine ganze Reihe von ihnen. Einige zeigen böse Bilder wie das des stehlenden, unzuverlässigen Tschechen auf der einen, das des böartigen Deutschen mit seinen angeblich typischen Eigenschaften „Herrschaft, Schwindelei, Lüge, Intoleranz und Terror“ (S.

513) auf der anderen Seite. Andere wirken sympathisch wie das Bild des humorvollen samtene Revolutionärs und Kaffeehausbesuchers, der sich zweifelsohne gut mit dem (alteingesessenen!) Prenzlauer Kneipengänger vertragen würde... Schade nur, dass es nicht möglich war, die beschriebenen Karikaturen oder Umfragen als Bild bzw. Graphik wiederzugeben.

„Miteinander und Gegeneinander“ lautet schließlich die Überschrift des Schlusskapitels. Ein erster Schwerpunkt liegt hier auf dem böhmisch-bayerischen Grenzraum, so in zwei Beiträgen über den Böhmerwald, einem volkskundlichen Aufsatz über böhmisch-bayerische Wallfahrten sowie ein Artikel über die ethnographisch interessante Gruppe der Choden, den mittelalterlichen „Grenzwächtern“ zwischen Böhmen und der Oberpfalz. Angesichts des Elends der vielen Flüchtlinge, die mit Hilfe krimineller Schlepperbanden die heutige Grenze zu überwinden versuchen, hätte man sich an dieser Stelle auch einen Beitrag zu diesem Thema gewünscht. Grenzgänger in einem umfassenderen Sinn werden dem Leser in weiteren Beiträgen über die Euregio Ergrensis, die Beziehungen zwischen Sorben und Tschechen und den Bohemismus-Diskurs

vorge stellt. Aber auch für das „Gegeneinander“ gibt es Beispiele, so die Mystifizierungen des 19. Jahrhunderts oder - mit Fragezeichen - die Teilung der Prager Universität im Jahre 1882. Beiträge zu den Anfängen der tschechischen Germanistik, Fragen der Übersetzung zwischen Deutsch und Tschechisch sowie über die „wahlverwandten“ Dichter Reiner Kunze und Jan Skácel schließen das Kapitel ab.

Mit interessanten Anmerkungen zu den Autorinnen und Autoren sowie einem Personenregister endet der Band.

Abschließend bleibt zu hoffen, dass die vorliegende Rezension als unbefriedigend, weil lückenhaft, selektiv und subjektiv empfunden wird – damit möglichst viele Leserinnen und Leser sich das Buch selbst kaufen, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen. Dem Werk wäre nämlich eine hohe Verbreitung zu wünschen, damit unser Bild vom Nachbarn noch vielfältiger wird, als dies in vielen Bereichen erfreulicherweise bereits der Fall ist.

MW

Faz-Institut (Hg.): Jahrbuch 2001/2002 – Mittel- und Osteuropa Perspektiven, Frankfurt am Main 2001, 378 S.



Im August 2001 gab das Faz-Institut in Zusammenarbeit mit dem manager magazin sowie Rödl & Partner die mittlerweile neunte Ausgabe der Mittel- und Osteuropa Perspektiven, das Jahrbuch 2001/2002, heraus. Damit unterstreichen die Herausgeber

ihre führende Rolle in der praxisorientierten Informationsaufbereitung und Faktenvermittlung über die politischen, wirtschaftlichen und branchenbezogenen Entwicklungen in 21 Ländern Mittel- und Osteuropas. Ähnliches

findet sich lediglich im angelsächsischen Sprachraum in den Länderanalysen des Economist Intelligence Unit. Das Jahrbuch ist in vier Hauptbereiche gliedert: Ein erster Überblick über mittel- und osteuropäische Reformstaaten ermöglicht eine aktuelle Orientierung zum Stand und zum (mangelnden) Fortschritt der Reformbemühungen in den Ländern, wobei der Prozess der EU-Osterweiterung vertieft behandelt wird. Im zweiten Abschnitt, dem Hauptteil des Jahrbuchs, werden 21 mittel- und osteuropäische Transformationsländer eingehend untersucht. Dabei fällt auf, dass auch die zentralasiatischen Länder Kasachstan und

Usbekistan mit in die Analyse einbezogen werden, auf die übrigen zentralasiatischen Republiken jedoch verzichtet wird. Daran schließt sich eine Betrachtung der Rahmenbedingungen für potenzielle Investoren und Außenhandelspartner an. Im vierten Teil gehen die Autoren des Jahrbuchs auf länderübergreifende und branchenspezifische Themenbereiche ein. Finanzierungsaspekte und -instrumente der (strategischen) Investitionen und des Außenhandelsgeschäfts, Förderprogramme sowie eine Analyse des Bankenwesens und der Kapitalmärkte bilden einen Schwerpunkt der länderübergreifenden Themen. Von speziellem Interesse sind darüber hinaus die Bereiche Energiewirtschaft, Telekommunikation, Immobilienmärkte, Automobilindustrie, Agrarmärkte, Tourismus und Messen. Unverzichtbar, allerdings aufgrund der raschen Änderungen von Überalterung bedroht, ist das Kapitel „MOE im Internet“. Ein Serviceteil mit wichtigen Kontaktadressen der Vertretungen der deutschen Wirtschaft und einer Helpline Mittel- und Osteuropa rundet das Jahrbuch ab. Die mehr als zweihundert Seiten umfassenden Einzeldarstellungen der Reformstaaten stellen zweifellos das Kernstück der Mittel- und Osteuropa Perspektiven dar. Sachkompetent und gezielt informieren die einzelnen Autoren über die einzelnen Transformationsländer. Politischer Hintergrund, Wirtschaftsstruktur, makroökonomische Analysen sowie die Handelsstruktur des jeweiligen Landes mit Deutschland, das für die Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Wirtschaften zum Haupthandelspartner geworden ist, bilden die Gliederung der Länderreports. Ein statistisches

Profil mit makroökonomischen Indikatoren sowie der Import- und Exportstruktur beendet den jeweiligen Länderbericht. Kurzzusammenfassungen und eine Gegenüberstellung der Stärken und Schwächen der einzelnen Wirtschaften dienen dabei als schnelle Orientierungshilfe. Im Jahrbuch beeindruckt sowohl die qualitative Tiefe wie auch der quantitative Umfang, der eine vertiefte Betrachtung ausgewählter Länder oder Branchen ermöglicht. Das faktenreiche Kompendium weist mit Hilfe einer stringenten Systematik den Weg zu beinahe jeder Detailinformation. Trotz aller Unterschiedlichkeit der Länder liegt in der vergleichenden Betrachtung eine weitere Stärke des Jahrbuchs. Mit einem „Länderrating“ werden die gesamtwirtschaftliche Situation sowie das Kredit- und Investitionsrisiko abgewogen. Angeführt wird diese Rangliste, zusammengestellt aus mehreren Indikatoren, von Ungarn und Slowenien sowie weiteren mitteleuropäischen Reformländern, während sich viele GUS-Staaten sowie die BR Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina am unteren Ende befinden.

Auch wenn der Preis von 98 Euro auf den ersten Blick Zurückhaltung hervorrufen könnte, stellt das Jahrbuch 2001/2002 sowohl für Praktiker der Wirtschaftsbeziehungen mit mittel- und osteuropäischen Partnerländern als auch für Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen eine unverzichtbare und fundierte Informationsquelle dar.

GSch

Daniel Piazolo: The Integration Process between Eastern and Western Europe. Kiel Studies 310. Springer-Verlag. Berlin Heidelberg 2001, 179 S.

Diese Arbeit Daniel Piazolos vom Kieler Institut für Weltwirtschaft vereinigt eine Reihe von Einzelstudien, die der Autor in den letzten Jahren zur Problematik von

Transformationswirtschaften und zum Problem der Integration dieser Wirtschaften in die EU veröffentlicht hat. Das Buch besteht aus sieben Kapiteln (A-G) und verfügt über zahlreiche Übersichten, Diagramme und Statistiken sowie

eine ausführliche Bibliographie. In dem einleitenden Kapitel A informiert der Autor über das Ziel und den Rahmen seiner Studie. Im Mittelpunkt seiner Analyse steht demnach der Integrationsprozess mit der EU, wobei die Perspektive der osteuropäischen Staaten eingenommen wird und etablierte Methoden der Wirtschaftswissenschaften zur Anwendung kommen. In B wird mittels eines Überblicks der Stand des Transformationsprozesses in den einzelnen Beitrittsländern erläutert. Dabei geht der Autor sowohl auf die enormen wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen den EU-Staaten und den Aspiranten als auch auf die institutionellen Rahmenbedingungen des Beitritts ein, wobei er mittels einer bis ins Jahr 2000 reichenden Datenbasis die Integrationsfortschritte der einzelnen Kandidaten charakterisiert.

In C beschäftigt sich Piazolo mit der Frage, in welchem Grade die Umorientierung der osteuropäischen Handelsbeziehungen durch die Marktkräfte oder durch eine entsprechende Beitrittspolitik induziert wurde. Er kommt mittels eines historischen Vergleichs, bei dem Daten aus 1929 und 1984 im Verhältnis zu 1998 abgebildet werden, zum Ergebnis, dass wir es bei der nach 1989 einsetzenden Entwicklung mit dem Wiederaufbau von funktionalen Regionen in Europa zu tun haben. Durch entsprechende Dendrogramme werden diese Prozesse veranschaulicht (S. 27- 29), wonach der Autor mit Hilfe der Gravitationsmethode unterschiedliche Wachstums- und Integrationsoptionen für die einzelnen Beitrittsstaaten entwirft. Wie nicht anders zu erwarten kommt Piazolo zum Ergebnis, dass die Integrationspolitik zwischen der EU und den ostmitteleuropäischen Staaten lediglich eine Folge jener Prozesse darstellt, die durch das Marktgeschehen vorgegeben wurden.

In Kapitel D geht der Autor demzufolge der Frage nach, inwiefern eine weitere institutionelle Integration dafür sorgen kann, dass sich das Wirtschaftswachstum der Transformationsstaaten erhöht. Anhand einer ökonometrischen Analyse, die auf 25

Transformationsländer ausgedehnt wird, weist der Autor nach, dass sich der institutionelle Fortschritt positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. In Kapitel E exemplifiziert Piazolo am Beispiel mehrerer statischer und dynamischer empirischer Gleichgewichtsmodelle, dass sich die Entwicklung in Transformationsstaaten über einen längeren Zeitraum nur mit Hilfe dynamischer empirischer Gleichgewichtsmodelle adäquat darstellen lasse.

Für seine Analyse bedient sich der Autor dann in Kapitel F eines dynamischen allgemeinen empirischen Gleichgewichtsmodells, und zwar hinsichtlich der Folgen, die sich aus der Integration Polens mit der EU ergeben (Poland's Regional Integration Computable Equilibrium = PRINCE). Dabei geht es ihm in erster Linie um die Einkommens- und Wohlfahrtseffekte, die sich aus einer EU-Mitgliedschaft ergeben (können). Hierbei spielen solche Größen wie verringerte Zölle, gesenkte Kosten an der Staatsgrenze, herabgesetzte technische Handelsbarrieren sowie eine Erhöhung der EU-Transfers eine wichtige Rolle. Allerdings ergeben die Modellrechnungen, dass die Einkommenseffekte deutlich höher ausfallen als die Wohlfahrtseffekte, was – so Piazolo – auf die hohen Anpassungskosten zu Beginn der Transformation zurückzuführen ist. Mittels PRINCE lässt sich aber ebenfalls darstellen, dass sich die Risikoprämie für Investitionsprojekte in Polen erheblich reduziert, was ebenfalls als Wohlfahrtseffekt zu werten ist.

In Kapitel G kommt Piazolo zu dem zusammenfassenden Ergebnis, dass sowohl die Beitrittsländer als auch die Altmitglieder der EU von einer Erweiterung und Integration der EU profitieren werden. Er weist allerdings auch auf die notwendigen politischen Rahmenbedingungen hin, die die Voraussetzungen bilden, damit dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen werden kann. In ersten Linie hebt er dabei auf die Fortsetzung

der Reformen innerhalb der EU und ihrer Institutionen sowie in den einzelnen Transformationsstaaten ab.

ZW

Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung – Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung. Springer-Verlag. Berlin, Heidelberg, New York 2001, 440 S.

Seit der Währungs- und Wirtschaftsreform 1948 ist die Soziale Marktwirtschaft das Leitbild für die deutsche Wirtschaftspolitik. Mit der Sozialen Marktwirtschaft wird vor allem der Name des legendären Wirtschaftsministers Ludwig Erhard in Zusammenhang gebracht, der bis in die Gegenwart als „geistiger Vater“ der Sozialen Marktwirtschaft gilt. Nach dem Rücktritt Erhards im Jahr 1966 versuchte sein sozialdemokratischer Nachfolger Karl Schiller (1966–1972) eine „Synthese des Freiburger Imperativs mit der keynesianischen Botschaft“. Dabei verstand Schiller unter dem Freiburger Imperativ den ordoliberalen Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Nach dem Rücktritt Schillers kehrte die deutsche Wirtschaftspolitik – zumindest in offiziellen Deklarationen – auf den Pfad der Sozialen Marktwirtschaft zurück. Dies verkündete seit 1982 besonders intensiv die Regierung des „ewigen Kanzlers“ Helmut Kohl, aber auch sein sozialdemokratischer Nachfolger Gerhard Schröder betont seit fast vier Jahren die konsequente Orientierung seiner Wirtschaftspolitik an diesem Leitbild. In diesem Sinne verstanden und verstehen sich alle Wirtschaftspolitiker Deutschlands bis in die Gegenwart als Schüler von Ludwig Erhard. Der in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft - aus Gründen der Freiheit des Wirtschaftens - für möglichst alle Bürger tief verankerte Imperativ der Vollbeschäftigung steht im mehr als krassen Gegensatz zu den Realitäten der deutschen Wirtschaft. Im Jahr 1997 überschritt die Erwerbslosenquote mit 4,5 Millionen Arbeitslosen die psychologisch bedeutsame Grenze von zehn Prozent. In den neuen Bundesländern reichte diese Quote sogar bis über 18 Prozent. Mit einer für den Zeitraum

1996 bis 2000 durchschnittlichen Arbeitslosenquote von ca. neun Prozent steht Deutschland im internationalen Vergleich keineswegs glänzend dar. Höhere durchschnittliche Quoten kommen zwar in Finnland mit 11,7 Prozent sowie Frankreich und Italien mit 11,4 Prozent vor, aber zugleich gibt es im gleichen Zeitraum solche Länder wie die Schweiz mit 3,7, Norwegen mit 3,8 und schließlich Japan mit 4,1 Prozent, die in dieser Hinsicht Deutschland ohne wenn und aber in den Schatten stellen. (S. 76–77)

Für die von der SPD unter Gerhard Schröder geführte Bundesregierung stellte sich nach der 1998 gewonnen Bundestagswahl die Aufgabe der kritischen Einschätzung der Wirtschaftspolitik ihrer Vorgängerin. In den Vordergrund rückte hierbei die Schlüsselfrage: was kann und soll man zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt tun? Um auf diese Frage eine wissenschaftlich fundierte Antwort zu finden, beschloss die Bundesregierung die Ausarbeitung der Studie „Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ in Auftrag zu geben. Man versprach sich von ihr Unterstützung bei der Verwirklichung der vom Bundeskanzler am Anfang seiner Legislaturperiode verkündeten Zielsetzung, die Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2002 unter die Marke von 3,5 Millionen zu drücken.

Der Auftrag seitens der höchsten politischen Ebene und die damit verbundene wirtschaftspolitische Zielsetzung blieben nicht ohne Folgen für die gewählte Untersuchungsmethode. Für den Vergleich mit Deutschland wählte man 17 hochentwickelte Industrieländer aus: Die USA, die Beneluxländer mit Ausnahme Luxemburgs, die Schweiz, Norwegen, Kanada, Dänemark,

Japan, Australien, Österreich, Irland, Finnland, Frankreich, Schweden, Italien, Großbritannien und schließlich Neuseeland. Jedes der Kapitel des Buches greift einen anderen Einflussfaktor auf den Arbeitsmarkt auf. Durch diese analytische Vorgehensweise erhoffte man sich, auf verschiedenen Politikfeldern die Voraussetzungen für wirtschaftspolitische Diskussionen und Entscheidungen zu entwickeln. Die Autoren der Studie stellen in diesem Kontext folgendes fest: „Benchmarking Deutschland kann durch internationale Vergleiche zeigen, dass die Schwächen des deutschen Beschäftigungssystems behoben werden können, ohne dass seine Stärken darunter leiden müssten. Dies schließt Zielkonflikte zwischen Reformen nicht aus“. (S. 14)

In der umfangreichen Einleitung des Buches „Benchmarking: Deutschland“ werden, für den Leser eher überraschend, die wichtigsten Forschungsergebnisse an erster Stelle präsentiert. Die darauf folgenden einzelnen Kapitel sind:

- ?? Die Entwicklung des Arbeitsmarktes
- ?? Makroökonomische Aspekte
- ?? Lohnbildung und Tarifpolitik
- ?? Regulierung und Dynamik von Arbeitsmärkten
- ?? Arbeitsmarktpolitik
- ?? Steuern, Abgaben und Sozialtransfers
- ?? Arbeitszeitpolitik
- ?? Kostenstruktur der Unternehmen: Arbeitskosten und Unternehmenssteuern
- ?? Unternehmensgründung und Produktmarktregulierung
- ?? Innovation, Forschung und Entwicklung
- ?? Bildungswesen

In der Einleitung werden die Stärken der deutschen Volkswirtschaft ihren Schwachpunkten gegenüber gestellt. Demnach sind die Trumpfkarten Deutschlands vor allem die hohe Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, die vorzüglich ausgebaute wirtschaftliche Infrastruktur, das immer noch für das beste in der Welt gehaltene duale System der Berufsausbildung, die verhältnismäßig niedrige Jugendarbeitslosigkeit, der soziale Frieden und

die imposante Produktivität der Arbeit. (S. 11) Demgegenüber steht eine umfangreiche Liste von wirtschaftlichen Dysfunktionalitäten. Die Indikatoren des Wachstums und der Beschäftigung in Deutschland lagen in den 90er Jahren deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Darüber hinaus zeichnete sich der deutsche Arbeitsmarkt durch eine weitgehende Segmentierung aus. So überschritt der Anteil der Langzeitarbeitslosen 50 Prozent während dieser Indikator in Norwegen, Kanada und Neuseeland unter 20 und in den Vereinigten Staaten sogar unter zehn Prozent lag. (S. 80) Überdies zeichnet sich der deutsche Arbeitsmarkt durch einen hohen Grad an Arbeitnehmerschutz aus, wodurch die Flexibilität der Unternehmen bei Anpassung an veränderte Marktsituationen geschmälert wird. Einen weiteren Schwachpunkt sehen die Autoren der Studie darin, dass die kostenintensive Beschäftigungspolitik eher darauf gerichtet ist, den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensunterhalt zu sichern, ihnen den Weg zum Vorruhestand zu ebnen, sie aber nicht wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren (S. 12) Ein weiteres Argument ist die verhältnismäßig langsame Entwicklung des Dienstleistungssektors, der naturgemäß einen höheren Bedarf an Arbeitskräften hat als die vorwiegend exportorientierte deutsche Industrie, die dem intensiven Wettbewerb auf den Weltmärkten ausgesetzt ist.

Das Buch „Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ ist allen zu empfehlen, die sich für die Problematik des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungspolitik in Deutschland und im internationalen Maßstab interessieren. Die internationalen Vergleiche sind eine sehr nützliche Methode zur vertieften Erkenntnis des Problems der deutschen Massenarbeitslosigkeit, die auch im Falle unseres Landes nur im europäischen bzw. weltwirtschaftlichen Kontext adäquat abgehandelt werden kann. Nur auf diese Weise können wirksame wirtschaftspolitischen Ansätze zur Überwindung dieser Plage der modernen Gesellschaft gefunden werden.

Unbeantwortet bleibt jedoch die grundsätzliche Frage, ob der wirtschaftspolitische Kampf gegen die Arbeitslosigkeit weiter vorwiegend von den einzelnen Staaten geführt werden oder zumindest teilweise auf die Ebene der Europäischen Union verlagert werden soll?

Piotr Pysz

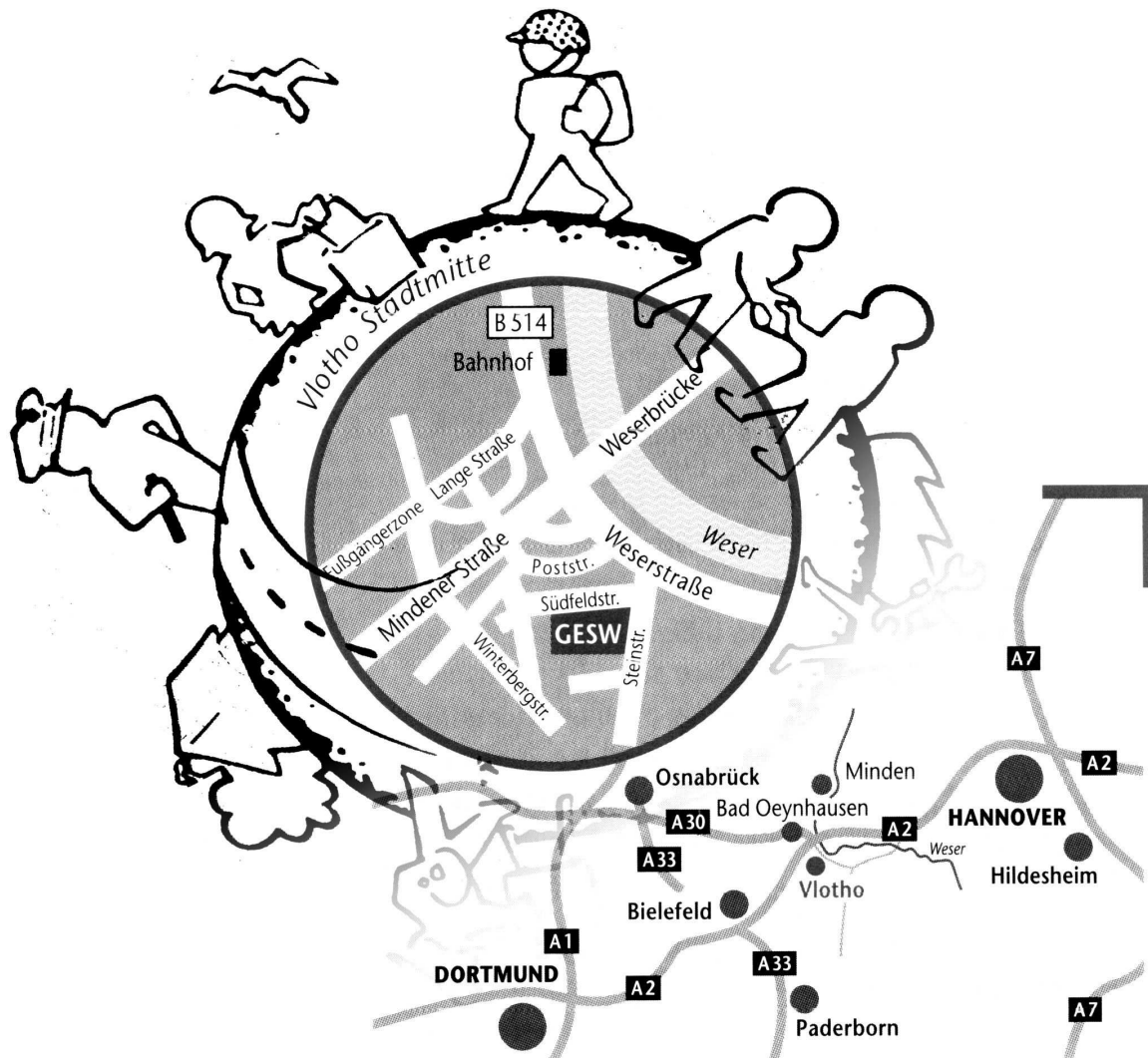
Jörg Stemmer/Michael Walter

Interessante Internetseiten zu den EU-Beitrittskandidaten: Estland, Lettland, Litauen

	Estland	Lettland	Litauen
<i>Allgemeine Informationen</i>	Estonia Country Guide http://www.1182.ee/eng	Allgemeine Informationen in Deutsch www.imoe.de/lettland.htm	Deutschsprachige Seite www.litauen-info.de
<i>Politik</i>	Botschaft Estlands in Berlin www.estemb.de Regierung www.riik.ee/government	Botschaft Lettlands in Berlin www.botschaft-lettland.de Aktuelle politische Nachrichten www.latnev.lv	Botschaft Litauens in Berlin www.botschaft.lt Regierung www.lrvk.lt/anglu/home_anglo.htm
<i>Wirtschaft</i>	Ministry of Economic Affairs www.mineco.ee Ministry of Finance www.fin.ee	Ministerien für Wirtschaft und Finanzen www.lem.gov.lv	Litauen Infobasis www.litauen-info.de/html/handel.htm

Weitere Internetlinks zu den EU-Beitrittskandidaten finden Sie auf der Homepage des GESW:
www.gesw.de

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho

Südfeldstr. 2 – 4

32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 - 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 -44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 -47

www.gesw.de | info@gesw.de